

NEUE ZEIT



SIEBEN TAGE
WELTPOLITIK

Universitätsbibliothek Cottbus

Zweigstelle
Sektion Marx/Engels/Lenin

46

DIE OKTOBERREVOLUTION HAT DIE WELT VERÄNDERT
★ UdSSR—Spanien: aussichtsreiche Kontakte ★
USA—DISKRIMINIERUNG OHNE ENDE ★ Fahrt ins Wolgadelta

NOVEMBER 1977

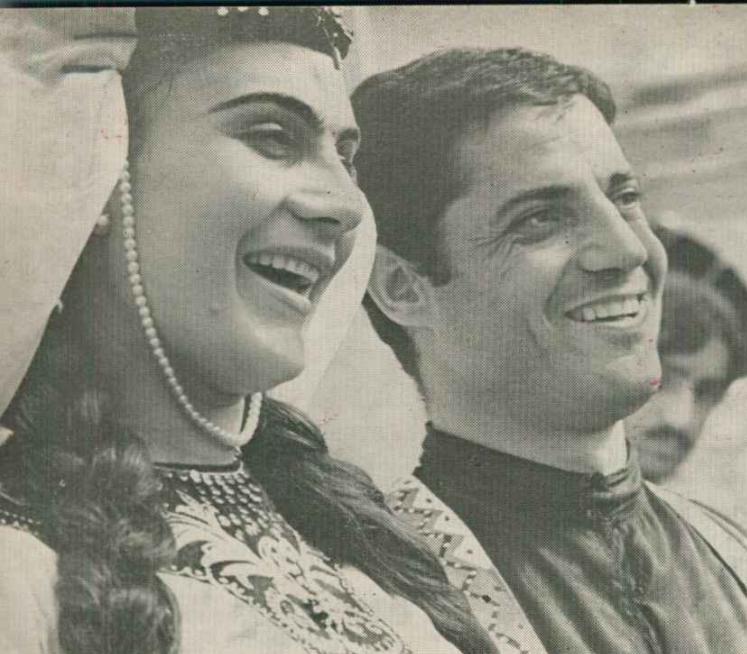


DOM-20

2200-2303

SEKRT. MARX/LENNIN

14159-46 105 147 652



SOWJETUNION IM BILD

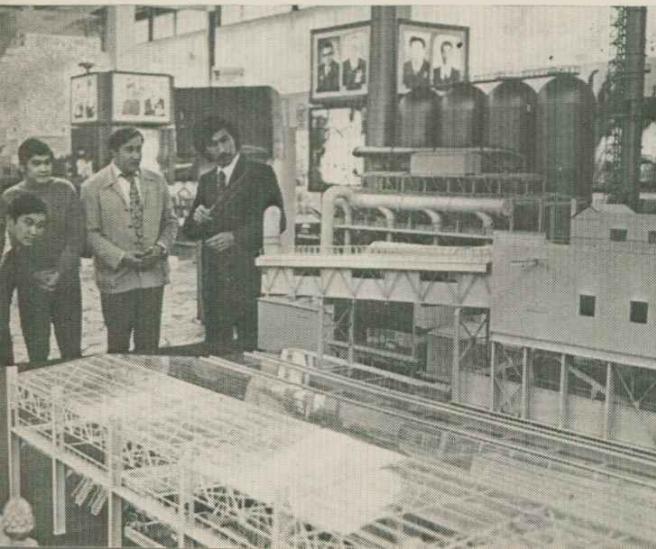


Die Leistungsschau der UdSSR ist die wichtigste Ausstellung des Landes. Sie hat jährlich Millionen Besucher — Moskauer, Gäste der Hauptstadt aus allen Landesgegenden und aus dem Ausland. In diesem Jahr fanden hier Tage der 15 Unionsrepubliken statt, die dem 60. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution galten. Jede Schwesterrepublik legte hier gewissermaßen Rechenschaft über ihre Leistungen in verschiedenen Lebensbereichen und über den in den Jahren der Sowjetmacht zurückgelegten Weg ab. Die Besucher erfreuten sich an den Jubiläumsausstellungen der Republiken sowie an der Kunst von Berufs- und Laiendarstellern. Auf dem Ausstellungsgelände, in Betrieben Moskaus und des Moskauer

Gebiets stellten sich Abgesandte der Republiken — Bestarbeiter, Kolchobauern, bekannte Kulturschaffende und Wissenschaftler — vor.

Unsere Bilder: Die Teilnehmer eines georgischen Laienensembles Mrika Maschukaschwili, Bewässerungsingenieur, und Washa Naskidaschwili, Lehrer ◆ Der zweifache Held der sozialistischen Arbeit Akademiemitglied W. Remeslo auf der Jubiläumsausstellung der Ukraine ◆ Modell eines neuen Hochofens im Hüttenkombinat Karaganda — ein Exponat der Ausstellung Kasachstans ◆ Mitglieder des Orchesters im Staatlichen Tanzensemble Lettlands „Daile“.

Fotos R. Fjodorow



AM SCHNITTPUNKT ZWEIER WEGE

Am 21. Oktober legte die Sowjetunion eine Aktionsplattform für Europa vor, die der militärischen Entspannung zum Durchbruch verhelfen soll. Die darin enthaltenen Maßnahmen — Abschluß eines Vertrages über den Verzicht auf den Ersteinsatz von Kernwaffen gegeneinander und Herbeiführung einer Vereinbarung zwischen den KSZE-Teilnehmerstaaten, die militärisch-politischen Gruppierungen in Europa nicht auszudehnen — würden die militärische Konfrontation gerade dort verringern, wo sie am gefährlichsten ist.

Nicht einmal zwei Wochen später, am 2. November, unterbreitete die Sowjetunion allen Ländern und Völkern eine weitere Aktionsplattform: Einstellung des Wettrüstens, vor allem des nuklearen, und Reduzierung der Rüstungen bis hin zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter strenger internationaler Kontrolle. Leonid Breschnew formulierte in seiner Rede „Der Große Oktober und der Fortschritt der Menschheit“ zwei einschneidende Vorschläge, deren Verwirklichung geeignet ist, die Gefahr eines Kernwaffenkrieges, die schrecklichste Bedrohung für die Menschheit, wesentlich zu verringern und später gänzlich zu beseitigen. Erstens sollen alle Staaten übereinkommen, die Kernwaffenproduktion gleichzeitig einzustellen, zweitens soll außer dem befristeten Verbot aller Kernwaffenversuche ein Moratorium für Kernexplosionen zu friedlichen Zwecken verhängt werden.

Wovon hat sich der Sowjetstaat bei diesen beiden aufeinanderfolgenden wichtigen außenpolitischen Aktionen leiten lassen? Selbstverständlich von seiner traditionellen Friedensliebe. Selbstverständlich von seinem ständigen Bemühen um den Weltfrieden. Aber auch von der Erkenntnis, daß das Wettrüsten extrem gefährlich wird. Daran eben gemahnen die Teilnehmer der Festsitzung des ZK der KPdSU und der Obersten Sowjets der UdSSR und der RSFSR in ihrem Aufruf „An die Völker, Parlamente und Regierungen aller Länder der Welt“.

„Die internationalen Beziehungen sind jetzt gewissermaßen am Schnittpunkt zweier Wege angelangt“, sagte Leonid Breschnew in seiner Rede, „von denen der eine zu wachsendem Vertrauen und zunehmender Zusammenarbeit führt, der andere aber zum Anwachsen der gegenseitigen Furcht, des Mißtrauens, des Waf-

fenhortens. Es sind zwei Wege, die in letzter Konsequenz jeweils zum stabilen Frieden oder aber, im besten Fall, zum Balancieren am Abgrund des Krieges führen. Die Entspannung bietet die Möglichkeit, den Weg des Friedens zu wählen. Es wäre ein Verbrechen, sich diese Gelegenheit entgehen zu lassen. Die allerwichtigste und vordringlichste Aufgabe ist heute, das Wettrüsten einzustellen, das die ganze Welt erfaßt hat.“

Die Rüstungslawine versperrt allen Völkern unserer Erde den Weg in eine friedliche und sichere Zukunft. Der Militarismus hindert die Menschheit an der Lösung lebenswichtiger Probleme: Versorgung der rasch an Zahl zunehmenden Erdbevölkerung mit Nahrungsmitteln, Rohstoffen und Energiequellen, Erhaltung der Naturreichtümer für den Menschen und Überwindung der wirtschaftlichen Rückständigkeit der asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Länder.

Die Rüstungslawine belastet sowohl die bilateralen Beziehungen zwischen den Staaten als auch das gesamte System der internationalen Beziehungen schwer. Wenn Waffen gehortet werden, wachsen Mißtrauen und Furcht, schwindet das Vertrauen. Vertrauen aber ist heute für wirklich gute Nachbarschaft wohl nicht minder wichtig als die zehn Prinzipien für die zwischenstaatlichen Beziehungen, die die Schlußakte der gesamteuropäischen Konferenz nennt. Es muß im Kodex für die internationa- len Kontakte seinen legitimen Platz zugewiesen bekommen.

Wie aus Washington, London, Paris, Bonn und anderen Hauptstädten der westlichen Welt verlautet, finden die neuen sowjetischen Friedensinitiativen ein positives Echo. Aber zum guten Willen der Sowjetunion, der gesamten sozialistischen Staatengemeinschaft muß der gute Wille der anderen hinzukommen. In der Welt greift die Überzeugung um sich, daß es für den Westen an der Zeit ist, den konstruktiven Aktionen der UdSSR mit etwas mehr zu begegnen als mit Beachtung und wohlwollendem Interesse. Eine gute Reaktion auf die Friedensliebe Moskaus, ein Beweis für wirkliche und nicht vorgetäuschte Bereitschaft, das Wettrüsten einzustellen, hört man überall in der Welt sagen, wäre der Verzicht des USA-Präsidenten auf den Bau der Neutronenwaffe, die das Gewissen der Menschheit gegen sich aufgebracht hat.

Die Weltpolitik steht am Schnittpunkt zweier Wege. Es ist Zeit, höchste Zeit, das Signal für das wahnwitzige Wettrüsten auf Rot zu stellen. Es ist an der Zeit, grünes Licht für die wirkliche, praktische Abrüstung zu geben.

WOCHENSCHAU

Das Sowjetvolk beging festlich den 60. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Am 2. und 3. November fand in Moskau im Kongreßpalast des Kreml eine gemeinsame Festversammlung des ZK der KPdSU, der Obersten Sowjets der UdSSR und der RSFSR statt. Leonid Breschnew hielt die Rede „Der Große Oktober und der Fortschritt der Menschheit“. Auf der Festversammlung waren 123 Delegationen aus 104 Ländern zugegen. Die Teilnehmer der Festversammlung nahmen den Appell „An das sowjetische Volk“ und den Appell „An die Völker, Parlamente und Regierungen aller Länder der Welt“ an. Am 7. November fand in Moskau auf dem Roten Platz eine Militärparade der Moskauer Garnison und eine Demonstration von Vertretern der Werktätigen der sowjetischen Metropole statt. Am 7. November gaben das ZK der KPdSU, das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR und der Ministerrat der UdSSR im Kongreßpalast des Kreml einen Empfang anlässlich des 60. Jahrestages der Oktoberrevolution, auf dem Leonid Breschnew und Edward Gierek das Wort ergriffen.

Am 2. November fand im Kreml ein Treffen zwischen Leonid Breschnew und den Leitern der Delegationen statt, die zur Teilnahme an der gemeinsamen Festversammlung anlässlich des 60. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution gekommen waren: Edward Gierek, Le Duan, Erich Honecker, Gustav Husák, János Kádár, Todor Štiwakow, Nicolae Ceaușescu, Jumshagijn Zedensbal, Raul Castro Ruz, Vladimir Bakarić und Lim Chung Chu. An dem herzlichen, freundschaftlichen Gespräch nahmen die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros sowie die Sekretäre des ZK der KPdSU teil.

Am 3. November empfing Leonid Breschnew im Großen Kremlpalast die Leiter der in Moskau akkreditierten diplomatischen Vertretungen. Die hohen Diplomaten gratulierten Leonid Breschnew und dem ganzen Sowjetvolk zum 60. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution.

Am 4. November trafen Leonid Breschnew und der Generalsekretär des ZK der Kommunistischen Partei Vietnams, Le Duan, zusammen. Bei dem Gespräch wurden Fragen der Weiterentwicklung der sowjetisch-vietnamesischen Zu-

sammenarbeit behandelt. Es kam zu einem Meinungsaustausch zu den wichtigsten internationalen Problemen. Einige Fragen der kommunistischen und Arbeiterbewegung wurden erörtert. Das Gespräch verlief in einer Atmosphäre der Freundschaft, der Herzlichkeit und des vollen gegenseitigen Verständnisses.

Vom 5. bis 8. November weilte der Präsident der Republik Finnland, Urho Kekkonen, auf Einladung des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR und der Sowjetregierung zur Feier des 60. Jahrestages der Oktoberrevolution in der UdSSR. Am 7. November fand im Kreml zwischen Leonid Breschnew und Urho Kekkonen ein Gespräch statt.

Am 3. November traf Leonid Breschnew im Kreml mit dem Vorsitzenden der Deutschen Kommunistischen Partei Herbert Mies zusammen. Am gleichen Tag fand eine Begegnung zwischen Leonid Breschnew und dem Generalsekretär der Italienischen Kommunistischen Partei, Enrico Berlinguer, statt.

Am 3. November zeichnete das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR den französischen Schriftsteller Louis Aragon mit dem Orden der Völkerfreundschaft aus. Am 7. November kam es im Kreml zwischen Leonid Breschnew und Louis Aragon zu einem Gespräch.

Leonid Breschnew richtete im Namen des sowjetischen Volkes und in seinem eigenen Namen eine Botschaft an die Teilnehmer einer Festversammlung der indischen Öffentlichkeit anlässlich des 60. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, in der er dem befreundeten Volk Indiens die herzlichsten Glückwünsche übermittelte. Die sowjetischen Menschen, heißt es in der Botschaft, schätzen die Beziehungen aufrichtiger Freundschaft und vielseitiger Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und Indien hoch ein. Leonid Breschnew äußerte die Gewissheit, daß sich diese Beziehungen auch in Zukunft zum Wohl unserer Völker, im Interesse des Weltfriedens entwickeln und verstetigen werden.

Am 4. November fand im Kreml ein Gespräch zwischen Alexej Kosygin und dem Mitglied des Politbüros des ZK der Volksbewegung für die Befreiung Angolas (MPLA), dem Mitglied des Revolutionsrates der VR Angola, dem

Ministerpräsidenten Lopo do Nascimento statt. Am gleichen Tag empfing Alexej Kosygin im Kreml das Mitglied des Ständigen politischen Komitees, den Sekretär des ZK der Partei FRELIMO, den Minister für Entwicklung und Wirtschaftsplanung der VR Moçambique, Marcelino Dos Santos.

Am 4. November fand im ZK der KPdSU eine Zusammenkunft zwischen dem Mitglied des Politbüros, dem Sekretär des ZK der KPdSU, Michail Suslow, dem Kandidaten des ZK der KPdSU, dem ersten stellvertretenden Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU, Wadim Sagladin, und einer Delegation der KP der Niederlande unter dem Vorsitzenden des ZK der KP der Niederlande, Henk Hoekstra, statt.

Am 5. November trafen im ZK der KPdSU das Mitglied des Politbüros, der Sekretär des ZK der KPdSU, Andrej Kirilenko, der Kandidat des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU, Boris Ponomarjow, und der erste stellvertretende Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU, Wadim Sagladin, mit einer Delegation der Französischen Kommunistischen Partei zusammen, die zur Feier des 60. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution eingetroffen war.

Am 4. November empfing das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, der Verteidigungsminister der UdSSR, Marschall der Sowjetunion Dmitri Ustinow Armeegeneral Raul Castro Ruz, den Leiter der kubanischen Partei- und Regierungsdelegation, zweiten Sekretär des ZK der KP Kubas, ersten stellvertretenden Vorsitzenden des Staatsrates und des Ministerrates, Minister der Revolutionären Streitkräfte der Republik Kuba. Am gleichen Tag empfing Dmitri Ustinow den Leiter der Partei- und Regierungsdelegation der Demokratischen Volksrepublik Algerien, das Mitglied des Revolutionsrates, Mohamed Salah Yahiaoui, sowie eine Partei- und Regierungsdelegation der Volksrepublik Kongo.

Am 4. November empfing das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, der Außenminister der UdSSR, Andrej Gromyko, eine Delegation der Palästinensischen Befreiungsorganisation unter dem Leiter des Politischen Departements des PLO-Exekutivkomitees, Farouk al-Kaddumi.



Demonstration der Werktätigen auf dem Roten Platz in Moskau am 7. November 1977

Foto S. Kossyrew

NEUE ZEIT

WOCHEBLATT FÜR POLITIK

Nr. 46 NOVEMBER 1977

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium:

S. Goljakow (Verantw. Sekretär),
V. Gustschin, A. Ignatow, G. Kaschojan
(Stellv. Chefredakteur), W. Kusnezow,
B. Pitschik (Stellv. Chefredakteur),
I. Trofimowa, V. Tschernjawska (Stellv.
Chefredakteur für die fremdsprachigen
Ausgaben), D. Wolski

Verantwortlicher Redakteur der
deutschen Ausgabe: R. Krestjaninow

Verlag der Zeitung „Trud“
Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6,
103782, GSP, Puschkinskaja Plostschad

Printed in the Union of Soviet
Socialist Republics

IN DIESEM HEFT:

Am Schnittpunkt zweier Wege	1
An die Völker, Parlamente und Regierungen aller Länder der Welt	4
I. Trofimowa — Es begann im Oktober	4
Zur Rolle der UdSSR	7
S. Goljakow — UdSSR—Finnland: Gute Nachbarn	8
A. Medwedenco — UdSSR—Spanien: Basis für gute Beziehungen	10
V. Sidenko — Angola: Auf Wegen des Fortschritts	12
A. Maidana, J. Rojas, A. Alcorta — „Wir werden Paraguay frei sehen“ (Interview)	14
Notizen, Glossen, Kommentare	16
J. Koplenig — „Die russischen Arbeiter sind unsere Brüder“	18
W. Kusnezow — Zwei Gespräche in Budapest	20
J. Gudkow — USA: Neue Proteste	22
J. Orlow — BRD—Österreich: Gefährliche Liebschaft	24
A. Ignatow — Das Schicksal der „France“	26
T. Hájková, J. Knorre — Im Wolgadelta	27
Diskussion mit dem Leser	30
PS	32

Titelbild: Moskau, Kongreßpalast des Kreml, am 2. November 1977. Gemeinsame Festansitzung des ZK der KPdSU, der Obersten Sowjets der UdSSR und der RSFSR.

Fotos S. Smirnow und A. Steschanow

AN DIE VÖLKER, PARLAMENTE UND REGIERUNGEN ALLER LÄNDER DER WELT

In den Tagen der Festlichkeiten zum 60. Jubiläum der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution richten das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, der Oberste Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Sowjetregierung an die Völker, Parlamente und Regierungen aller Länder eine Botschaft des Friedens und des guten Willens.

Vor sechs Jahrzehnten wurde in Rußland, auf dem Boden von zwei Kontinenten — Europa und Asien —, die sozialistische Revolution vollzogen und mit der Erfüllung des sehnlichsten Traums der Menschheit, der Errichtung einer Gesellschaft begonnen, in der die Arbeit frei ist von Ausbeutung, in der soziale Gerechtigkeit herrscht, in der statt nationalen Haders die Völkerfreundschaft triumphiert.

Kühn und beispiellos war das Werk, das unser Volk, unsere Partei in Angriff nahmen. Heute, sechzig Jahre danach, ist klar erkennbar: Im Oktober 1917 schlugen die Arbeiterklasse, die Werkältigen Rußlands, geleitet von der Partei der Bolschewiki unter Führung des großen Lenin, den richtigen Weg zum neuen Leben ein. Als flammende Revolutionäre waren sie weitblickende Baumeister der neuen Gesellschaft.

Gegen die erste sozialistische Revolution zogen alle reaktionären Kräfte der alten Welt zu Felde. Mit Feuer und Schwert, Hunger und Blockade wollten sie unsere Revolution bezwingen und die Fackel löschen, die die ganze Welt erhellt. In erbitterten Kämpfen gegen die Kräfte des Imperialismus, der Reaktion und des Faschismus, unter gewaltigen Opfern, harfen Prüfungen und Entbehrungen behauptete unser Volk seine Freiheit und Unabhängigkeit, die Errungenschaften des Oktober, die Zukunft des Sozialismus.

Die titanischen Anstrengungen des sowjetischen Volkes, seine Opfer, seine unbeugsame Entschlossenheit trugen ihre Früchte. Wir haben die entwickelte sozialistische Gesellschaft aufgebaut. Wir haben den ersten Staat der Welt geschaffen, in dem die ureigenen Interessen der Werkältigen zuverlässig geschützt, in dem die Rechte und Freiheiten je-

der Nation und jeder Völkerschaft, jedes Bürgers wirklich und in vollem Umfang garantiert sind. Die Quintessenz der sechzigjährigen Entwicklung des Sowjetstaates ist die neue Verfassung der UdSSR.

Das Sowjetvolk ist stolz auf seine Errungenschaften. Heute setzen wir uns neue, noch höhere Ziele und verstehen sehr wohl, wie kompliziert die noch zu lösenden Probleme sind. Eng geschart um die Kommunistische Partei und die Sowjetregierung, gehen die sowjetischen Menschen siegesgewiß an die vollständige Verwirklichung des kommunistischen Ideals, in dem sich Frieden, Arbeit, Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit und Glück der Völker verkörpern.

Jene, die im Oktober 1917 der Partei der Kommunisten, die Lenin folgten, waren konsequente Internationalisten. Sie kämpften für das Glück nicht nur ihres Volkes. Die Oktoberrevolution veränderte jäh den Gang der Weltgeschichte. Nach dem Sowjetland wählten auch andere Länder — in Europa, Asien, Lateinamerika und Afrika — den Weg des Sozialismus bzw. der sozialistischen Orientierung. Die internationale Arbeiterbewegung und die nationale Befreiungsbewegung erzielten bedeutende politische und sozialökonomische Erfolge. Das Kolonialsystem wurde zerschlagen. Große und kleine Völker gewannen Vertrauen in ihre eigene Kraft, wurden sich ihres unveräußerlichen Rechtes bewußt, Herr des eigenen Schicksals zu sein. Die allgemeindemokratische Bewegung wird immer breiter und stärker. Immer gebreiterer tönt die Stimme der friedliebenden Kräfte, der fortschrittlichen Jugend und der Frauen.

Herzlich, brüderlich grüßen wir die Völker der sozialistischen Länder, mit denen uns gemeinsame Ziele und Ideale und unverbrüchliche Freundschaft verbinden. Wir grüßen aufs innigste die Völker, die sich vom Kolonialismus befreit und den Weg nationaler Wiedergeburt und sozialen Fortschritts eingeschlagen haben. Wir sind zutiefst solidarisch mit den Völkern, die den heldenhafte Kampf für ihre Freiheit und Unabhängigkeit weiterführen. Wir grüßen unsere Brüder, die

ES BEGANN IM OKTOBER

Die Festsitzung im Kongreßpalast des Kreml anlässlich des 60. Jahrestages des Großen Oktober gestaltete sich zu einem Höhepunkt der Feierlichkeiten in der Sowjetunion. Hier waren Vertreter aller Generationen zusammengekommen, die gemeinsam das neue Leben aufbauen — jene, die 1917 zum Sturm auf die alte Welt antraten, jene, die in den harten Kriegsjahren die Errungenschaften des Oktober verteidigten, Aktivisten der ersten Fünfjahrepläne und Helden des jetzigen, des zehnten Fünfjahreplans — sie alle verkörpern die legendäre Leninsche Garde, die die Umgestaltung der Gesellschaft auf neuer Grundlage in Angriff genommen hat und zusammen mit dem ganzen Volk diese ebenso große wie schwere Aufgabe fortführt.

Ruhm und Ehre allen Generatio-

nen der sowjetischen Menschen, den Männern und Frauen, den Kommunisten und Parteilosen, die unter Einsatz all ihrer Kräfte, ihrer Energie und, wenn es darauf ankam, sogar ihres Lebens ihr Heimatland zu den Gipfeln des sozialen Fortschritts führten!" sagte Leonid Breschnew in seiner Rede auf der Festsitzung.

Die Pioniere, die Wege in eine unbekannte Welt bahnten — ob die Erschließung neuer Gebiete, das Vordringen in die Tiefen des Ozeans oder die Weiten des Alls —, hatten es nie leicht. Doch die Schaffung einer Gesellschaftsordnung ohne Ausbeuter und Ausgebeutete, ohne Peiniger und Gepeinigte war noch um vieles schwerer. Auf unserem Weg waren weit größere Hindernisse als jene, die die Neulandpioniere zu überwinden hatten. Das Sowjetvolk

ist aus allen diesen Prüfungen als Sieger hervorgegangen. Als erstes begann es, die Grundlagen des Sozialismus zu schaffen, als erstes errichtete es die entwickelte sozialistische Gesellschaft.

Unser Volk, das in diesen Jubiläumstagen über die Errungenschaften, den Platz und die Rolle des Sowjetlandes in der heutigen Welt nachsint, hat besonders stark gespürt, welchen Einfluß die Oktoberrevolution auf die Menschen, auf die Entwicklung der internationalen Ereignisse und auf den Lauf der Geschichte hat. Selbst die Feinde des Sozialismus können ihren sehr starken Einfluß auf weltweite Prozesse in der menschlichen Gesellschaft nicht leugnen, obgleich sie versuchen, ihre Bedeutung zu schmälern. Worin besteht die internationale Bedeutung des Oktober?

„Die Oktoberrevolution löste natürlich vor allem die Probleme unse-

Werktagen der kapitalistischen Länder, die für ihre Lebensorchte und -interessen kämpfen.

In den sechs Jahrzehnten nach dem Oktober ist die Menschheit weit vorangekommen. Die Welt hat sich von Grund auf verändert. Auch heute steht die Menschheit vor sehr akuten Problemen, die ihrer Lösung harren.

Die Leistungen des menschlichen Geistes, die unbegrenzten Möglichkeiten des wissenschaftlich-technischen Fortschritts sind heute imstande, jedem Volk, jeder Familie, jedem einzelnen ein würdiges Leben zu sichern. In vielen Ländern bleiben indessen immer noch Hunger, Armut, Krankheiten und Analphabetentum, Entrichtung, Furcht vor dem morgigen Tag und Elend im Alter das Los riesiger Menschenmassen. Millionen und aber Millionen sind zur Arbeitslosigkeit verdammt und ihres natürlichen Rechtes beraubt, des Rechtes auf Arbeit. Noch immer sind auf unserer Erde Kolonialismus, Faschismus und Rassismus nicht restlos ausgemerzt. Und schließlich die Hauptsache: Die Gefahr eines neuen Weltkriegs, die Gefahr einer thermonuklearen Katastrophe ist nicht gebannt.

Den Ruf nach Frieden hatte der Sowjetstaat schon in seiner Geburtsstunde auf sein Banner geschrieben. Nun unternimmt er bereits seit sechs Jahrzehnten alles, um den Frieden zu bewahren. Der unentwegte Kampf für den Frieden, gegen das Wettrüsten, für allgemeine und vollständige Abrüstung ist als hohes Ziel der sowjetischen Außenpolitik in der Verfassung der UdSSR verankert. Das ist der Wille unseres Volkes, das den Preis des heißen Krieges wie den des kalten Krieges nur allzugut kennt.

In den letzten Jahren konnte durch die Bemühungen aller, denen der Frieden am Herzen liegt, in den internationalen Beziehungen eine Wende von der Konfrontation zur Entspannung, zu Verständigung und gleichberechtigter Zusammenarbeit erzielt werden. Doch zur Sorglosigkeit besteht kein Grund.

Der Entspannung werden große Hindernisse in den Weg gelegt. Wahnwitzig wird das äußerst gefährlich werdende Wettrüsten forciert. Der Militarismus verschlingt nicht nur kolossale Ressourcen, sondern beschwört auch eine reale Gefahr für die gesamte Menschheit herauf.

ZENTRALKOMITEE DER KPdSU

OBERRSTER SOWJET DER UdSSR

MINISTERRAT DER UdSSR

res Landes, Probleme, die von seiner Geschichte, von seinen konkreten Verhältnissen bestimmt wurden", sagte Leonid Breshnew. "Ihrem Wesen nach waren das jedoch keine lokalen, sondern allgemeingültigen Probleme, vor die sich die gesamte Menschheit durch den Verlauf der gesellschaftlichen Entwicklung gestellt sah. Die weltgeschichtliche Bedeutung der Oktoberrevolution besteht ja gerade darin, daß sie den Weg zur Lösung dieser Probleme und damit zur Schaffung einer neuartigen Zivilisation auf der Erde gebahnt hat."

Im Laufe der Jahrtausende löste eine Ausbeuterordnung die andere ab. Das Machtmonopol der herrschenden Minderheit schien eine schicksalgegebene Notwendigkeit. Das russische Proletariat hat diesen Teufelskreis durchbrochen. Es hat bewiesen, daß die Macht der Ausbeuter durch die Macht der Werkta-

tigen ersetzt werden kann und muß — ein, wie wir sehen, keineswegs regional begrenztes Problem. Es bleibt geschichtlich gesehen für die Werktagen aller kapitalistischen Länder hochakut.

Die sowjetischen Erfahrungen haben noch etwas anderes bewiesen: Die Arbeiter und Bauern können nicht nur die Macht ergreifen, sondern auch ein Land aus Jahrhunderntealter Rückständigkeit herausführen. Unsere Industrie braucht heute nur zweieinhalb Arbeitstage, um soviel zu produzieren wie im ganzen Jahre 1913. Wir allein erzeugen jetzt mehr als die ganze Welt vor einem Vierteljahrhundert.

Die Oktoberrevolution hat den Weg zur Lösung von Problemen gebahnt, die die fortschrittlichen Menschen über Jahrhunderte bewegten. Hierzu gehört auch die nationale Frage. Haß und Mißtrauen in den Beziehungen zwischen den Völkern

haben in der Sowjetunion Freundschaft und gegenseitiger Achtung Platz gemacht.

Natürlich wurde die nationale Frage unter Berücksichtigung der konkret-historischen Verhältnisse unseres Landes gelöst — eines multinationalen Staates, dessen Völker selbst die Wahl treffen und sich freiwillig in einer Union zusammenschließen konnten. Doch dieses Problem an sich ist ebenfalls nicht lokal begrenzt. In vielen Ländern nehmen die Beziehungen zwischen den Völkern bisweilen sehr dramatischen Charakter an, und aus Konflikten werden blutige Zusammenstöße.

Keine Gesellschaft hat für die Volksmassen so viel tun können, wie der Sozialismus. Die Sorge aller für das Wohl eines jeden und die Sorge eines jeden für das Wohl aller sind Richtschnur unseres Lebens. Die sowjetischen Menschen verfügen über die ganze Fülle der Rechte

Eine schwere Verantwortung laden jene auf sich, die statt der Wahrheit Lüge ausstreuen, statt der Freundschaft Feindschaft säen, die statt zur Friedenspolitik wiederum zum kalten Krieg tendieren und die Menschheit in eine nukleare Katastrophe drängen. In unserem Jahrhundert gibt es keine Alternative zur friedlichen Koexistenz und kann es auch nicht geben.

Wir appellieren an die Völker, Parlamente und Regierungen aller Länder, alles zu unternehmen, um das Wettrüsten zu stoppen, die Entwicklung neuer Massenvernichtungsmittel zu verbieten, zur Reduzierung der Rüstungen und Streitkräfte, zur Abrüstung überzugehen!

Wir rufen dazu auf, beharrlich auf die baldigste und gerechte Beilegung explosiver Konflikte hinzuarbeiten und alle internationalen Spannungsherde auszuräumen.

Völker, Werktagen, Menschen guten Willens in allen Ländern! Frieden, Entspannung und sozialer Fortschritt sind ein lebenswichtiges Anliegen aller! Zusammenhalt und Entschlossenheit sind ausschlaggebend für den Erfolg! Die Kräfte des Krieges und der Reaktion werden vor dem vereinten Friedenswillen zurückweichen! Man muß sie zum Rückzug zwingen!

In Namen des sowjetischen 260-Millionen-Volkes erklären wir feierlich:

Die Kommunistische Partei der Sowjetunion, der Oberste Sowjet der UdSSR, die Sowjetregierung, unser ganzes Volk werden sich auch künftig mit aller Entschlossenheit für die Stärkung des Friedens und der friedlichen Koexistenz, für die Einstellung des Wettrüstens und die Reduzierung der Rüstungen bis hin zur international streng kontrollierten allgemeinen und vollständigen Abrüstung einsetzen.

Die Kommunistische Partei der Sowjetunion, der Oberste Sowjet der UdSSR, die Sowjetregierung, unser ganzes Volk werden auch künftig auf der Seite jener sein, die die Freiheit und Unabhängigkeit der Völker verteidigen, die für die hohen Ideale des Humanismus und der sozialen Gerechtigkeit eintreten.

Getreu dem Vermächtnis Lenins wird die Sowjetunion auch künftig konsequent den Kurs des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus verfolgen.

und Freiheiten. Jeder kann sich seinen Weg im Leben entsprechend seinen Neigungen und seinen Fähigkeiten wählen. Der Erste Sekretär des ZK der USAP, János Kádár, sagte auf der Festsetzung im Kreml-Kongreßpalast zur neuen sowjetischen Verfassung, daß die Menschenrechte im Sowjetland einen in der Geschichte einmaligen Stand erreicht haben.

Die sowjetischen Erfahrungen sind jetzt um die Praxis des sozialistischen Aufbaus in einer großen Ländergruppe bereichert. Diese Länder haben unsere konkreten Formen für den Übergang von der alten zur neuen Gesellschaftsordnung nicht kopiert. Jedes Land ging auf seine Art an die Probleme des sozialistischen Staatswesens, die Entwicklung der sozialistischen Industrie und die sozialistische Umgestaltung des Dorfes heran. Anders hätte das auch nicht sein können. Doch das Leben hat gezeigt, daß es bei aller Vielfalt der konkreten Formen allgemeingültige Gesetzmäßigkeiten für den Übergang zum Sozialismus gibt. Leonid Breschnew hob in seiner Analyse der Gesamterfahrungen der Brüderländer eine Reihe allgemeingültiger grundlegender und unveränderlicher Züge der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus hervor:

— Die entscheidende Frage der Revolution bleibt nach wie vor die Machtfrage. Entweder die Macht der Arbeiterklasse, die ein Bündnis mit dem gesamten werktätigen Volke ein geht. Oder die Macht der Bourgeoisie. Eine dritte Möglichkeit gibt es nicht.

— Der Übergang zum Sozialismus ist nur möglich, wenn die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten, nachdem sie die reale politische Macht erobert haben, diese dazu nutzen, die sozialökonomische Herrschaft der kapitalistischen und anderen Ausbeuter zu liquidieren.

— Der Sieg des Sozialismus ist möglich, wenn die Arbeiterklasse und ihre Vorhut — die Kommunisten — es vermögen, die werktätigen Massen im Kampf für die Errichtung der neuen Gesellschaft, für die sozialistische Umgestaltung der Wirtschaft und aller gesellschaftlichen Verhältnisse zu begeistern und zusammenzuschließen.

— Der Sozialismus kann sich nur dann behaupten, wenn die Macht der Werktätigen die Revolution gegen jeden Angriff des Klassenfeindes zu verteidigen vermag (solche Angriffe von innen und erst recht von außen sind aber unausbleiblich).

Die Erfahrungen der regierenden kommunistischen und Arbeiterparteien, die Lebenserfahrungen der Völker, die das Werk des Oktober fortführen, haben überzeugend demonstriert, daß diese festen Züge der sozialistischen Revolution und des

sozialistischen Aufbaus unter allen Bedingungen ihre Gültigkeit behalten. Ein Beispiel: Vor dem Februar 1948 teilte die Arbeiterklasse der Tschechoslowakei die Macht mit der Bourgeoisie. Und wozu hat das geführt? Der Versuch eines konterrevolutionären Umsturzes bedrohte die Errungenschaften des tschechoslowakischen Volkes. Erst nachdem die Arbeiterklasse im Bündnis mit der Bauernschaft die Macht vollständig ergriffen hatte, wurden grundlegende sozialistische Umgestaltungen möglich.

Ein anderes Beispiel ist Vietnam. Der Sozialismus behauptete sich in diesem Land nur, weil die Macht der Werktätigen die Revolution verteidigen konnte. Vietnam hat den imperialistischen Großmächten Frankreich und USA Niederlagen beigebracht. Das Banner der nationalen Unabhängigkeit und des Sozialismus, sagte der Generalsekretär des ZK der KP Vietnams, Le Duan, auf der Festsetzung in Moskau, mobilisierte alle revolutionären Möglichkeiten des vietnamesischen Volkes, insbesondere im großen patriotischen Krieg gegen den US-Neokolonialismus, und vereinte die Kraft unseres Volkes mit der Kraft der Epoche, wodurch ein starkes gemeinsames Potential für die Erringung des vollständigen Sieges geschaffen wurde.

Die Kraft der Epoche, die von der ersten sozialistischen Revolution eingeleitet wurde, wird immer deutlicher. Der Sieg des Oktober hat die Kolonialvölker aus ihrem Schlaf geweckt und ihnen die Zuversicht gegeben, daß die Allmacht des Imperialismus nicht ewig ist, hat sie zum Handeln gerufen. Eine Liquidierung dieses Schandsystems stand schon damals, vor 60 Jahren, an. Die Kolonialreiche, deren Macht unerschütterlich schien, brachen in wenigen Jahrzehnten zusammen. Nach dem Sieg über den Faschismus erlangten viele Länder — über zwei Milliarden Menschen — die staatliche Unabhängigkeit. Das Kolonialsystem in seinen klassischen Formen ist faktisch beseitigt. Und, was überaus wichtig ist, viele junge Staaten lehnen den kapitalistischen Entwicklungsweg ab und orientieren sich auf den Sozialismus.

Doch noch nicht alle dunklen Flecken des Kolonialismus und Rassismus sind von der politischen Weltkarte getilgt. Die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder unterstützen fest die nationale Befreiungsbewegung. Der Vorsitzende der Südafrikanischen KP, Yusuf Dadoo, sagte zu dem schweren Kampf, den die Völker des südlichen Afrika gegen die Tyrannie führen, daß der revolutionäre Kampf der Bolschewiki alle Freiheitskämpfer begeistert.

Immer mehr drängen die Massen

nach grundlegenden Veränderungen in den kapitalistischen Ländern. Die kommunistischen Parteien, deren Einfluß bedeutend gewachsen ist, tun alles, um ihre Strategie und Taktik zu vervollkommen. Sie suchen nach Wegen zum Zusammenschluß aller demokratischen Kräfte im Kampf gegen die Herrschaft der Monopole. Es kommt nur darauf an, wie Leonid Breschnew ausführte, daß in der richtigen Richtung gesucht wird:

„Welche Wege auch gewählt werden, letztendlich sind die Kommunisten dazu berufen, die Massen zum Hauptziel, zum Sozialismus, zu führen. Die Erfahrungen des Kampfes für den Sieg der Oktoberrevolution haben gezeigt, daß in der revolutionären Tätigkeit ein Wechsel der Taktik und Kompromisse zur Gewinnung neuer Verbündeter durchaus möglich sind. Wir haben uns aber auch von etwas anderem überzeugt: Auf keinen Fall dürfen Prinzipien einem taktischen Vorteil geopfert werden.“

Der Oktober hat die Welt verändert. Doch die Menschheit ist heute noch mit ungelösten Aufgaben belastet. Vor allem geht es darum, einen neuen Weltkrieg zu verhüten und einen dauerhaften Frieden herzuführen. Die UdSSR und unsere sozialistischen Verbündeten zeigen den richtigen Weg zur Verwirklichung dieses Jahrhundertealten Menschheitstraums.

Der Sowjetstaat ist mit Lenins Dekret über den Frieden in die Weltarena getreten. Er folgte fest diesem Kurs, bestrebt, alles zu tun, um die Sicherheit weltweit zu festigen. Auch heute, nach sechs Jahrzehnten, proklamiert die KPdSU die Lösung des Oktober: „Friede den Völkern!“

...Wir haben das ruhmreiche Jubiläum der Revolution im Kreise von Gleichgesinnten, Kampfgefährten begangen. In ihren Ansprachen im Kreml-Kongreßpalast haben namhafte Persönlichkeiten der kommunistischen Weltbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung die Erfahrungen der KPdSU, die Errungenschaften des Sowjetvolkes hoch eingeschätzt. Allein schon die Tatsache, daß Delegationen aus über 100 Ländern zu den Jubiläumsfeierlichkeiten nach Moskau gekommen sind, zeigt, wie angesehen die Sowjetunion in der Welt ist.

Das ZK der KPdSU, der Oberste Sowjet der UdSSR und die Sowjetregierung gratulierten dem Sowjetvolk in ihrem Appell zum großen Fest und äußerten die feste Überzeugung, daß die sowjetischen Menschen, fest geschart um die Partei Lenins, neue Erfolge beim kommunistischen Aufbau erzielen werden.

I. TROFIMOWA

„NEUE ZEIT“ 46-77

ZUR ROLLE DER UdSSR

Wir bringen weitere Antworten zur Frage: „Wie beurteilen Sie die Rolle, die die UdSSR in der heutigen Welt spielt?“, die unsere Redaktion namhaften Staatsmännern, Politikern und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens vorgelegt hat.

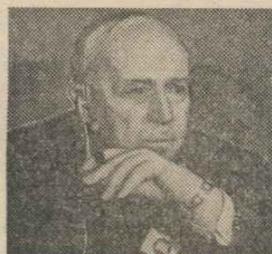
Amadu Mahtar M'BOU
Generaldirektor der UNESCO



Die Sowjetunion beteiligt sich aktiv an der Vorbereitung und Verwirklichung der UNESCO-Programme auf weltweiter wie auf europäischer Ebene. Als Beispiel kann man die ständig wachsende Rolle anführen, die die UdSSR bei der Erfüllung der wissenschaftlichen Regierungsprogramme der UNESCO spielt, wie z. B. „Mensch und Biosphäre“, das ozeanographische Programm u.a.

Sowjetische Fachleute leisten einen großen Beitrag zu den Programmen im Bereich der Gesellschaftswissenschaften, der Kultur und Bildung. Die Hoffnung ist berechtigt, daß die Mitwirkung der Sowjetunion bei der Arbeit der UNESCO ständig zunehmen wird.

Raymond GOOR
belgischer Theologe



Die Sowjetunion ist zweifelsohne eine der größten Mächte. Sie verfügt über ein riesiges Potential und leistet einen sehr wichtigen Beitrag zur Herstellung eines dauerhaften Friedens, der auf die Achtung und Gewährleistung der souveränen Rechte aller Völker gegründet ist.

In die kürzlich angenommene neue Verfassung der UdSSR, in ihr Kapitel zur Außenpolitik, sind die Prinzipien der KSZE-Schlußakte aufgenommen, die die Sowjetunion

im Interesse der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa realisiert. Die neue Verfassung verankert die Treue der UdSSR zu den Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen den Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Ich hoffe, daß diese Politik des guten Willens ein immer stärkeres Echo in der Welt finden und die Schaffung eines Systems der internationalen Beziehungen einleiten wird, das den Krieg endgültig unmöglich macht.

Jagjivan RAM
indischer Verteidigungsminister



Die neuen Formen des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens, die für den Aufbau des Sozialismus in der UdSSR gefunden wurden, haben gezeigt, daß die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft nicht nur ein Ideal geblieben ist, sondern in die Praxis umgesetzt werden kann.

Die Erfahrungen der Sowjetunion sind zu einem großen mitreißenden Beispiel für die Völker der ganzen Erde geworden, die für ihre Befreiung von ausländischer Herrschaft oder von anderen Unterdrückungsformen kämpfen, zu einer Kraft, die zum Aufschwung des nationalen Befreiungskampfes beigetragen hat.

Das gilt voll und ganz auch für die Befreiungsbewegung in Indien. Der Erfolg des Kampfes der revolutionären Massen im ehemaligen Russischen Reich — der Arbeiterklasse und der unterdrückten Bauernschaft — gegen die herrschende Klasse, die aus dem Ausland unterstützt wurde, gab uns Kampfesversicht. Wir haben uns davon überzeugt, daß die ärmsten Schichten eine Ausbeuterordnung, die als unerschütterlich galt, stürzen können. Das führte dazu, daß unsere Befreiungsbewegung den Ideen der

sozialen Gerechtigkeit gleichfalls mehr Aufmerksamkeit zu schenken beginnt.

All das gab zusätzliche Impulse für die Entstehung organisierter sozialistischer Gruppen innerhalb und außerhalb des Indischen Nationalkongresses, der den nationalen Befreiungskampf leitete, und förderte die sozialistische Bewußtseinsbildung der Werktäglichen.

Die Freundschaft zwischen Indien und der UdSSR, die mit der Unterstützung der Sowjetunion für den nationalen Befreiungskampf begann, ist gesetzmäßig zu einem Eckstein der indischen Außenpolitik geworden. Das Interesse am Leben der Sowjetunion ist groß. Heute arbeiten Indien und die UdSSR auf vielen Gebieten zusammen. Die Sowjetunion hat uns bei der wirtschaftlichen Entwicklung, in kritischen Augenblicken geholfen. Der indisch-sowjetische Vertrag über Freundschaft, Frieden und Zusammenarbeit gibt ein Beispiel für die Beziehungen zwischen einer Großmacht und einem Entwicklungsland. Die guten Beziehungen zwischen unseren Ländern basieren auf den gegenseitigen Interessen und der vollen Gleichheit ohne jegliche Einmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen.

David ROCKEFELLER,
Vorstandsvorsitzender
der Chase Manhattan Bank



Nehmen Sie meine Glückwünsche anlässlich des 60. Jahrestages der Oktoberrevolution entgegen. Die Zusammenarbeit der Chase Manhattan Bank mit der UdSSR begann 1924 mit der Finanzierung der Lieferungen amerikanischer Baumwolle für die junge Textilindustrie der UdSSR. Seitdem hat die Sowjetunion ihre Handelsverbindungen mit allen Staaten bedeutend ausgebaut. Wir sind überzeugt, daß die UdSSR in Zukunft noch aktiver am Weltmarkt teilnehmen wird. Wir hoffen, daß die Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern dazu beitragen wird.

GUTE NACHBARN

Von unserem Sonderberichterstatter
Sergej GOLJAKOW

Das Leben der finnischen Hauptstadt pulsiert im Herbst gewöhnlich langsamer: Die Touristen werden weniger, und die Freiluftcafés schließen. Der Nebel steigt, es fällt das Laub...

Doch diesmal können offensichtlich selbst die Naturgewalten die Festatmosphäre nicht beeinträchtigen, die dieser Tage nicht nur in Helsinki, sondern in ganz Suomi herrscht. Der Kalender weist zwei rote Daten auf: den 60. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und den 6. Dezember, den 60. Jahrestag der Proklamierung der finnischen Unabhängigkeit. Wie Präsident Urho Kekkonen sagte, „besteht zwischen diesen Ereignissen eine so feste Verbindung – zeitlich wie von ihrem Wesen her –, daß die großen Feierlichkeiten in diesem Herbst zu einer Veranstaltung der sowjetisch-finnischen Freundschaft werden“.

Ohne den Sieg des Oktober in Rußland gäbe es auch kein selbständiges Finnland. Dieser Gedanke ist heute fest im Bewußtsein des finnischen Volkes verankert.

„Viele Jahre lang“, erklärte der finnische Ministerpräsident und Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Kalevi Sorsa, mir gegenüber, „war der Kampf für die nationale Befreiung Finlands aufs engste mit dem revolutionären Kampf des russischen Proletariats, mit der Tätigkeit Lenins verbunden, der wiederholt in unserem Lande weilte und hier viele aufrichtige und treue Freunde hatte. Die Anerkennung der Unabhängigkeit Finlands durch die junge Sowjetrepublik rührte damals direkt von ihrem Wunsch her, die Beziehungen zwischen unseren Ländern auf der Grundlage der Zusammenarbeit und des Vertrauens zu gestalten, im Geiste der Leninschen Nationalitätenpolitik.“

Kürzlich fand in Helsinki eine Begegnung zwischen einer Delegation der KPdSU unter dem Kandidaten des Politbüros, dem Sekretär des ZK der KPdSU, Boris Ponomarjow, und einer Delegation der Kommunistischen Partei Finlands statt. Sie verlief im Geiste der Kameradschaftlichkeit, des gegenseitigen Verständnisses und der Übereinstim-

mung, der für die traditionellen brüderlichen Beziehungen zwischen der KPdSU und der KP Finlands charakteristisch ist.

Die sowjetischen Menschen erinnern sich daran, daß die revolutionäre Arbeiterbewegung Finlands, die finnischen Kommunisten in den schwersten Jahren ihre Solidarität mit dem Kampf der Sowjetunion für den Sozialismus bekundeten. Sie traten konsequent für dauerhaften Frieden und für Freundschaft mit dem Sowjetland ein, d. h. für ebendie Linie, die jetzt dem außenpolitischen Kurs Finlands zugrunde liegt.

Der stellvertretende Vorsitzende der KP Finlands, Taisto Sinisalo, sagte zur Bedeutung der Begegnung zwischen den Delegationen der KPdSU und der KP Finlands, daß sie zu einem wichtigen Ereignis in der Arbeit der Partei und der ganzen demokratischen Bewegung des Landes geworden ist und zu einer Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen beiden Ländern bedeutend beigetragen hat. Diese Begegnung ist von großer Bedeutung für die Einheit der gesamten kommunistischen Weltbewegung, betonte Genosse Sinisalo.

Rote und weißblaue Flaggen wehten dieser Tage wiederholt vor der Finlandia-Halle. Dort fand u. a. das Symposium „Wissenschaftlich-technische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und Finnland“ statt. An ihm beteiligten sich Regierungsmitglieder, namhafte Politiker und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Vertreter der finnischen Geschäftswelt. Die sowjetische Delegation wurde vom stellvertretenden Vorsitzenden des Staatlichen Komitees des Ministerrates der UdSSR für Wissenschaft und Technik, Dshermen Gwischiani, geleitet.

Im Fernsehen ist ein dreiteiliger Dokumentarfilm über die revolutionäre Geschichte und die Gegenwart der Heimat des Oktober angelaufen. Der Autor der Trilogie, Regisseur Arvo Ahlroos, hat sie in Zusammenarbeit mit dem sowjetischen Fernsehen geschaffen. Der erste Teil, „Die neue Gesellschaft“, wurde am 8. November gesendet.

Der Besucherstrom im Lenin-

Museum in Tampere reißt nicht ab. Dieses Museum wurde 1946 auf Initiative der Gesellschaft Finnland-Sowjetunion eröffnet und war damals das einzige Lenin-Museum außerhalb der Sowjetunion. Es befindet sich in dem Gebäude, wo 1905 und 1906 die Tammerfors-Konferenzen der SDAPR stattfanden. Das Museum in Tampere ist weit über Finlands Grenzen hinaus gut bekannt.

„1976 kamen Besucher aus 36 Ländern zu uns“, berichtete Museumsdirektor Paavo Jokela.

Unter den Ausstellungsstücken über das Leben und die revolutionäre Tätigkeit Lenins, über seinen Aufenthalt in Finnland, wo er sich wiederholt vor den zaristischen Bluthunden verbergen mußte, ist die Kopie eines Erlasses des Rates der Volkskommissare besonders wertvoll, den Lenin am 31. Dezember 1917 unterzeichnete:

„Als Antwort auf das Gesuch der finnischen Regierung, die Unabhängigkeit der Republik Finnland anzuerkennen, ordnet der Rat der Volkskommissare an, in voller Übereinstimmung mit den Prinzipien des Rechtes der Völker auf Selbstbestimmung: dem Zentralen Exekutivkomitee den Vorschlag zu unterbreiten:

a) die staatliche Unabhängigkeit der Republik Finnland anzuerkennen und

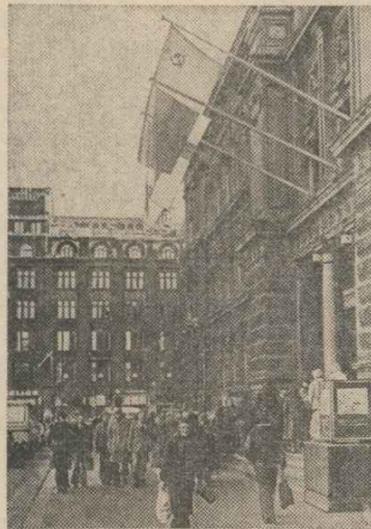
b) in Abstimmung mit der finnischen Regierung einen Sonderausschuß aus Vertretern beider Seiten zu bilden, um jene praktischen Maßnahmen zu erarbeiten, die sich aus der Lostrennung Finlands von Rußland ergeben.“

Als der Sejm am 6. Dezember 1917 Finnland als selbständigen Staat ausrief, war Lenin sofort bereit, das Dekret über die Anerkennung der Unabhängigkeit der Republik Finnland zu unterzeichnen. Doch die Senatoren wollten sich nicht an die neue Regierung Rußlands wenden und bemühten sich deshalb anfangs um eine Anerkennung der Unabhängigkeit durch Drittländer. Doch fand sich damals kein Staat, der dazu bereit gewesen wäre, und so mußte sich der Senat an den von Lenin geführten Rat der Volkskommissare wenden. Die Antwort traf am gleichen Tag ein.

„Mit diesem Schritt hat sich Lenin die uneingeschränkte Achtung des finnischen Volkes und einen hervorragenden Platz in der Geschichte unseres Landes erworben“, betonte Präsident Urho Kekkonen am 26. Ok-

tober auf der Jubiläumsfeier zum 60. Jahrestag des Großen Oktober.

Lenins Dekret über den Frieden, die Deklaration der Rechte der Völker Russlands und das Dekret über die Anerkennung der staatlichen Unabhängigkeit Finnlands haben das Schicksal des finnischen Volkes tief beeinflußt. Der Sieg der Sowjetunion im zweiten Weltkrieg hat dem Land erneut Freiheit und Selbständigkeit gewährleistet. Der gesamte Lauf der Geschichte hat gezeigt, daß der sozialistische Sowjet-



Dieser Tage wehen vielerorts in Suomi die sowjetische und die finnische Staatsflagge nebeneinander

Foto des Autors

staat treu zur Politik der Achtung der Rechte der großen und kleinen Völker steht.

Die Finnen haben sich davon überzeugen können. In der Nachkriegszeit sind Finnland und die Sowjetunion darangegangen, einen neuen Typ von Beziehungen zu gestalten, deren Charakter im Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe von 1948 seinen Niederschlag fand. In Weiterentwicklung dieses Vertrages, den die Seiten 1955 und 1970 verlängerten, wurden noch andere Verträge und Abkommen geschlossen.

„In den vergangenen 30 Jahren wurde zwischen der UdSSR und Finnland ein System von Beziehungen geschaffen, eine außerordentliche Erscheinung in der Praxis von Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen“, erklärte mir der finnische Außenminister Paavo Väyrynen. „Charakteristisch für die sowjetisch-finnischen Beziehungen

sind die gegenseitige Achtung und die allseitige Zusammenarbeit. Wir können befriedigt konstatieren, daß die Kontakte zwischen unseren Ländern heute breit wie nie zuvor sind, und die Perspektiven sind sehr günstig.“

Minister Väyrynen äußerte sich auch zum Begriff der „Finnlandisierung“, der manchmal im Westen gebraucht wird:

„Dieser Begriff offenbart eine unrichtige Auffassung vom Wesen unserer Zusammenarbeit. Er wird von jenen, die nicht an den aufrichtigen, gleichberechtigten und gut-nachbarlichen Charakter der sowjetisch-finnischen Beziehungen glauben wollen, für die eigenen innerenpolitischen Interessen ausgenutzt. Doch je mehr sich die Politik der friedlichen Koexistenz Bahn bricht, verschwindet dieser Begriff nach und nach aus dem politischen Vokabular.“

Der weitsichtige Kurs auf Freundschaft mit der Sowjetunion, der in die Geschichte als „Linie Paasikivi—Kekkonen“ eingegangen ist, hat dem Land internationales Ansehen gebracht. Das zeigte sich besonders eindrucksvoll daran, daß gerade die finnische Hauptstadt zum Tagungsort der historischen gesamt-europäischen Sicherheitskonferenz erwählt wurde. Helsinki ist zu einem Symbol der positiven Wandlungen in Europa und der ganzen Welt geworden. Der Weltfriedensrat hat hier seinen Hauptsitz. „Die Finnischen Friedensanhänger“ sind eine einflußreiche Massenorganisation des Landes.

Der dauerhafte, beständige Charakter der Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern ist zu einem konstanten, bestimmenden Element des Friedens und der Sicherheit in Nord-europa geworden. Es hat positiven Einfluß auf das politische Klima ganz Europas. Zugleich macht es sich auch positiv in Finnland selbst bemerkbar.

„Die letzten 30 Jahre waren die besten in der Geschichte des Landes“, sagte Innenminister Eino Uusitalo. „Vor allem, weil sich gleichberechtigte, von Vertrauen getragene Beziehungen mit der Sowjetunion herausgebildet haben.“

Finnland, das weitgehend außenwirtschaftlich orientiert ist, findet in der Sowjetunion einen zuverlässigen Handelspartner. Seit 1951 erfolgt der sowjetisch-finnische Handel auf der Grundlage langfristiger Abkommen, die ihm Stabilität

und eine klare Perspektive geben. In den letzten Jahren hat der Warenaustausch merklich zugenommen und nähert sich 2 Md. Rubel jährlich. Das ermöglichte Finnland, unter den wichtigsten kapitalistischen Handelspartnern der Sowjetunion auf den vierten Platz zu kommen. Die sowjetischen Aufträge sichern auf Jahre hinaus die Auslastung vieler finnischer Industriebetriebe und geben etwa 150 000 Arbeitern Beschäftigung.

Wie der Generalsekretär der KP Finnlands, Arbeitsminister Arvo Aalto, meinte, kann angesichts der jetzigen Instabilität der westlichen Wirtschaft die Bedeutung des langfristigen Programms für die Entwicklung und Vertiefung der Zusammenarbeit in Handel, Wirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Technik zwischen der UdSSR und Finnland, das von Leonid Breschnew und Urho Kekkonen im Frühjahr d. J. in Moskau unterzeichnet wurde, nicht hoch genug eingeschätzt werden. Dieses Programm (Laufzeit bis 1990) bringt die großen qualitativen Veränderungen im Charakter der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen sowie der wissenschaftlich-technischen Verbindungen zwischen beiden Ländern zum Ausdruck. Es zählt mit Recht zum Aktiv der großen europäischen Politik und ist zu einem bedeutenden Schritt bei der Verwirklichung der KSZE-Schlüsselekte geworden. Zum erstenmal haben Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung die Hauptrichtungen der Zusammenarbeit auf einen so langen Zeitraum und auf so breiter Grundlage bestimmt.

... Am 26. Oktober überreichte der Vorsitzende der Gesellschaft Finnland—Sowjetunion, Staatsrat Matti Miettunen, auf der Feier zum 60. Jahrestag des Großen Oktober in der Finlandia-Halle dem sowjetischen Delegationsleiter, dem stellvertretenden Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Iwan Poljakow, eine Grußadresse der Gesellschaft an das Sowjetvolk. Vier große Bände, dunkelblau eingebunden, mit Goldprägung, enthalten die Unterschriften vieler tausend finnischer Bürger. Sie dokumentieren die historischen Veränderungen, die dank dem Sieg des Großen Oktober und der Freundschaft mit den Völkern der Sowjetunion im Schicksal und im Bewußtsein des finnischen Volkes eingetreten sind.

Helsinki—Tampere—Moskau

BASIS FÜR GUTE BEZIEHUNGEN

Anatoli MEDWEDENKO

In der Gran Via im Zentrum Madrids sah ich einmal ein Werbeplakat mit der Aufschrift: „Die sowjetische Seconda, die beste Uhr der Welt“. Vor ein paar Jahren wäre so etwas undenkbar gewesen.

Das Regime Francos war hauptsächlich auf die USA orientiert, es hoffte, damit die Wirtschaft voranbringen zu können. Auf diese Weise wurden die Wirtschaftsprobleme aber nur noch komplizierter, Spanien wurde ganz von Washington abhängig. Aufschlußreich ist ein kürzliches Schreiben Außenminister Orejas an US-Staatssekretär Vance. Darin ist die Besorgnis der spanischen Regierung über eventuelle Folgen ausgedrückt, die die vom US-Kongreß beantragten Beschränkungen für die Einfuhr spanischer Schuhe haben könne. Die Ankäufe sollen durchschnittlich um 10% abnehmen, was für Spanien einen jährlichen Verlust von rund 200 Mio Dollar, eine 2,5prozentige Einschränkung der Schuhfabrikation und ein entsprechendes Anwachsen des Arbeitslosenheers bedeuten würde. Die Passivbilanz im Handel Spaniens mit den USA werde mit jedem Jahr größer und betrage jetzt 1,8 Md. Dollar.

„Kirowez“, „Belarus“, „Wladimirez“

Realpolitiker sowie Repräsentanten der Industrie und der Geschäftswelt äußerten schon seit Beginn der 60er Jahre immer öfter, daß es wirtschaftlich und politisch viel zweckmäßiger und vorteilhafter wäre, allen Staaten, auch den sozialistischen gegenüber die gleiche außenwirtschaftliche Politik zu betreiben. Schon damals nahmen einige Firmen unter Umgehung der Verbote Kon-

takt mit sowjetischen Außenhandelsorganisationen auf.

„Unsere Gesellschaft hat den Handel mit der UdSSR als eine der ersten in Spanien aufgenommen“, sagte mir der Präsident der Export- und Importfirma Waimer. Wir unterhielten uns bei der Leitung der Firma in der Villanueva-Straße in Madrid. Im Raum hing eine große Landkarte der UdSSR mit Fähnchen. Der Präsident fing meinen Blick zur Karte auf und sagte:

„Die Fähnchen zeigen die Städte an, mit denen wir Geschäftsbeziehungen haben: Moskau, Leningrad, Uljanowsk, Minsk und Tbilissi. Von dort bekommen wir spanabhebende Maschinen, Bergbauausrüstungen, Schmiedepressen, medizinische Einrichtungen und Maschinen für die Holzbearbeitung. Wir wiederum liefern der UdSSR Agar-Agar, Olivenöl, Schuhe und andere herkömmliche spanische Exportartikel. Wir tauschen auch schon technisches Know-how aus. Zur Zeit arbeiten z. B. in spanischen Betrieben sowjetische und in sowjetischen Betrieben spanische Fachkräfte.“

Voriges Jahr belief sich unser Warenverkehr auf mehr als 6 Mio Dollar. Dabei hatten wir mit einem Kontrakt über ein paar Tausend Dollar angefangen. Mir scheint die Entwicklung der Beziehungen zwischen Waimer und sowjetischen Außenhandelsorganisationen in gewissem Grade den Fortschritt widerzuspiegeln, den unsere Länder in ihrer wirtschaftlichen Zusammenarbeit gemacht haben. Natürlich haben beide ihre Möglichkeiten noch nicht erschöpft. Die KSZE-Schlußakte hat den Weg zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit der zu ver-

schiedenen sozialen Systemen gehörenden Staaten Europas, auch Spaniens, weitgehend geebnet.“

In diesem Sinne äußerte sich auch der Präsident der Agruco S. A. Sie führt größtenteils Landmaschinen, in erster Linie Traktoren, die sie in der UdSSR ankauf, und dieser liefert sie Wein und Olivenöl. Der Leiter der Firma sagte:

„Bis vor kurzem bezog Spanien Traktoren und andere Landmaschinen größtenteils von amerikanischen, bundesdeutschen und italienischen Gesellschaften.“

Ich muß gestehen, wir haben lange geschwankt, ehe wir den Konkurrenzkampf mit ihnen aufnahmen. Ein Bauer läßt sich schwer davon überzeugen, einen anderen Traktor zu kaufen, wenn er jahrelang mit einem Ford- oder einem Fiat-Traktor gepflügt hat. Die Gewohnheit wird den meisten zur zweiten Natur. Und dann ist ein Traktor ja kein Kasten Wein und kein Paar Schuhe, der Bauer kauft ihn fürs ganze Leben. Obendrein kam die Maschine, die wir ihm offerierten, aus der Sowjetunion, über die man ihm 40 Jahre lang allerlei Ungereimtheiten erzählt hatte. Aber wir riskierten es und haben uns mit der Zeit durchgesetzt. In vier Jahren haben wir viel erreicht. Jetzt sind auf den Feldern Andalusiens, Valencias, der Estremadura, Kastiliens, Kataloniens und anderer Landesgebiete 1700 sowjetische Traktoren eingesetzt. Unlängst haben wir einen Kontrakt über noch 600 geschlossen.

Sie fragen mich nach der Ursache dieses Erfolgs der Agruco? Für die wichtigste halte ich die gute Qualität dieser Maschinen, die Tatsache, daß unser Bauer Vertrauen zu ihnen gefaßt hat und sie lieber als früher kauft. Davon können Sie sich übrigens selbst überzeugen.“

Der Präsident bremste den Wagen etwas, bog von der Autobahn ab und hielt am Chausseerand. Bald darauf begann ein Motor zu surren, und hinter einer Anhöhe kam ein riesiger Traktor Marke Kirowez hervor. Als er hielt, traten wir näher

heran. Der Bauer, ein Mann in mittleren Jahren, sprang zur Erde. Wir stellten uns gegenseitig vor, und mein Begleiter fragte ihn, wie er mit der Maschine zufrieden sei. Dieser lächelte breit und hob den Daumen als höchste Anerkennung. Dann sagte er, die Maschine habe er schon das zweite Jahr und habe keinerlei Scherereien mit ihr.

Die Agruco verkauft nicht nur Landmaschinen, sie garantiert auch den technischen Service. Mit Hilfe sowjetischer Mechaniker werden Fachkräfte für die Agrargenossenschaften Spaniens angelernt, was für die hiesigen Verhältnisse sehr wichtig ist. Die Gesellschaft hat leistungsfähige technische Einrichtungen. Der Zweck meiner Fahrt nach Requena war, sie zu besichtigen.

Man sieht auf den ersten Blick, daß alles sehr solide und auf Dauer eingerichtet ist. In einem neuen einstöckigen Bau befinden sich große Ausstellungssäle und Klassenräume für Instruktionsstunden, die für Bauern gehalten werden. Nebenan ist eine Maschinenschlosserei mit Teststand. Als wir eintraten, arbeitete ein älterer Mann an einem gerade erst gelieferten Charkow-T-150-Traktor. Auf dem Hof standen auch sowjetische Maschinen aufgereiht: „Belarus“, „Wladimirez“, der Lipezker T-40 und der Leningrader Gigant K-700.

An einem der Traktoren arbeitete ein Mechaniker. Wir stellten uns einander vor. Alexander Pawlowitsch war unlängst aus Minsk angekommen. Was er hier mache? Zusammen mit seinen Kollegen aus Lipezk, Taganrog und Leningrad half er den Spaniern, sich auf den sowjetischen Maschinen einzuarbeiten, und teste diese auch. Außerdem reisten Fachkräfte aus Spanien zum Praktikum nach der UdSSR. Vor kurzem sei z. B. eine Gruppe von 15 Fachkräften aus Minsk zurückgekommen.

Zur besseren Verständigung

Neulich lernte ich den Präsidenten der Banco de Santander und der „NEUE ZEIT“ 46.77

Banco Intercontinental Español, Herrn Botín, kennen. Er sprach Russisch zu mir und beantwortete meine verwunderte Frage so:

„Ich habe es selbst gelernt. Jetzt kann man ohne Russischkenntnisse nicht mehr auskommen. Für uns Unternehmer, Wirtschaftsexperten und Finanzleute wird das Russische zu einer Sprache der Zusammenarbeit und der Kontakte.“

Später erfuhr ich, daß er als einer der ersten Geschäftsleute Spaniens Russisch gelernt hat, und nicht nur aus geschäftlichen Gründen, sondern auch, um die Wahrheit über die UdSSR aus erster Hand zu erfahren.

In dem Abkommen über die Aufnahme der spanisch-sowjetischen diplomatischen Beziehungen heißt es, daß sie sich „nach den Grundsätzen der friedlichen Koexistenz, im Einklang mit der UNO-Charta und im Sinne der auf der KSZE erzielten Vereinbarungen“ entwickeln werden. Das bedeutet, daß sie vor allem auf gegenseitigem Vertrauen und auf Achtung voreinander zu beruhen haben.

In der Tat, wir müssen einander kennenlernen und nach Verständigung streben. Einmal sprach ich im spanischen Fernsehen über die kulturelle Zusammenarbeit der UdSSR und Spaniens. Als ich die Bücher spanischer Schriftsteller aufzählte, die in unserem Land erschienen sind, und die Auflagen nannte, war der Sprecher perplex. Er machte aus seiner Verwunderung gar kein Hehl und fragte mehrmals: „Habe ich recht gehört?“

Tatsächlich, in welchem Land sind Werke spanischer Schriftsteller — klassischer und moderner — außer in der UdSSR mehr als 500mal und in einer Gesamtauflage von 21 Millionen erschienen? Bei uns sind sie außer russisch auch in den Sprachen der anderen Sowjetvölker her-

ausgegeben worden, Cervantes allein 131mal in einer Gesamtauflage von mehr als 7 Millionen. Aber außer dem Verfasser des unvergänglichen Don Quijote erschienen bei uns ja Werke von Blasco Ibáñez, Miguel Hernández, Federico García Lorca, Rafael Alberti, Miguel Delibes, Camilo José Cela, Antonio Machado und Miguel de Unamuno. In welchem Land außer dem unseren werden Stücke spanischer Dramatiker in 50 Theatern gleichzeitig gegeben?

Spanische Verleger verwöhnen die Leserschaft leider nicht allzusehr mit Büchern sowjetischer Schriftsteller. Ich bat den bekannten Madrider Buchhändler Rubinios ein-



Nach langer Unterbrechung laufen in Spanien wieder sowjetische Filme. Jetzt, im November, sieht man in der spanischen Presse Ankündigungen wie die obige. Der Text lautet: „Der wichtigste Film der Geschichte der Kinematographie — „Panzerkreuzer Potemkin“ von S. M. Eisenstein.“

mal, mir ein paar in den letzten 12 oder 18 Monaten erschienene sowjetische Bücher zu zeigen. Er machte eine ratlose Geste und legte mir dann Dostojewskis „Spieler“ in einer Ausgabe von 1974 vor. Dem Nationalinstitut des spanischen Buches zufolge erschienen voriges Jahr in Spanien 21 875 Bücher, davon 15 568 von spanisch schreibenden Autoren, 2723 Übersetzungen aus dem Englischen, 1567 aus dem Französischen, 755 aus dem Deutschen und 588 aus dem Italienischen. Auch Übersetzungen aus dem Griechischen und Türkischen liegen vor. Keine einzige aus dem Russischen.

Bei Diskussionen mit Spaniern wundert man sich manchmal, wie wenig sie von unserem Land wissen.

Ende Februar veranstaltete der Presseverband in Barcelona ein Treffen zwischen Journalistikstudenten der dortigen Universität und ausländischen Journalisten, an dem auch ich teilnahm. Ich bewahre mir die Zettel mit Fragen auf, die ich bekommen habe und die Aufschluß darüber geben, wie weit die Fragen-

den über unser Land informiert sind. Auf einigen steht: „Ist es in der UdSSR wirklich verboten, ohne besondere Erlaubnis aus einer Stadt in die andere zu fahren?“, „Stimmt es, daß man nicht an der Universität studieren darf, wenn man kein Parteimitglied ist?“, „Dürfen Touristen wirklich nicht in Ihr Land kommen und Sowjetbürger nicht ins Ausland reisen?“ usw. usf. Ich habe die Fragen natürlich beantwortet, anwesend waren aber nur etwa 60 junge Spanier. Und wie ist es mit den übrigen?

Es ist ja gar kein Wunder! Woher soll ein Spanier etwas über unser Land erfahren? Wahrscheinlich auch von daher, wo der Sowjetbürger seine Informationen über Spanien bezieht: aus Presse, Funk und Fernsehen. Als ich mich auf das erwähnte Fernsehinterview vorbereitete, sah ich mir speziell die *Prawda* der letzten beiden Monate durch. Die Ausgaben enthielten mehrere Dutzend Beiträge über Spanien. Über dieses Land schreibt bei uns aber nicht nur die *Prawda*. Und was erschien in diesem Zeitraum in der spanischen Presse über die UdSSR? Man kann nicht gerade sagen, daß sie sich ausschwieg. In diesem Jahr, in dem der 60. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution gefeiert wird, ist das Interesse für uns sogar lebhafter geworden. Fast alle großen Verlagshäuser entsandten Berichterstatter nach der Sowjetunion, und diese veröffentlichten danach lange Artikel. Wollte man unsere Wirklichkeit aber nur nach diesen beurteilen, so müßte man glauben, unser größtes Problem seien die „Dissidenten“, bei uns würden die Menschenrechte mit Füßen getreten, die Hotels in Moskau und anderen Städten ließen zu wünschen übrig, ebenso die Bahnhöfe, und die Damen hätten nicht die modernsten Frisuren.

Auch der Sender Liberty, der sich in der Provinz Gerona befindet, läßt es sich nicht nehmen, gegen die Sowjetunion zu hetzen. Trotz der Proteste der Öffentlichkeit Spaniens und obwohl der Vertrag, laut dem die USA Spanien zu sowjetfeindlichen Rundfunksendungen benutzen, längst abgelaufen ist, machen die Amerikaner keine Anstalten, den Sender zu schließen. Umgekehrt, Washington will die Sendezeiten noch verlängern.

Ein frischer Wind

Man muß bedenken, daß Spanien fast 40 Jahre unter der Diktatur der

Franquisten stand, die den Antikommunismus und Antisowjetismus zur offiziellen Politik erhoben. Die amtliche Presse strengte sich die ganze Zeit an (und nicht ohne Hilfe der amerikanischen Nachrichtenagenturen), um den Spaniern alles Fortschrittliche verhaßt zu machen und sie vergessen zu lassen, daß es sozialistische Länder gibt.

Dennoch haben es die Antikommunisten nicht geschafft. Die jetzige Demokratisierung des sozialen und politischen Lebens in Spanien überzeugt einen davon, daß der Franquistismus bei dem freiheitliebenden Volk keine tiefen Wurzeln schlagen konnte. Der Kampf zwischen denen, die ihre Privilegien behalten wollen, und denen, die auf ein neues, demokratisches Spanien hinwirken, nimmt seinen Fortgang. Es ist aber schon klar, daß es eine Rückkehr zu den alten Zuständen nicht gibt und auch nicht geben kann. Immer mehr Spanier werden sich der Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern bewußt. Man zeigt auch Interesse für einen Ausbau der Kulturverbindungen. In Madrid laufen nach fast 40jähriger Unterbrechung sowjetische Filme. „Dersu Usala“ wurde monatlang nicht vom Spielplan abgesetzt. Mit Erfolg liefen auch „Die Ballade vom Soldaten“ und der „Panzerkreuzer Potemkin“. Großen Beifall fanden sowjetische Musiker und der sowjetische Zirkus. Mehrere Theater gaben Stücke nach Werken Maxim Gorkis.

Diese ersten Schritte aber stoßen auf den Widerstand von Gegnern der kulturellen Zusammenarbeit zwischen Spanien und der UdSSR. Eisensteins Film „Streik“ durfte nicht vorgeführt werden, wogegen die fortschrittliche Öffentlichkeit Protest erhob. Aus unerfindlichen Gründen wurde „Die Ballade vom Soldaten“ trotz ausverkaufter Häuser nach einer Woche wieder abgesetzt, obwohl in Madrid und anderen Städten Spaniens Filme gewöhnlich drei oder vier Monate laufen.

Das alles kann die Spanier nicht daran hindern, das Leben, die Kultur und Kunst unseres Landes kennenzulernen zu wollen. Dieses Bestreben bricht sich Bahn, denn die Basis gesunder Beziehungen in Europa ist eine allseitige Zusammenarbeit aller Länder dieses Kontinents.

Madrid

ANGOLA

Am 11. November ist die Volksrepublik Angola erst zwei Jahre alt geworden, aber schon jetzt kann man sich die politische Karte Afrikas nicht mehr vorstellen ohne diesen Staat, dessen bloßes Bestehen eine Herausforderung an den Imperialismus und die Reaktion ist. Angola hat sich unwiderruflich unter die fortschrittlichen afrikanischen Regimes eingereiht, die bei der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung dieses Kontinents die Avantgarde bilden. Es ist ein Vorbild für seine Fortschrittskräfte. Das Recht darauf haben sich die Patrioten Angolas im hartnäckigen Krieg gegen die faschistisch-kolonialistische Diktatur (1961–1974) und dann im erbitterten Ringen mit den vereinten Kräften des Imperialismus, des Rassismus und der internen Reaktion erworben.

Die Erfahrungen, die das Volk Angolas in diesem Kampf gesammelt hat, gehören ganz Afrika. Sie zeigen vor allem, daß die fortschrittlichen Kreise des Kontinents erfahren, reif und stark genug sind, die Macht zu ergreifen und sie auch zu behaupten. Afrika ist nicht mehr, was es vor anderthalb Jahrzehnten war, als die imperialistische Reaktion, gestützt auf die neokolonialistisch eingestell-

Luanda. Kundgebung für die Politik der MPLA

Foto ADN-TASS



AUF WEGEN DES FORTSCHRITTS

Viktor SIDENKO

ten afrikanischen Politiker, patriotische Politiker von der Macht verdrängen und fortschrittliche Regimes zu Fall bringen konnte. So geschah es 1960—1964 in Kongo (jetzt Zaire) und 1966 in Ghana. Als die Imperialisten 1975 den Kreuzzug gegen das Volk Angolas ansagten, schienen sie dieselben Trümpfe in der Hand zu haben, mit denen sie in Kongo und Ghana die Freiheitsbewegung niedergezwungen hatten: ein Häuflein kollaborationistischer Politiker und Verräter, Geheimagenten, Söldner, den Beistand der benachbarten reaktionären und opportunistischen Regimes und so gut wie unbeschränkte finanzielle Ressourcen. Das Unternehmen Angola ging aber ganz anders aus: Die imperialistische Intervention scheiterte.

Was ist das Geheimnis dieses Sieges des angolanischen Volkes, der beim ganzen fortschrittlichen Afrika Begeisterung auslöste? Es besteht vor allem darin, daß die imperialistischen Umtriebe in Angola auf den Widerstand einer so stabilen, politisch gefestigten und im 13jährigen antikolonialistischen Kampf gestählten Organisation stießen wie die MPLA (Volksbewegung für die Befreiung Angolas) unter Führung des hervorragenden Politikers Antonio Agostinho Neto. Sie verstand es, die breiten Volksmassen des Landes zu gewinnen und sie zum Kampf gegen den Kolonialismus und Imperialismus zusammenzufügen. Leonid Breshnew sagte in seiner Rede „Der große Oktober und der Fortschritt der Menschheit“: „Der Wille von Millionen Werktäglichen, die ihre Ziele und ihren Platz im Leben erkannt haben, ist ein sicheres Unterpfand für die Festigung der nationalen Unabhängigkeit und den endgültigen Sieg einer Gesellschaftsordnung, die von Ausbeutung und Unterdrückung frei ist.“

Die MPLA verhinderte die Fehler, die fortschrittliche Regimes früher verwundbar für die imperialistischen Umtriebe gemacht hatten. Bekanntlich fehlte einigen ein klares ideologisches Programm, duldeten sie tribalistische und nationalistische Tendenzen und ließen zu, daß sich in die regierenden Parteien und Organisationen unzuverlässige, korrupte Elemente einschlichen. Das fortschrittliche Afrika hat bewiesen, daß es fähig und bereit ist, aus früheren

Fehlern zu lernen und die richtigen Konsequenzen zu ziehen.

Die Führung Angolas ist der Meinung, daß die MPLA wegen ihrer neuen Aufgaben bei der Umgestaltung und Entwicklung des Landes in eine marxistisch-leninistische Partei — eine Organisation neuen Typs — umgewandelt werden muß, die fähig ist, das Land einer sozialistischen Zukunft entgegenzuführen. Ministerpräsident Lopo do Nascimento, Mitglied des Politbüros des ZK der MPLA, der die Partei- und Regierungsdelegation aus der VR Angola zu den Festlichkeiten anlässlich des 60. Jahrestags der Großen Oktoberrevolution führte, erklärte neulich, darüber werde der erste MPLA-Kongreß debattieren, der demnächst einberufen werden soll.

Angolas Erfahrungen sind noch in anderer Hinsicht lehrreich. Sie besagen, daß diejenigen Erfolg im Kampf gegen den Imperialismus haben, die ein Bündnis mit den Fortschrittskräften in aller Welt nicht scheuen, sondern anstreben und sich in ihrem Kampf auf diese Kräfte stützen. Das Beispiel Angolas zeigt besonders anschaulich, wie mächtig die Solidarität der nationalen Freiheitsbewegung und des weltweiten Sozialismus ist. Die UdSSR, Kuba und die anderen Mitglieder der sozialistischen Ländergemeinschaft waren vom ersten Tag des Freiheitskampfes an auf Seiten der MPLA.

Bei einem Treffen von Ende Oktober mit Bestarbeitern und aktiven MPLA-Mitgliedern in Luanda sagte Agostinho Neto: „Die Völker der UdSSR und Kubas haben uns nach den Grundsätzen des Internationalismus geholfen, im Krieg gegen die Feinde Angolas den Sieg davonzutragen. Auch jetzt helfen sie uns tatkräftig, u. zw. bei der technischen Entwicklung und bei der Umgestaltung unseres Landes.“

Ein folgerichtiger Ausdruck der Freundschaft zwischen der UdSSR und Angola ist der im Oktober 1976 geschlossene Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit.

Die Erfolge Volksangolas im Kampf gegen die imperialistische Reaktion und bei der Neugestaltung seines Lebens zeugen davon, wie sieghaft die Ideen des sozialen und politischen Fortschritts sind, die sich in Afrika immer mehr durchsetzen, die Ideen, die vor 60 Jahren in der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution verkündet wurden.

NZ

STREIFLICHTER

■ INDIEN

Am 3. November fand in Neu-Delhi eine Massenkundgebung zum 60. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution statt. Sie stand unter den Losungen: „Es lebe der Große Oktober!“, „Möge die indisch-sowjetische Freundschaft erstarken und sich entwickeln!“, „Indien und die UdSSR — einig im Friedenskampf!“ Premierminister Morarji Desai gratulierte bei der Eröffnung der Kundgebung dem Sowjetvolk herzlich zum Jubiläum und hob den großen Fortschritt hervor, den die UdSSR in den 60 Jahren erreicht hat. Er sprach seinen Dank Leonid Breshnew und dem ganzen Sowjetvolk für die herzliche Aufnahme bei seinem kürzlichen UdSSR-Besuch aus. Die Gespräche in Moskau waren sehr nützlich, betonte Desai. Niemand könne einer Festigung unserer Freundschaft im Wege stehen.

Auf der Kundgebung ergriffen der Sekretär des Nationalrates der KP Indiens, N. K. Krishnan, der Vorsitzende der Indisch-Sowjetischen Kulturgesellschaft, K. P. S. Menon, der Generalsekretär der regierenden Janata-Partei, M. Limaye, und andere Politiker Indiens das Wort.

In einem Interview für das Zentrale indische Fernsehen schätzte Morarji Desai die Hilfe der UdSSR bei der Schaffung und Entwicklung moderner Wirtschaftszweige hoch ein und versicherte, Indien werde auch in Zukunft die Zusammenarbeit mit der UdSSR in den verschiedenen Bereichen von Wirtschaft, Wissenschaft und Technik entwickeln.

■ ITALIEN

Die italienische Presse kommentiert lebhaft den rätselhaften Tod des Kommandeurs eines Carabinierikorps, E. Mino, der am 31. Oktober bei einer Flugkatastrophe ums Leben kam. Mit diesem Fall befassen sich jetzt gleich drei Untersuchungsausschüsse: der Regierung, der Justiz und der Spionageabwehr.

Das große Interesse der Öffentlichkeit an Minos Tod hat seine Gründe. Ist es doch die Aufgabe der Carabinieri, die öffentliche Ordnung im Lande aufrechtzuerhalten. Die offizielle Version, die Katastrophe sei durch technische De-

„WIR WERDEN PARAGUAY FREI SEHEN“



Wie schon berichtet, befinden sich Antonio **MAIDANA**, der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Paraguays, und die Mitglieder des ZK der KPP **Julio ROJAS** und **Alfredo ALCORTA** nach 19 Jahren im Kerker wieder auf freiem Fuße. Aber erst ein halbes Jahr nach ihrer Haftentlassung durften sie ausreisen, und am 15. Oktober sind die tapferen Patrioten in Moskau eingetroffen. Unser Korrespondent Wladislaw Tschirkow hat sie interviewt.

Ich gestatte mir, Sie im Namen unserer Leser zu Ihrer Freilassung und Ankunft in der UdSSR zu beglückwünschen.

Maidana: Seit 1955 war ich nicht mehr in der UdSSR. Es ist ein erhebendes Gefühl, am 60. Jahrestag der Oktoberrevolution in diesem großen Land weilen zu dürfen. Während der Vorbereitungen zu diesem Fest ereignete sich etwas sehr Erfreuliches für alle, denen Frieden und Fortschritt am Herzen liegen: Die neue Verfassung der UdSSR wurde angenommen. Sie ist eine Errungenschaft nicht nur des Sowjetvolks, sondern der ganzen fortschrittlichen Menschheit. Die Erfahrungen des Sowjetstaates, der KPdSU und der kommunistischen Weltbewegung sind für jeden Kommunisten unschätzbar.

Ich benutze die Gelegenheit, der sowjetischen Neuen Zeit und der gesamten Presse der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder sowie der fortschrittlichen Weltpresse von ganzem Herzen für ihren Beitrag zum Kampf für unsere Freilassung

Unser Bild: Julio Rojas, Antonio Maidana und Alfredo Alcorta auf einer Pressekonferenz in Moskau

Foto A. Abasa

Gaona de Acosta und 14 Jahre der Ingenieur Virgilio Barreiro.

Im November 1975 wurde Miguel Angel Soler, Sekretär des ZK der KPP, von Stroessners Geheimagenten festgenommen. Zur gleichen Zeit verschwand Derlis Villagra, ein Führer des Kommunistischen Jugendverbandes von Paraguay, ein erfahrener Leiter der Studentenbewegung, der den Spitzeln mehrmals entkommen war. Bei einem Zusammenstoß mit der Polizei wurde er verwundet. Was aus ihm und aus Soler geworden ist, wissen wir nicht. Uns ist nur bekannt, daß beide grausam mißhandelt wurden, daß sie sich aber gut gehalten haben.

Rojas: Ich möchte noch ein paar Häftlinge nennen: den Bauern Ignacio Chamorro, Mitglied der Liberalen Partei, der schon 18 Jahre sitzt; den Landwirtschaftsexperten Antonín Cardoso — 17 Jahre; den Bäckereiarbeiter Felipe Barrera — 10 Jahre; den Maurer Bernardo Cardoso — 14 Jahre; den Bauern Calixto Ramírez — 13 Jahre; den Schuhfabrikarbeiter Emilio Barreto — 13 Jahre in Haft.

Von den Verhältnissen, unter denen die politischen Häftlinge leben müssen, geben die im KZ Emboscada (40 km von Asunción) einen Begriff, in dem wir einige Monate waren. Es ähnelt einem Viehgehege. Die Verpflegung ist grauenhaft, Trinkwasser nehmen die Häftlinge aus einer schmutzigen Quelle. Die Folge ist, daß sie andauernd krank sind. Unter ihnen sind aber Greise, Frauen und sogar Kinder!

Wie kommt es, daß sich Stroessner so lange an der Macht halten kann?

Maidana: Die Militär- und Polizeidiktatur in Paraguay besteht schon 23 Jahre. Stroessner hält sich ausschließlich durch Terror. Er hat den Belagerungszustand 92mal verlängert. Es gelten Unterdrückungsgesetze, die sich gegen die demokratischen Organisationen, vor allem gegen die KPP, richten. Für die bloße Zugehörigkeit zur KPP bekommt man 5–6 Jahre Haft.

Unterdrückt werden aber außer den Kommunisten auch Angehörige anderer politischer Strömungen, Arbeiter, Bauern und Intellektuelle. Vor kurzem wurde eine Gruppe von Professoren, Dozenten und Studenten eingesperrt, darunter Dr. Juan Félix Bogade, Dr. Moriño und der Ingenieur Conesa. Im vergangenen April verurteilte ein Gericht Stroessners 13 Personen zu Freiheits-

zu danken. Unter dem Druck der mächtigen internationalen Solidaritätsbewegung hat uns Stroessner freilassen müssen. Wir danken das auch dem Kampf des Volks von Paraguay gegen die Unterdrückungspolitik dieses Diktators.

Rojas: Wir sind glücklich, unter Freunden in der UdSSR zu sein. Ich überbringe den sowjetischen Kommunisten einen Gruß von unseren Mithäftlingen aus Stroessners Kerker. 19 Jahre waren wir von der Außenwelt abgeschnitten. Aber trotz aller Hindernisse drang die Wahrheit über die sowjetische Wirklichkeit und über die grandiosen Leistungen in der UdSSR durch die Kerkermauern, und sie gab uns Kraft.

In welcher Lage sind die Häftlinge in Paraguay?

Maidana: Die politischen Häftlinge sitzen in Paraguay wohl länger als in jedem anderen Land Lateinamerikas. Der Hochschullehrer Ananias Maidana Palacios z. B. ist seit 18 Jahren eingekerkert, wofür, das hat man ihm nie gesagt. 14 Jahre in Haft ist der Bauarbeiter Severo Acosta Aranda, ebensolange Limas Acosta, ein führender Gewerkschafter des Buchdruckerverbandes, 12 Jahre die Arbeiterin Idalina

strafen. Sieben von ihnen sind Mitglieder der legalen Februarpartei, die in der Opposition steht.

Bei verschärften Repressalien bereitet Stroessner seine „Wiederwahl“ zum Präsidenten für nächstes Jahr vor. Um der ganzen Farce einen gesetzmäßigen Anstrich zu geben, mußte er die Verfassung ummoldeln, die er selbst 1967 einführte.

Seine Diktatur, die blutigste in der Geschichte Paraguays, könnte sich ohne den Rückhalt bei den imperialistischen, vor allem den nordamerikanischen Monopolen keinen Tag halten. Damit revanchieren sie sich bei ihm für die Möglichkeit, die Schätze des Landes zu plündern.

Starke Positionen in der Wirtschaft Paraguays haben drei US-Konzerne inne. Seit fast 50 Jahren haben sie Konzessionen für das ölfreiche Chaco, ein großes Gebiet im Westen unseres Landes, das sie faktisch unumschränkt beherrschen.

Welche Formen hat der Kampf der Massen gegen die Diktatur und für bessere Lebensverhältnisse?

Alcorta: Die Behörden behaupten, im Land herrsche Burgfrieden. Der Minister für Industrie und Handel, Delfin Ugarte Centurión, versteigerte sich in einem Gespräch mit japanischen Unternehmern so weit, zu behaupten, in Paraguay brauche man jetzt die Löhne nicht zu erhöhen, weil die Arbeiter mit ihrer Lage zufrieden seien, weshalb sie ja auch nicht streikten. Die Unternehmer könnten also ruhig Geschäfte mit Paraguay machen.

Von einem Burgfrieden in unserem Land kann aber gar keine Rede sein. Die Werktätigen kämpfen für ihre Rechte und Demokratie.

Die Arbeiterbewegung hat es schwer. In allen Betrieben des Landes hat die Diktatur, besonders unter der sogenannten Arbeiteraristokratie, ihre Agenten. Kaum beschließt eine Belegschaft, in den Streik zu treten, da hinterbringen es die Spitzel den Behörden, und die Streikleiter werden eingesperrt. Trotzdem läßt sich die Arbeiterklasse nicht unterkriegen.

In letzter Zeit wurde auf dem Bau des Wasserkraftwerks Acaray zweimal gestreikt. Daraufhin ließen die Behörden mehrere Arbeiterführer spurlos verschwinden. Unter den Transportarbeitern wächst die Unzufriedenheit — ihr Arbeitstag dauert öfter 18 Stunden. Ihre Rechte sind durch kein Gesetz geschützt. Für das geringste Verschulden, für den ge-

ringsten, unerfindlich wie entstandenen Defekt und für einen beliebigen Verkehrsunfall müssen sie Strafe zahlen. Sie sind gezwungen, z. B. für den Achtstundentag zu kämpfen — und das im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts! —, ebenso für elementare Gesetze, die ihre Arbeitsverhältnisse regeln würden. Die Druckerei- und Hafenarbeiter sowie die Lehrer fordern eine 30- bis 40prozentige Lohn- bzw. Gehaltserhöhung. Und noch ein Beispiel: der Konflikt bei der Schlacht- und Kühlhausfirma San Antonio, wo die Arbeiter auch höhere Löhne und bessere Arbeitsverhältnisse gefordert haben.

Schon diese vereinzelten Aktionen der Werktätigen strafen die Behauptung der Behörden Lügen, daß im Lande ein Burgfrieden herrsche, wenn sich diese Aktionen auch noch nicht zu einer Massenstreikbewegung entwickelt haben.

Rojas: Auf dem Lande besteht neuerdings eine Form des Widerstandes gegen die Diktatur in den sogenannten Agrarligen, einer Art Genossenschaften gegenseitiger Hilfe. Zu solchen Ligen vereint, legen die Bauern Straßen an und bauen kleine Brücken. Aber selbst diese verhältnismäßig harmlose Form von Bauernorganisation ist Stroessner suspekt, weil sie nicht den Behörden untersteht. Deshalb benutzen diese einen beliebigen Vorwand, um eine Liga aufzulösen. Polizei fällt in Dörfern ein, wo eine Liga besteht, sie demoliert Bauernhäuser und verhaftet aktive Mitglieder der Liga. Einer 73jährigen Bäuerin, die wir im KZ Emboscada kennenlernten, hat die Polizei ihre vier Söhne umgebracht.

Maidana: Der Zorn siegt über die Angst. Unser Volk will nicht mehr schweigen, obwohl auf jedes unzufriedene Wort Gefängnis steht. Der Protest wird sogar in der legalen Presse laut, wenn — aus begreiflichen Gründen — auch nur gedämpft. Bezeichnend ist aber schon der Umstand, daß die Presse nach der kürzlichen Festnahme der Hochschullehrer und Studenten nicht wie früher schwieg, sondern protestierte, u. zw. in Form von Zuschriften der Angehörigen. Auch wurden Erklärungen des Studenten- und des Medizinerverbandes veröffentlicht.

Die Geduld des Volks von Paraguay hat ihre Grenzen. Wir sind überzeugt, daß der Kampf gegen die Diktatur anschwellen wird. Wir werden Paraguay frei sehen.

Iekte oder den Zusammenstoß mit einem Berg bei schlechter Sicht erfolgt, wurde von der Presse sehr skeptisch aufgenommen. Nach Pressemeldungen haben Zeugen ausgesagt, daß der Hubschrauber, in dem der General flog, bereits in der Luft explodiert sei. Einige Zeitungen erinnern in diesem Zusammenhang daran, daß in den letzten Jahren angeblich durch Unfall oder Selbstmord bereits zwei Kommandeure eines Carabinierikorps und ein Kommandeur anwärter umgekommen sind. Hierbei wird darauf verwiesen, daß sich der bei einem Aufunfall ums Leben gekommene ehemalige Korpskommandeur General Cigliari damals intensiv mit der Untersuchung der SIFAR-Affäre befaßt hatte — es ging um die Beteiligung des italienischen Geheimdienstes an der Vorbereitung eines Staatsstreiches der Rechten.

■ SÜDLICHES AFRIKA

Die Rassisten Rhodesiens und der RSA haben mit Artillerie, Panzern, Flugzeugen und Hubschraubern neue bewaffnete Provokationen gegen Botswana und Sambia verübt. Wie die Regierung Sambias erklärte, haben die rhodesischen Truppen fast 24 Stunden lang sambisches Territorium im Raum von Kazungul und Katambora intensiv beschossen. Durch die Feuererwiderung von sambischer Seite wurden den Rassisten bedeutende Verluste beigebracht. Ein Munitionslager wurde vernichtet und zwei Flugzeuge des Aggressors, die den Luftraum des Landes verletzt hatten, wurden abgeschossen — ein rhodesisches Flugzeug im Raum von Livingstone, das andere, aus der RSA, bei Sesheke.

Nach Meldungen aus Gaborone beschossen rhodesische Truppen einen botswanischen Beobachtungsposten aus Granatwerfern und MPis. Die Streitkräfte Botswanas erwiderten das Feuer. Der Schußwechsel dauerte vier Stunden.

Die afrikanische Presse betont, daß die häufigeren militärischen Provokationen gegen Moçambique, Sambia und Botswana zeigen, daß die Aggressivität des rhodesischen Regimes zunimmt. Die Rassisten, die durch die immer stärkeren Schläge der Freiheitskämpfer des Volkes von Simbabwe den Boden unter den Füßen verlieren, wollen die Frontstaaten dazu zwingen, die Unterstützung für den Freiheitskampf der Patrioten einzufallen.

PFUND, DOLLAR UND ANDERE

Am letzten Oktoberitag wurde in London bekanntgegeben: Die Bank von England wird den Kurs des Pfundes nicht mehr stützen und es auf den Devisenmärkten floaten lassen. Wie es im Finanzjargon heißt, wird dieses Floaten nicht „dirty“ (schmutzig), sondern „clean“ (sauber) vor sich gehen.

Das bedarf einer Erklärung: Alle westlichen Währungen „schwimmen“ (um das mal deutsch zu sagen), d. h. seit 1973, als Washington den harten Dollarkurs nicht mehr garantierte, schwanken ihre Kurse je nach Angebot und Nachfrage auf den Devisenmärkten. Obwohl alle Teilnehmer der seither abgehaltenen Währungskonferenzen mehrfach beteuerten, sie würden ihre Devisenkurse nicht manipulieren, sondern sie sauber schwimmen lassen, war es für niemanden ein Geheimnis, daß in all den vier Jahren im kapitalistischen Währungssystem schmutzig geschwommen wurde. Großbritannien, Frankreich, Japan, die BRD und die USA selbst drückten die Kurse ihrer Währungen künstlich herunter, um ihren Exportgütern auf dem Weltmarkt bessere Konkurrenzfähigkeit zu gewährleisten. Deshalb nimmt es nicht wunder, daß gleich nach der Verlautbarung der Bank von England der Pfundkurs wieder anzug.

Das verdient Aufmerksamkeit, denn noch Anfang dieses Jahres galt das Pfund als die schwächste westliche Währung. Um es zu stützen, nahm London beim IWF einen hohen Kredit auf. Die Bank für Internationale Zahlungsausgleich in Basel gab zum sel-

ben Zweck aus ihrem Hilfsfonds 3 Md. Dollar. Doch das Pfund erholt sich erst am Nordsee-Erdöl, dessen Gewinne bereits dem britischen Staatssäckel zufließen. Im den kommenden Jahren wird England zum Neid seiner EG-Partner eine „reiche Dame“ werden, als die die Frankfurter Rundschau das Land schon jetzt darstellte.

Aber trotz des Erdöls wäre es noch verfrüht, von einer wirklichen Erholung des Pfunds zu sprechen. Das britische Handelsbilanzdefizit d. J. beträgt laut Economist 4,5 Md. Dollar, die Preise aber klettern um 15% und damit höher als in den meisten anderen kapitalistischen Ländern. Der Wunsch, die Inflationsrate zu verringern, dürfte den britischen Schatzkanzler denn auch veranlaßt haben, nicht auf den neuerlichen Ruf aus Übersee zu hören, die Devisenkurse weiter künstlich zu stützen.

US-Finanzminister Blumenthal begründete seinen Appell selbstverständlich mit der Absicht, die Währungsstabilität im Westen sichern zu wollen. Doch genau wie die britische wird auch die US-Währungspolitik nach der Devise „das Hemd sitzt mir näher als der Rock“ gemacht. Die westliche Presse schreibt dazu, um ihr Handelsdefizit auszugleichen, legten es die USA in der letzten Zeit auf eine Senkung des Dollarkurses an, insbesondere gegenüber dem japanischen Yen. Schätzungen folge entfallen in diesem Jahr etwa 13 Md. der 21 Md. Dollar im amerikanischen Handelsdefizit auf den Import aus Japan. Das Ergebnis ist, daß sich der Dollar gegenüber dem Yen seit Anfang des Jahres um 14% „verbilligte“. Gegenüber der DM sank der Dollarkurs um 3 und gegenüber dem Schweizer Franken um 6,7%. Von der „Schwäche“ des Dollars zeugen auch die erhöhten Goldpreise: In den letzten beiden Monaten stiegen sie von 140 auf 160 Dollar pro Unze, und sie klettern weiter in die Höhe.

Außenwirtschaftliche Schwierigkeiten der USA haben die chronische Krise des kapitalistischen Währungssystems noch immer verschärft. Da sie aber heute wie zu Beginn der 70er Jahre wieder einen langwierigen Charakter annehmen, darf man die jetzigen Kursschwankungen von Pfund, Dollar und anderen Währungen nun wohl als Vorspiel zu neuen Erschütterungen auf dem Geldmarkt des Westens betrachten.

F. GORJUNOW

USA VERLÄSST IAO

Die USA haben am 1. November ihren offiziellen Austritt aus der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) bekanntgegeben. In der Erklärung Präsident Carters wird das so erläutert, daß die IAO ihren „ursprünglichen Zielen“ nicht treu geblieben sei und „keine Maßnahmen zur Verbesserung der Situation“ getroffen habe.

Die USA waren wie die anderen Staaten in der IAO dreifach vertreten: Neben Regierungsvertretern arbeiten dort Delegierte der Gewerkschaften und der Unternehmer mit.

Laut amerikanischen Pressemeldungen gingen die Meinungen hinsichtlich des Austritts aus der IAO in Washington auseinander. Das Außenministerium und außenpolitische Berater des Präsidenten vertraten die Ansicht, ein derartiges Vorgehen könne die Struktur der UNO sprengen und von vielen Mitgliedsländern als Beleidigung aufgefaßt werden. Deshalb rieten sie, die Entscheidung nicht voreilig zu treffen. Das Arbeitsministerium drängte auf den Austritt. Wie Arbeitsminister Marshall mitteilte, berücksichtigt dieser Schritt, der keine „ernstlichen außenpolitischen Folgen“ haben werde, entsprechende Forderungen der AFL/CIO-Führung und der US-Handelskammer.

Die US-Presse schreibt, Hauptmotiv der IAO-Gegner und vor allem der reaktionären AFL/CIO-Bosse sei der Wunsch gewesen, die Organisation dafür zu „bestrafen“, daß sie einen PLO-Vertreter als Beobachter zugelassen und die israelische Politik in den okkupierten arabischen Gebieten kritisiert hat. Nach Ansicht der *New York Times* diente als weiteres Motiv „das Bestreben, das Vertrauen in die Administration zu erhalten, weil sie nun wahrgemacht hat, womit der ehemalige Außenminister Kissinger vor zwei Jahren gedroht hatte“. Er verlangte damals die „Entpolitisierung“ der IAO.

In UNO-Kreisen hat der Entschluß der USA scharfe Kritik ausgelöst. UNO-Generalsekretär Waldheim bezeichnete ihn als einen „Rückschritt“.

Tatsächlich ist dieser Austritt beispiellos und schadet eindeutig dem Prinzip der Universalität der UNO. Ferner muß

„NEUE ZEIT“ 46-77



Gruppenbild mit Dame

Aus „Frankfurter Rundschau“

gesagt werden, daß die IAO wie auch andere UNO-Organisationen sich nicht auf Fragen beschränken darf, die in ihrer Kompetenz liegen. Sie kann die politischen Probleme in der internationalen Zusammenarbeit nicht außer acht lassen.

Beachtenswert ist auch der Umstand, daß die jetzige Administration von Anfang an die „Verteidigung der Menschenrechte“ zu einem Grundpfeiler ihrer Außenpolitik erklärte und die USA nun aus einer internationalen Organisation austreten, zu deren Zielen laut Satzung die Verteidigung der sozialen und wirtschaftlichen Rechte und Interessen der Werktätigen gehört. Wiederum eine deutliche Diskrepanz zwischen Wort und Tat in der Außenpolitik der USA.

P. ANDREJEW

LIEBESDIENSTE FÜR DAS GROSSKAPITAL

In den ersten Novembertagen erinnerte die Lage in Israel an die Kriegszeit, wo die Menschen Geschäfte belagern und leerkaufen. Lebensmittel, Konsumgüter, alles, wozu das Geld reichte, wurde gehamstert. In den Wechselstuben herrschte Hochbetrieb. Auch nach dem Appell des Regierungschefs, man solle doch Vernunft und Verantwortungsgefühl zeigen, wurden die Schlangen vor den Geschäften nicht kürzer.

Eingesetzt hatte die Panik am schwarzen Freitag, dem 28. Oktober, als Mi-

nisterpräsident Begin eine Wirtschaftsreform und harte Sparmaßnahmen verkündete. Die Reform sieht u. a. die Abwertung der israelischen Währung um 33% vor. Ferner soll sie gefloated werden. Außerdem will der Staat Finanz- und andere Wirtschaftsoperationen weniger streng kontrollieren.

Eines der wichtigsten Ergebnisse dieser neuen Maßnahmen soll eine Heraufsetzung der Lebenshaltungskosten um nicht weniger als 10% sein. Die Subventionen für die wichtigsten Nahrungsmittel wie Mehl, Brot und Eier sollen gekürzt, die Tarife für das Verkehrswesen, für Strom und Wasser heraufgesetzt, Benzin und alle Importgüter verteuert werden.

Nach Ansicht von Wirtschaftsfachleuten verschlechtern die von der israelischen Regierung im Interesse des Großkapitals ergriffenen Maßnahmen die Lage der Bevölkerungsgruppen mit niedrigen und mittleren Einkünften wesentlich. Yeruham Meshel, ein Führer des Gewerkschaftsverbandes „Histadruth“ mußte eingestehen: „Das verschafft jenen leichte Gewinne, die Dollars besitzen, und belastet diejenigen noch mehr, denen sie fehlen.“

Besonders schwer werden es die Bewohner der von Israel okkupierten arabischen Gebiete haben. Am schlimmsten wirkt sich die Reform auf Leute mit einem festen Lohn und auf kinderreiche Familien, d. h. aber auf die meisten Palästinenser aus.

Die natürliche Antwort der werktätigen Massen auf den Beschuß der israelischen Regierung waren unzählige Streiks und Demonstrationen. In den Ausstand traten Mitarbeiter der Post und der Flugplätze sowie Hafen- und Fabrikarbeiter. Eine Gruppe von Angestellten aus dem System der Sozialversicherung veranstalteten vor der Residenz des Regierungschefs einen Sitzstreik. In Tel Aviv, Jerusalem und anderen Städten kam es zu Protestdemonstrationen.

Alle diese Ereignisse haben erneut bewiesen, daß die Schuld an den wirtschaftlichen Nöten Israels bei den regierenden Kreisen liegt, deren Politik darauf hinausläuft, das Land zu militarisieren und die Bemühungen um eine friedliche Beilegung der Nahostkrise zu hinterreiben. Sie eben war der Grund, daß die Auslandsschulden des Landes 20 Md. Dollar, das Zahlungsbilanzdefizit in diesem Jahr aber 3,5 Md. erreicht haben.

J. TJUNKOW

DER ALTE TRICK

Ein eindeutiger Sieg Präsident Carters, so schrieb die US-Presse, sei die Einrichtung eines neuen Energieministeriums gewesen. Zum „Energieboss“ wurde der ehemalige Verteidigungsminister James Schlesinger ernannt.

Die Verteidigung steht in keiner unmittelbaren Beziehung zum Energiewesen. Dennoch fand Schlesinger Möglichkeiten, seine alten Erfahrungen dort anzuwenden. Vor kurzem sickerte in der Presse eine Geheimanweisung des Weißen Hauses durch, in der die Ausbildung von Heer, Marine und Luftstreitkräften der USA für eventuelle Aktionen im Persischen Golf angekündigt wird.

Das wäre sicher dem Pentagon angeschrieben worden, hätte sich nicht ein paar Tage später Schlesinger als Vater dieser Idee zu erkennen gegeben. Vor dem Heeresverband der USA erläuterte der Energieminister den Plan Washingtons, der Erdölquellen im Nahen Osten „reale Sicherheit“ zu garantieren. Er fügte hinzu, dies sei „eine Aufgabe militärischen Charakters“, die dem Land „entschiedene Aktionen“ abverlangen könnte.

Erdöl ist ein explosiver Stoff. Gewaltandrohungen in einem Raum, wo Erdöl, Krieg und Frieden so nahe beieinander liegen, sind höchst gefährlich. Der Persische Golf ist ja ohnehin schon zu einem Lager moderner Waffenarten geworden. Die dortigen Erdöllagerstätten sind bereits von US-Militärstützpunkten eingekreist, die das Pentagon keineswegs aufzulösen gedenkt.

Vor wem sollen denn nun die Quellen geschützt werden, aus denen das Erdöl in die USA fließt? Der ehemalige Verteidigungsminister antwortete darauf: Vor der „sowjetischen Gefahr“. Nach seiner Ansicht sei die Sowjetunion darauf aus, den USA den Erdölhahn im Nahen Osten abzudrehen.

Washington legte den Amerikanern im Frühjahr d. J. ein neues Energieprogramm vor. Einer seiner Urheber war ebenfalls Schlesinger. Noch ist das Programm vom Kongress nicht gebilligt worden und stößt, wie aus der Presse hervorgeht, bei den US-Bürgern auf wenig Gegenliebe.

Vielleicht hat sich der Energieminister gerade deshalb daran erinnert, daß er mal Verteidigungsminister war. Schließlich bemüht das Pentagon ja jedes Mal die „sowjetische Gefahr“, wenn es darum geht, ein unpopuläres Programm durchzudrücken, das den Rüstungskonzernen Milliardenprofeite verspricht.

Allem Anschein nach soll diesmal die „sowjetische Gefahr“ dazu herhalten, die Erdölkonzerne reich zu machen.

V. GRIBATSCHOW

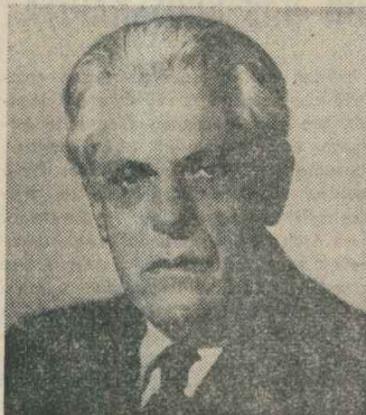
JOHANN KOPLENIG: „DIE RUSSISCHEN ARBEITER SIND UNSERE BRÜDER“

Johann Koplenig war ein standhafter Revolutionär, ein glühender Antifaschist und Internationalist, ein Freund der Sowjetunion. Viele Jahre war er Generalsekretär des ZK und danach Vorsitzender der KPÖ und war leitend in der Kommunistischen Internationale tätig.

Viel hat Johann Koplenig dafür getan, die Kommunisten Österreichs um das Banner des Marxismus-Leninismus zu scharen. Unermüdlich kämpfte er gegen alle Erscheinungsformen des Revisionismus und Opportunismus, für die Aktionseinheit der österreichischen Arbeiterklasse. Er war ein unerschrockener Kämpfer gegen den Faschismus und die Kriegsgefahr, für die Unabhängigkeit seines Landes und für die nationalen Interessen seines Volkes.

Bei den revolutionären Ereignissen in Rußland war Koplenig nicht bloß Zeuge. Er hat auch tatkräftig an ihnen teilgenommen. Sein Leben lang hat er den Ideen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution die Treue bewahrt. In Wort und Schrift kam er immer wieder auf dieses große Ereignis zurück, faßte er die dabei gesammelten Erfahrungen der russischen Bolschewiki ins Auge, mit denen er die unvergeßlichen Tage von 1917 erlebte.

In seiner Jugend war er in russischer Kriegsgefangenschaft und arbeitete in Nishni Nowgorod in einer Fabrik. Auf einer Kundgebung hörte er zum ersten Male Bolschewiki sprechen, hörte er ihren zündenden Appell zum Frieden, zum Zusammenwirken der Klassenbrüder. Die bolschewistische Wahrheit berührte ihn tief, und er sagte in einer Diskussion: „Die russischen Arbeiter sind unsere Brüder, wir müssen ihnen beweisen, daß auch wir mit unserer Regierung nichts mehr zu tun haben wollen, daß wir entschlossen sind, gemeinsam mit den russischen Arbeitern und Bauern für den Frieden zu kämpfen.“ Diesen Worten folgte bald die Tat. In die Leitung der Kriegsgefangenenföderation gewählt, machte er unter den Gefangenen unermüdlich Propaganda für die Ideen der Bolschewiki, erläuterte er ihnen die Bedeutung der russischen Revolution und rief sie zum Kampf gegen den Krieg auf.



In Erinnerung daran, wie die Oktoberereignisse von 1917 in Rußland auf den revolutionären Kampf der Werkätigen anderer Länder, auch Österreich-Ungarns, wirkten, sagte Koplenig wiederholt, die österreichische Arbeiterklasse habe die Hauptlosung der Oktoberrevolution — Frieden, Brot, Freiheit — begeistert aufgenommen. Das Heldenamt der Arbeiter, Bauern und Soldaten Rußlands habe die unterdrückten Völker der k. u. k. Monarchie zum Kampf für Frieden angespornt und sei weitgehend dafür bestimmt gewesen, daß die Monarchie stürzte. Koplenig schrieb: „In jenen historischen Tagen empfand die österreichische Arbeiterklasse größte Sympathie für ihre russischen Brüder. Damals wurde das Band der brüderlichen Solidarität geknüpft, das nie mehr abriß. Sie kam eindringlich zum Ausdruck in der großen Bewegung unter der Devise ‚Hände weg von Sowjetrußland!‘, die von den Arbeitern Österreichs tatkräftig unterstützt wurde.“

Unter dem Einfluß der Ideen der Oktoberrevolution entstand im November 1918 die KPÖ und machte es sich zur Aufgabe, die Arbeiterklasse vom kapitalistischen Joch zu befreien. Sie sah ihr glänzendes Vorbild in der Partei Lenins, die die Arbeiterklasse Rußlands zum Sieg geführt hat.“

Den Sieg der Großen Oktoberrevolution brachte Koplenig immer mit dem Wirken der bolschewistischen Partei, der Partei neuen Typs,

in Zusammenhang, hinter der die breiten Massen stehen und die die Arbeiterklasse im Kampf für die sozialistischen Ziele richtig orientiert. Damals war ja auch in Deutschland, Österreich und anderen Ländern eine revolutionäre Situation entstanden. Auch dort sah sich das Proletariat vor die Frage nach dem Sturz des kapitalistischen Systems gestellt. Koplenig schrieb: „Aber nur in Rußland war die Arbeiterklasse ihren historischen Aufgaben gewachsen, nur in Rußland führte die Entwicklung zur proletarischen Revolution... Das war vor allem deshalb möglich, weil in Rußland schon eine revolutionäre Partei bestand, die in zahlreichen revolutionären Gefechten erprobt und gestählt war und viel revolutionäre Erfahrung besaß. Diese Partei, die Partei Lenins, hatte sich ein klares Ziel gesteckt und verstanden, nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Bauernmassen unter ihren Fahnen zu rufen.“

Die große geschichtliche Bedeutung Lenins habe — so schrieb Koplenig — darin bestanden, daß er seine Lehre von der Rolle, die die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse zu spielen hat, auch den Kommunisten der anderen Länder zukommen ließ. Lenin scheute keine Mühe, um ihnen zur Erkenntnis ihrer Aufgaben und der wissenschaftlichen marxistischen Theorie zu verhelfen, sie dabei zu unterstützen, aus den revolutionären Kämpfen, den Niederlagen und Siegen zu lernen.

Auch zitierte Koplenig Lenins bekannten „Brief an die österreichischen Kommunisten“. Darin erläuterte Lenin ihnen die Notwendigkeit einer Beteiligung der kommunistischen Parteien an Parlamentswahlen als Gelegenheit zu einer umfangreichen Agitation unter allen Werkätigen und dazu, in diesen Machtorganen die Politik der Bourgeoisie als Betrug am Volk zu brandmarken. Eindringlich forderte Koplenig die österreichischen Kommunisten auf, zu berücksichtigen, was Lenin über die Notwendigkeit eines entschlossenen Kampfes gegen den Reformismus und Opportunismus sagte, die der Arbeiterbewegung größten Schaden zufügen.

Die einschneidenden Veränderun-

gen, die nach dem zweiten Weltkrieg auf Erden eintraten, brachte Koplenig ebenfalls mit dem Einfluß der Ideen der Oktoberrevolution, mit der stetig zunehmenden Einwirkung der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder auf die Weltlage, mit der Leninschen Politik der friedlichen Koexistenz in Zusammenhang.

Am konkreten Beispiel der sowjetisch-österreichischen Beziehungen wies er die entscheidende Rolle der UdSSR im Kampf für die Unabhängigkeit der Republik Österreich nach und erinnerte wiederholt daran, daß die UdSSR die einzige Großmacht war, die 1938 den Anschluß nicht anerkannte und die Besetzung Österreichs durch Hitlerdeutschland entschieden verurteilte. Die Sowjetarmee schuf dadurch, daß sie den größten Teil Österreichs im Frühjahr 1945 von den Nazibesatzern befreite, die Voraussetzungen für die Wiederherstellung des österreichischen Staatswesens. Die UdSSR hat Entscheidendes zum Zustandekommen des Staatsvertrags von 1955 beigetragen, der das Wiedererstehen der unabhängigen, souveränen Republik Österreich bedeutete. Es sei eine unumstößliche geschichtliche Tat- sache, sagte Koplenig, daß die UdSSR sehr viel getan hat, um die Freiheit der Völker, auch des österreichischen Volkes, zu verteidigen.

Koplenig polemisierte scharf mit denen, die die Außenpolitik der KPdSU verunglimpfen wollten, diese Politik, die im Interesse auch der anderen Völker, im Interesse aller Werktätigen liegt, die in Frieden und Sicherheit leben wollen. Heutzutage nehme bei den breiten Volksmassen aller Länder die Erkenntnis zu, „daß die Sowjetunion, geführt von der KPdSU, im Kampf für Frieden der Bannerträger ist, daß dieser Kampf unlösbar mit dem Anstreben der hohen Ziele der Arbeiterklasse, mit dem Kampf für den Sozialismus zusammenhängt“.

Mit tatkräftigem Dazutun Koplenigs formulierte die österreichischen Kommunisten ihre programmatischen Dokumente, in denen sie sich einschneidende soziale Wandlungen im Land und letztlich den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft zur Aufgabe machten. Um das Geplante zu erreichen, müsse man, so konstatierte Koplenig, die geschichtlichen Erfahrungen aus der russischen Revolution, die Erfahrungen des weltumspannenden Sozialismus schöpferisch anwenden. Und weiter: „Die Große Sozialistische Oktoberrevolution ist eine Schatz-

kammer wichtigster Erfahrungen aus dem Kampf der Werktätigen um die Macht, aus dem Kampf für den Sozialismus... Heller denn je leuchtet uns in diesen Tagen die sozialistische Sowjetunion als Vorbild für alle Werktätigen der Welt in ihrem Kampf für Frieden, Demokratie und Sozialismus.“

Zugleich betonte Koplenig, daß man die allgemeingültigen Gesetze für die sozialistische Revolution unter Berücksichtigung der Besonderheiten eines Landes anwenden müsse. In Prag, beim internationalen Treffen zum 30. Jahrestag des 7. Kominternkongresses (1965), sagte er, jede Bruderpartei müsse ihre Politik und Taktik mit Rücksicht auf die Verhältnisse ihres Landes festlegen.

Koplenig verfolgte unverwandt die Tätigkeit der KPdSU und studierte gründlich ihre Politik und Erfahrung. Er schätzte es sehr, daß sie getreulich an den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus festhielt. Darauf schrieb er: „Das Erbe Lenins ist in den Händen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion gut aufbewahrt, und ihre revolutionären Erfahrungen und großen Erfolge spornen uns an in unserem Kampf für Frieden und Sozialismus.

Kampf für den Sozialismus, das heißt, die Erfolge der sozialistischen Welt zu popularisieren, die historischen Erfahrungen der sozialistischen Oktoberrevolution und der kommunistischen Bruderparteien den Massen vermitteln, die Verbundenheit der Werktätigen unseres Landes mit den sozialistischen Ländern allseitig stärken und unseren Beitrag zur Einheit der kommunistischen Weltbewegung leisten, diesem Unterpfand des Sieges des Sozialismus in der ganzen Welt.“

Eine noch jetzt gültige Lehre aus der Oktoberrevolution lautet, daß die Arbeiterklasse in ihrem Kampf die internationale Solidarität braucht, die sich während der Oktoberrevolution so glänzend bewährt hat. Koplenig wies auf die unlösbare Verbundenheit der nationalen mit den internationalen Aufgaben des Proletariats hin und machte Front gegen die Versuche der Klassenfeinde, es so hinzustellen, als widerspreche der proletarische Internationalismus den nationalen Interessen der Arbeiterklasse in den einzelnen Ländern. Zu den Jungkommunisten sagte er: „Der Kampf der Arbeiterklasse und der Kommunisten für Fortschritt und Sozialismus ist ein

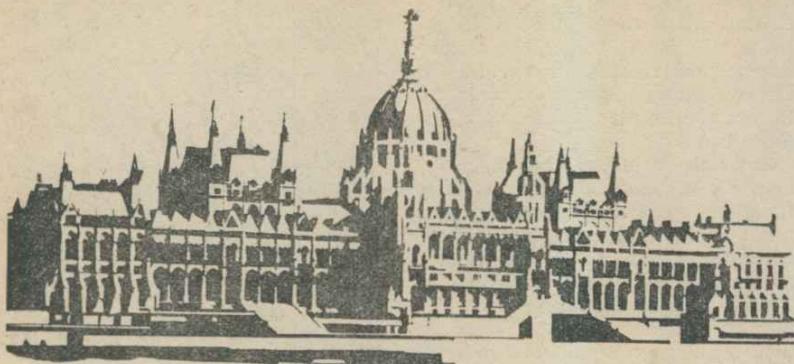
internationaler Kampf. Einen solchen Kampf muß man in jedem Land führen. Dieser Internationalismus widerspricht aber nicht dem Kampf für die nationalen Interessen des Landes, widerspricht nicht der Treue zum eigenen Volk, zur eigenen Nation. Im Gegenteil, das ist seine unerlässliche Voraussetzung.“

Koplenig setzte sich dafür ein, daß die Zusammenarbeit aller Kommunisten ausgedehnt wird. Bei völliger Selbständigkeit, so sagte er, seien „alle kommunistischen Parteien durch die Gemeinsamkeit der Ideen des Marxismus-Leninismus und durch die internationale proletarische Solidarität aufs engste miteinander verbunden; sie tragen gemeinsam Verantwortung für das Schicksal der Völker, für deren Erfolg und deren endgültigen Sieg. Daraus folgt, daß die Tätigkeit und die Aktionen einer jeden kommunistischen Partei, mag sie groß oder klein sein, mag sie unter den Bedingungen des Kapitalismus arbeiten oder einen sozialistischen Staat leiten, mag sie in den kolonialen oder abhängigen Ländern an der Spitze des Befreiungskampfes der Völker stehen, überall berührt ihr Kampf nicht nur die Geschicke ihres Landes, sondern auch der Völker anderer Länder.“

In seinen letzten Lebensjahren — Johann Koplenig starb 1968 — kam er immer wieder auf den proletarischen Internationalismus zu sprechen, veranlaßt durch den heftigen Kampf gegen die rechtsrevisionistischen Elemente. Er wies entschieden die Versuche der Rechten zurück, die Partei vom marxistisch-leninistischen Weg abzubringen und zu bewirken, daß die österreichischen Kommunisten ihren Bruderbund mit der KPdSU lösen.

Auf dem XIX. KPÖ-Parteitag (1965), auf dem Johann Koplenig zum Ehrenvorsitzenden der Partei gewählt wurde, erwähnte er nochmals die Solidarität und Einheit der sowjetischen und der österreichischen Arbeiterklasse. Er sagte: „Ich glaube, im Namen des ganzen Parteitages zu sprechen, wenn ich sage, daß unsere Partei auch unter den veränderten Bedingungen bei Unterstreichung unserer selbständigen und autonomen Politik auch in Zukunft die Traditionen der Solidarität und Verbundenheit mit der Sowjetunion und mit allen sozialistischen Ländern fortsetzen und die Ideen der Sozialistischen Oktoberrevolution hochhalten und gegen jeden Angriff verteidigen wird.“

D. MOTSCHALIN



ZWEI GESPRÄCHE IN BUDAPEST

Von unserem Sonderberichterstatter
Wladlen KUSNEZOW

Sie liegen einander fast gegenüber, die beiden Gebäude, in denen die Fäden der „großen Politik“ Ungarns zusammenlaufen — am einen Ufer der Donau das Zentralkomitee der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, am anderen das Außenministerium. Hier kann der Gast seine verständliche Neugier vollauf befriedigen. Er wird aus berufenem Munde erfahren, wie diese Politik innerhalb und außerhalb des Landes „gemacht“ wird.

„Unser Minister Frigyes Puja hält sich augenblicklich in New York auf. Er nimmt dort an der 32. Tagung der UNO-Vollversammlung teil. Sie werden von Staatssekretär Pál Rácz empfangen, seinem ersten Stellvertreter, der zur Zeit die Amtsgeschäfte führt“, erfuhr ich von meinem „Betreuer“, József Bakos vom Außenministerium.

„Was hat die ungarische Außenpolitik auf der Aktivseite zu verzeichnen?“ fragte ich.

„In den reichlich zwei Jahren seit der gesamteuropäischen Konferenz von Helsinki ist Nennenswertes hinzugekommen“, erwiderte Pál Rácz. „Wir sind Optimisten, aber nicht so große, daß wir mit Verlauf und Tempo der Entspannung gänzlich zufrieden wären. Der Prozeß verläuft keineswegs automatisch, er verlangt ständige und beharrliche Bemühungen. Auf den Beitrag jedes einzelnen Staates kommt es an. Zu den weiteren Positiva in der europäischen Politik nach Helsinki rechnen wir die zweiseitigen Kontakte zwischen östlichen und westlichen Staaten.“

In dieser Hinsicht möchte ich Sie

an die Besuche János Kádárs in Bonn, Rom und Wien erinnern. Sie fielen gerade in eine Zeit, als sich die Entwicklung der Entspannung verlangsamte. Die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder haben sich sehr bemüht, die Hemmnisse aus dem Wege zu räumen. Nach meiner Meinung haben Schritte der ungarischen Diplomatie wie die Besuche von János Kádár und anderen führenden Politikern in westeuropäischen Ländern dazu beigetragen. Sie haben den allgemeinen Tonus der Entspannungspolitik verbessern helfen. Ich möchte auch daran erinnern, daß Ungarn 17 westeuropäischen Ländern sowie den USA und Kanada Vorschläge für die weitere Zusammenarbeit im Sinne der Schlußakte unterbreitet hat.“

„Welche Möglichkeiten hat ein kleines Land in der großen Politik?“

„In gewissem Maße wird uns Ungarn gar nicht bewußt, daß wir ein kleines Land sind. Schließlich wissen wir doch die Sowjetunion, die ganze sozialistische Staatengemeinschaft an unserer Seite. Die Zugehörigkeit zu dieser Gemeinschaft, zur Organisation des Warschauer Vertrages und zum Rat für Gegen seitige Wirtschaftshilfe ist für unser Wirken in der Weltpolitik ein zuverlässiges Hinterland. Sie ist uns ein stabiler Rückhalt für unsere konstruktive Außenpolitik und bietet Spielraum für unsere Aktivität. Niemand bringt uns um unsere Selbständigkeit, niemand hemmt unseren Unternehmungsgeist, wie es im Westen zuweilen heißt. Es trifft keineswegs zu, daß in der gemeinsa-

men, abgestimmten und koordinierten Politik der Beitrag des einzelnen Staates „untergeht“. Im Gegenteil, er bekommt besonderes Gewicht. In einem guten Kollektiv bleibt das Individuum doch erhalten. Die Zugehörigkeit zur sozialistischen Gemeinschaft verleiht unseren Aktionen und Initiativen in der Welt größere Dimensionen und bringt die anderen dazu, mit diesen Aktionen stärker zu rechnen.“

„Gewisse Vertreter kleiner Länder im Westen klagen über Minderwertigkeitskomplexe.“

„Wir haben keine. Wir wenden uns gegen derlei Ansichten, obwohl uns klar ist, in welcher Situation manche kleinen Länder im Westen sind.“

Selbstverständlich sind wir uns der ganzen Tragweite der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen bewußt“, fährt Pál Rácz fort. „Doch in der Welt ist auch für die Handlungen aller anderen Staaten, die kleinen eingeschlossen, Raum genug. Sie können durchaus dazu beitragen, daß sich die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen positiv entwickeln. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß sie sich für die Entspannung und die konstruktive Entwicklung der internationalen Beziehungen verantwortlich fühlen. Dabei darf nicht übersehen werden, daß Washington letztlich mit den Prozessen und Tendenzen rechnen muß, die auf dem europäischen Kontinent dominieren. Den Europäern ist also die Möglichkeit, zur Durchsetzung jener Elemente in der Politik der USA beizutragen, die mit der Entspannung nicht divergieren, nicht genommen.“

Wir kommen auf die ungarisch-amerikanischen Beziehungen zu sprechen. Günstige Wandlungen sind zu verzeichnen, wenn sie sich nach Ansicht von Pál Rácz auch unterhalb des Standes bewegen, den die Beziehungen Ungarns z. B. zur BRD oder zu Österreich erreicht haben. Allmählich nehmen die Kontakte zu den USA die gebührende Form an und nähern sich der Norm. Aber von einer wesentlichen Wende kann noch nicht die Rede sein.

Die USA müssen Ungarn ihr Nationalheiligtum zurückgeben — die 1000 Jahre alte Krone des Heiligen Stephan. Außerdem müßte Ungarn Meistbegünstigung im Handel gewährt werden.

„Natürlich braucht ein sozialistisches Land nicht unbedingt eine Krone“, sagt Pál Rácz lächelnd. „Aber es geht ums Prinzip. Wenn die wesentlichen Fragen nicht gelöst

sind, wie soll es dann zur vollständigen Normalisierung der Beziehungen kommen? Ohne Umschweife sagen wir auch, daß die ungarischen Sendungen von „Free Europe“ die Normalisierung behindern.“

„Sind Sie mit dem Platz, den Ungarn in Europa und in der Welt einnimmt, zufrieden?“

„Wir sind um eine Politik bemüht, die alle Anhänger der Entspannung zufriedenstellt, uns selbst natürlich auch. Um so mehr als sich unsere Außenpolitik auf die Innenpolitik stützt, und die Erfolge unserer Arbeiter, der Bauern und der Angehörigen der Intelligenz verbieten es uns, auf unseren Lorbeeren auszuruhen.“

Beim einmal Erreichten nicht stehenzubleiben, war auch das Motiv unseres Gesprächs im Zentralkomitee der USAP. Auch hier wurde gesagt, man dürfe nicht darauf hoffen, daß alles „von selbst“ laufen werde.

„Wir schließen das Jahr mit recht guten Erfolgen ab“, sagte Dr. Gyula Móna, stellvertretender Leiter der Abteilung Propaganda und Agitation des ZK der USAP. „Wir haben eine gute Getreideernte eingebracht, Gemüse und Obst in großer Fülle geerntet. Trotz schwieriger Bedingungen und komplizierter Lage auf dem Weltmarkt haben wir auch in der Industrie und im Außenhandel Erfolge zu verzeichnen. Wir heben das Lebensniveau des Volkes weiter, obwohl wir in dieser Hinsicht gern noch mehr täten. Kurzum, wir sind bei der Erfüllung der Hauptaufgaben, die der XI. Parteitag der USAP im Frühjahr 1975 in seinem Programm festgelegt hat, ein weiteres Stück vorangekommen. Ich denke dabei an die Hauptaufgaben beim Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in den kommenden 15–20 Jahren. In der nächsten Zeit soll Ungarn unter den industriell entwickelten Staaten der Welt zu finden sein.“

Die wichtigsten Prozesse in der Wirtschaft werden von den zentralen Staatsorganen geregelt, aber seit nunmehr fast zehn Jahren gewähren wir den Betrieben auch erhebliche Selbständigkeit. Wir sammeln Erfahrungen, der Mechanismus spielt sich ein, doch das enthebt uns nicht der Notwendigkeit, am Lauf der Dinge gewisse Korrekturen vorzunehmen. Seit die Schwierigkeiten mit Rohstoffen und Energie größer geworden sind, verstärken wir in diesen Bereichen die Zentralisierung. Wenn alles im Lot ist, kehren wir zur früheren Kombi-

nation der Hebel in der Leitung zurück. Ich will sagen, daß wir unsere Form der Planwirtschaft nicht als starr ansehen, wir müssen flexibel und manövrierfähig sein.“

Wir haben uns davon überzeugt, daß die Prozesse in der Wirtschaft unsere ganze Aufmerksamkeit erfordern. Sie dürfen nicht dem Selbstlauf überlassen bleiben. Es wäre der größte Fehler zu glauben, wenn die ökonomischen Hebel und Stimuli einmal in Gang gesetzt sind, arbeiten sie reibungslos wie Automaten. Sie werden nur dann gut funktionieren, wenn diejenigen, die sie anwenden, sich über ihre Rolle vollauf im klaren sind.

Selbstverständlich müssen wir wissen, wieviel Roh-, Brenn- und Werkstoffe wir haben und wieviel wir brauchen. Aber mit den materiellen Faktoren allein ist es noch längst nicht getan. Da sind auch noch die subjektiven Faktoren, die Menschen. Obwohl es dafür keine Kontrollziffern gibt, wenn ich mich so ausdrücken darf, können und müssen wir in unseren Plänen auch Kategorien wie die Energie und die Aktivität, die Bereitschaft der Menschen, gewissenhaft und mit vollem Einsatz zu arbeiten, realistisch in Betracht ziehen. Wenn wir vorankommen, mehr erreichen wollen, müssen wir alle schöpferischen Möglichkeiten und geistigen Potenzen des werktätigen Menschen freisetzen. Das aber ist nur möglich, wenn er sich auf Schritt und Tritt davon überzeugen kann, daß ihm der Sozialismus bessere Bedingungen bietet als der Kapitalismus.

Verkennen wir doch nicht, daß die sozialistische Lebensweise, von der wir jetzt so viel schreiben und sprechen, eine dauerhafte materielle Grundlage haben muß. Auf dieser Grundlage entsteht sie, man kann sie nicht am Reißbrett entwerfen. Um es einfacher zu sagen: Vieles — vor allem aber Produktivität und Effektivität der Arbeit — hängt davon ab, wie der Mensch lebt, was er zu essen hat, wie er sich kleiden kann, wie er wohnt, welche Bedingungen der Staat ihm und seiner Familie bietet, ob er ihm Sicherheit verschafft und ihn mit allem Erforderlichen versorgt.

Von den Bedingungen und den Realitäten des Lebens kann man nicht abstrahieren. Noch kann unser Staat die Bevölkerung nicht von sich aus mit allen Dienstleistungen versorgen. Unter unseren Bedingungen bringen die kleinen Warenproduzenten und die privaten Dienstleistungsbetriebe gesellschaftlichen Nutzen.

In einer ziemlich lebhaften Diskussion über das Spießertum sprachen sich viele leidenschaftlich gegen die Privatbesitzmentalität aus. Das freut uns, denn es ist ein gutes Zeichen dafür, daß sich die sozialistische Lebensweise durchsetzt. Aber man findet auch überspitzte Meinungen, Nihilismus gegenüber denen, die mit ihrer ehrlichen Arbeit dem Staat helfen, das Versorgungsproblem zu lösen. Natürlich besagt das nicht, der sozialistische Staat habe die privaten Unternehmer, z. B. die Bäcker, in sein Herz geschlossen. Aber wie könnten wir sie vergessen, wenn wir alle gern frische Brötchen auf dem Tisch haben möchten.“

Doch Spaß beiseite. Auf die Haus- und Nebenwirtschaften entfallen rund 40 Prozent der Fleischproduktion, die Hälfte der Eier-, Obst- und Gemüseerzeugung sowie 60 Prozent der Milchproduktion. Dabei dürfen wir jedoch nicht vergessen, daß bei uns die persönlichen Hauswirtschaften bei den Genossenschaften, ihrer Futter- und ihrer Chemiebasis, ihren Rückhalt haben, in ihr Aufkaufnetz einbezogen sind und die Besitzer dieser Wirtschaften zum größten Teil Mitglieder von Genossenschaften sind.

„Das ZK der USAP schenkt der wirtschaftlichen Entwicklung größte Aufmerksamkeit“, sagt Gyula Móna weiter. „Ihr Erfolg entscheidet ja über das Schicksal des Sozialismus. Auf seinem Oktoberplenum hat es sich gerade erst mit der Verbesserung der Struktur und der Steigerung der Effektivität der Produktion sowie unserer langfristigen Außenwirtschaftsstrategie beschäftigt, die sich in erster Linie auf die allseitige, planmäßige perspektivische Zusammenarbeit mit der UdSSR und den anderen RGW-Ländern stützt.“

Zwei Gespräche in Budapest, die uns auch einen Vergleich zwischen Vergangenheit und Gegenwart des Landes ermöglichen.

Die Industrieproduktion hat das Zehnfache, die landwirtschaftliche Produktion (bei kleinerer Fläche und mit der Hälfte der Arbeitskräfte) mehr als das Anderthalbfache des Volumens von 1938 erreicht. Das Nationaleinkommen ist heute fast fünfmal so groß.

Das bürgerliche Ungarn war eine Marionette imperialistischer Mächte. Es galt nichts und hatte in der „großen Politik“ nichts zu sagen. Das sozialistische Ungarn steht im internationalen Leben in vorderster Reihe, in Europa und in der Welt hat seine Stimme Klang und Gewicht.

Budapest—Moskau

NEUE PROTESTE

Von unserem ständigen Berichterstatter
Juri GUDKOW

„Es kommt eine Zeit im Leben unterdrückter Menschen, da sie sich entschließen müssen, nicht mehr zurückzustecken. Wir haben unter Nixon zurückgesteckt, wir haben unter Ford zurückgesteckt. Jetzt ist die Zeit gekommen, das Ruder herumzuwerfen und zu sagen, wir werden nicht mehr zurückstecken.“ Diese Worte stammen von dem farbigen Mitglied des US-Repräsentantenhauses Parren Mitchell. Gesprochen wurden sie auf einer Kundgebung, mit der in Washington ein Protestmarsch von 1600 Studenten zu Ende ging. Im Oktober hatten von Gewerkschaften und Frauenorganisationen unterstützte Studentenmeetings in Chicago, New York, Boston und Sacramento stattgefunden. Bei einer Demonstration in San Francisco waren 2000 Personen dabei, 4000 waren es im benachbarten Oakland.

Der bürgerlichen Presse gelten diese Vorgänge als „unerwartete und außergewöhnliche Reaktion“. Die Kundgebungsteilnehmer dagegen drängen auf entschlossenes Handeln. Nur in einem sind sich beide Seiten einig: Die Frage der Grundrechte für die nationalen Minderheiten, des Rechts auf Bildung und Arbeit ist wieder sehr akut geworden. Der Stillstand, der nach den stürmischen und häufig blutigen Demonstrationen der 60er Jahre eingetreten war, wurde nun plötzlich unterbrochen.

Den unmittelbaren Anstoß dazu gab ein Gerichtsverfahren, das von einem Allan Bakke gegen die kalifornische Universität anhängig gemacht wurde. Seine Geschichte ist kurz folgende: 1973 wollte Bakke, früherer Marineinfanterist, heute als 37jähriger Ingenieur in einem Rüstungsbetrieb, die medizinische Fakultät der Universität Kalifornien beziehen. Der erste Versuch scheiterte. Auch der im darauffolgenden Jahr. Bakke wandte sich ans Gericht, wo er versicherte, man habe ihn nicht aufgenommen, weil ein Teil der Plätze an der Fakultät für Angehörige nationaler Minderheiten — Neger, Indianer, Amerikaner mexikanischer und asiatischer Abstammung — reserviert seien, und die Aufnahmезensuren für sie lägen unter denen, die er gehabt habe. Die

von Bakke gezogene und vom Obersten Gericht Kaliforniens unterstützte Konsequenz: Hier handelt es sich um die Verletzung des Rechts auf Gleichheit vor dem Gesetz, das im 14. Zusatz zur Verfassung garantiert wird. Die bürgerliche Presse war dann auch rasch bereit, das als „Fakt einer Gegendiskriminierung“ zu bezeichnen.



Ist der Desegregationsprozeß wirklich schon so weit fortgeschritten, daß nun die weißen US-Bürger beeinträchtigt werden?

Die medizinische Fakultät der Universität Kalifornien war in ihrer ganzen Geschichte immer blütenweiß. Gleches läßt sich von praktisch allen Hochschulen sagen. Vielleicht gab es unter den Angehörigen der Minderheiten überhaupt keine Anwärter? Doch, es gab sie. Aber die Schulbildung, der Einwohner von Neger- und anderen Armenvierteln in den Städten hält keinerlei Vergleich mit der Schulbildung in den „weißen Vierteln“ aus. „Wir hatten z. B. niemals einen Lehrer, der uns wenigstens eine irgendwie vernünftige Vorstellung von der englischen Sprache beigebracht hätte“, sagte Ralph Chappel, einer der Teilnehmer des Marsches in Washington.

Mit anderen Worten, die vom Gesetz verkündeten „gleichen Möglichkeiten“ dienen den Interessen der weißen Mehrheit, wenn es um Hochschulbildung oder qualifizierte Arbeit geht, die eine langjährige Ausbildung voraussetzt. Armut, schlech-

te Wohnverhältnisse, mangelnde Bildung halten die nationale Minderheiten nicht weniger sicher auf der unteren sozialen Stufe wie Kugeln und Gummiknöpfe der Rassisten.

Das wurde recht bald begriffen, nachdem die mit dem Gesetz über die Bürgerrechte von 1964 verknüpften Hoffnungen in sich zusammengefallen waren. Der Kampf in den 60er Jahren für das Recht auf Hochschulbesuch, das Recht, Meister in einem Betrieb oder mittlerer Beamter zu werden, für das Recht, in örtliche oder Bundesorgane gewählt werden zu können, war oft dramatisch und kostete vielen Teilnehmern der Bewegung gegen den Rassismus — schwarzen wie weißen — das

Der Fall Bakke hat den Protest der amerikanischen Öffentlichkeit ausgelöst. Unser Bild: Demonstration vor dem Obersten Gerichtshof der USA
Aus „Daily World“ (USA)

Leben. Rebellionen in den Städten, Schüsse im Dunkel und am helllichten Tage, Truppen in Studentensiedlungen, der Tod Martin Luther Kings waren die Meilensteine.

Die Regierung mußte sich auf Zugeständnisse einlassen. Seit der Zeit Kennedys fordert sie die Zulassung von Vertretern der nationalen Minderheiten an Hochschulen, wie auch in staatlichen und privaten Einrichtungen und in Betrieben. Die Relation zum Kontingent der Weißen wird durch keinerlei Gesetz oder Bestimmung geregelt. Dennoch sah man das Einverständnis mit dem Prinzip der faktischen Vertretung in verschiedenen Bereichen des öffentlichen, staatlichen und Betriebslebens bei den Gegnern der Segregation und der Ungleichheit als einen wichtigen Sieg an.

Nach Massenaktionen der schwarzen Bevölkerung in Kalifornien

räumte die medizinische Fakultät der Universität, wo sich früher Neger nicht einmal sehen lassen durften, 16 von 100 jährlich zur Verfügung stehenden Plätzen den Angehörigen nationaler Minderheiten ein. An der Universität George Washington besteht die Relation von 20:100, was allerdings ausschließlich vom Willen der Universitätsverwaltung abhängt. Hat nun diese Neuerung die Situation in der Hochschulbildung verändert? Fakten beweisen, daß das nicht der Fall ist. Die Zahl der Farbigen unter den Ärzten bleibt seit 1950 mit 2% konstant, die Zahl der Rechtsanwälte liegt über 3%, die der Ingenieure bei 1%. Dagegen ist die Arbeitslosigkeit unter der farbigen Jugend fast zweieinhalbmal höher als unter der weißen.

Das Urteil des kalifornischen Gerichts, das die Gleichheit vor dem Gesetz unter Beibehaltung ungleicher Möglichkeiten verlangt, verbaut den einzigen in der US-Gesellschaft von heute vorhandenen Weg für die nationale Minderheiten, ihre Geschicke zu verändern.

„Wenn Bakke siegt“, sagt die Studentin an der Harvard-Universität Diana Waller, „wird durch alle Erfolge der Bürgerrechtsbewegung, die wir in den 60er Jahren erreichten, ein Strich gezogen.“ Dabei geht es nicht nur um den Bereich der Hochschulbildung. Das gleiche Prinzip, wenn man von der Regierungspolitik sprechen will, herrscht auch bei Einstellungen, u. zw. nicht nur für Vertreter nationaler Minderheiten, sondern auch für die Frauen, denen bis zum heutigen Tage nicht die gleichen Rechte wie den Männern eingeräumt werden. Daher betrifft der Fall Bakke unmittelbar alle Bevölkerungsschichten, die in der einen oder anderen Form diskriminiert werden. Die **Washington Post** meldet, nach dem Gerichtsentscheid werde die Universität von Abgesandten verschiedener kalifornischer Betriebe und Institutionen belagert, die aus erster Hand erfahren wollen, ob sich eventuell Veränderungen für Einstellungen ergeben. Ferner stellte sich heraus, daß die Zahl der Studenten aus den nationalen Minderheiten in den letzten zwei Jahren keineswegs stieg, sondern sogar zurückging. Benjamin Hooks, geschäftsführender Direktor des Landesverbandes zur Förderung der Farbigen, sagt: „Ich bin sicher, daß überall im Land die Reaktionäre und Konservativen aus dem Busch kommen und Bakke als Vorwand benutzen werden, jeden von den

Schwarzen errungenen Fortschritt in den letzten 20 Jahren rückgängig zu machen.“

In der Bakke-Story steckt nichts Zufälliges. Vor allem ist es nicht zufällig, daß sie sich an der medizinischen Fakultät abspielte. Ärzte und Rechtsanwälte sind nicht nur hochbezahlte Berufe, sondern gelten auch als vor Arbeitslosigkeit gefeit. Angesichts der heutigen wirtschaftlichen Unsicherheit erlangt dieser Umstand große Bedeutung. Bakke hat den Angriff bestimmt nicht um Alleinangang unternommen. Kürzlich wurde bekannt, ein Mitglied der Aufnahmekommission habe ihm den Namen von Rechtsanwälten genannt, die ihm nützlich sein könnten, habe ihm weiter seine Vorstellung von der Haltung dargelegt, die er einnehmen solle, und ihn sogar mit Informationen über die Zensuren von Studenten versorgt, die entsprechend dem Sonderprogramm aufgenommen wurden. Die Warnung Benjamin Hooks vor den Reaktionären, die aus dem Busch kommen werden, ist also sehr begründet.

Ihre Demagogie findet Anhänger. So wird z. B. unter Berufung auf den Fall Bakke behauptet, die Aufnahme einer gewissen Anzahl von Studenten mit niedrigeren Prüfungszenzuren bedeute ein Absinken des beruflichen Niveaus von Ärzten und Rechtsanwälten. Eine extra vorgenommene Untersuchung hat erwiesen, daß es dafür keinerlei Belege gibt. Aber wen kümmert das schon! „Bei uns werden die Besseren zugunsten der Nötigen diskriminiert“, empört sich in einem Brief an die **New York Times** Joseph Berk aus Pennsylvania. Die Reaktion möchte beweisen, die „Quoten“ in Lehranstalten und Betrieben minderten ungerechterweise die Chancen besser ausgebildeter und deshalb auch mehr gebrauchter Weißer. Dabei gibt es in Wirklichkeit gar keine „Quoten“, alles bleibt den Behörden überlassen. Trotzdem zeigt auch dieses Argument seine Wirkung. In Krisenzeiten, wenn einer nach dem anderen entlassen wird, will man den nationalen Minderheiten den Schwarzen Peter zuschieben.

Gegenwärtig liegt der Fall Bakke beim Obersten Gerichtshof der USA. Vor kurzem lief die Beweisaufnahme unter Anhörung beider Seiten. Der 100 Personen fassende Saal war überfüllt, viele Studenten übernachteten vor dem Gerichtsgebäude, fanden aber trotzdem keinen Einlaß. Außergewöhnlich hoch war auch die Zahl der Eingaben, die dem

Obersten Gericht von interessierten Organisationen zugingen. Mehr als 40 Eingaben protestieren gegen den Entscheid des kalifornischen Gerichts. Allerdings sind unter den Befürwortern so einflußreiche Organisationen wie die US-Handelskammer, die „Jungen Amerikaner für die Freiheit“ und das „Amerikanische Judenkomitee“.

Bakkes Rechtsanwalt ließ vor dem Gericht eine Tirade über das „Recht auf gleiche Wettbewerbsmöglichkeiten“ los, und bewies unter Berufung auf die Verfassung, wie „ungerecht“ es ist, bei der Beurteilung von Menschen die Abstammung zu berücksichtigen. „Ich würde meinen, heute blind gegenüber den Rassen zu sein, heißt blind gegenüber der Realität zu sein“, antwortete darauf der Generalstaatsanwalt, Archibald Cox als Vertreter der Universität Kalifornien forderte, die Rassenunterschiede bei der Immatrikulation zu berücksichtigen, wobei er betonte, daß „die Antwort, die der Oberste Gerichtshof gibt, vielleicht für Jahrzehnte bestimmen wird, ob Angehörige nationaler Minderheiten bedeutenden Zugang zur Hochschulbildung erhalten oder ob er weiterhin klein bleiben wird.“

Der Oberste Gerichtshof wird sich mit seinem Urteil Zeit lassen. Viele glauben jedoch, es werde nicht weit gehen und sich lediglich darauf beschränken, dem kalifornischen Gericht eine Revision des Urteils anheimzustellen.

Der Regierungsstandpunkt allerdings ist bekannt. Washington hatte dem Obersten Gerichtshof eine 74 Seiten starke Eingabe zugestellt, die sich vor allem durch den ausweichenden Ton auszeichnet. Die Regierung verlangt die Berücksichtigung der nationalen Herkunft, umgeht aber sorgfältig die Frage der zahlenmäßigen Relation, die sie dem Gutdünken der örtlichen Dienststellen überläßt. Washington macht sich zwar für die Bürgerrechte stark, verzichtete aber darauf, eine klare Haltung zu den Rechten der nationalen Minderheiten einzunehmen und sich entschlossen auf ihre Seite zu stellen. Bakke und seine Anhänger können das schon jetzt als Aktiva verbuchen.

Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz... Überzeugte Gegner der Gleichberechtigung benutzen diese sinnfälligen Worte aus der US-Verfassung, um Unrecht und nationale Unterdrückung zu verankern. Der Fall Bakke beweist, daß die Regierung ihnen dabei freie Hand läßt. New York

GEFÄHRLICHE LIEBSCHAFT

Juri ORLOW

Österreichs **Profil** verbreitete zur Sommermitte einen Beitrag mit dem viel sagenden Titel „Deutsche Kolonie Österreich“. Den Aufmacher zu dem Artikel zeigen wir im Bild. Kommentar von **Profil**: „Österreich wird seit Jahren unauffällig germanisiert.“

Oft geht die österreichische Presse dieses Thema nicht an, obwohl in Österreich, Hand aufs Herz, niemand die Aktualität der Sache leugnet. Aber auch offizielle Stellen schweigen sich da lieber aus. Die Gründe sind viele. Man möchte den reichen und mächtigen nördlichen Nachbarn nicht verschnupfen, der im Alpenland all überall ziemlich einflußreich ist.

Man möchte nicht zugeben, daß dieser Nachbar unter passiver, hier und da sogar wohlwollender Haltung der Zuständigen immer mehr Interesse an Dingen zeigt, die ihn, genau genommen, nichts scheren.

Das zähnefletschende Ungeheuer, das **Profil** vorstellt, ist den Österreichern keineswegs unbekannt. Eher im Gegenteil. Es ist ein alter Bekannter. Bis 1806 hatten Österreicher wie Deutsche bekanntermaßen den gleichen Kaiser. Es gab österreichisch-deutsche Kriege und österreichisch-deutsche Bündnisse, es gab gemeinsame imperialistische Eroberungspolitik und ihre unausbleibliche Begleiterscheinung Pangermanismus und Nationalismus. Nach der Zerschlagung des imperialistischen Deutschland und dem Zusammenbruch der k.u.k. Monarchie im ersten Weltkrieg linsten die österreichischen Reaktionäre und Konservativen hoffnungsvoll nach Norden und nannten ihr Land stur und steif „Deutsch-Österreich“. Sie kriegten 1938 ihren Anschluß und 1945 den katastrophalen Abschluß. Österreich hatte sich als Teil des Deutschen Reiches am Krieg beteiligt. Seither bringt man in Österreich das Wort „Deutsch“ schwerer über die Zunge. In Schulzeugnissen sprach man sogar verschämt von der „Unterrichtssprache“ in dem Wunsch, sich auf diese Weise von den Verbrechen und der Ideologie des dritten Reiches zu distanzieren, gleichzeitig aber auch der Strafe dafür zu entgehen. Die Ge-

schichte hat es deutlich genug gemacht, was Österreich der Verlust nationaler Unabhängigkeit und die Hinwendung zu einer politischen, militärischen und ökonomischen Partnerschaft mit dem imperialistischen Deutschland einträgt.

Man zog Konsequenzen aus der Geschichte. Der Staatsvertrag über die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich untersagte für die Zukunft jegliches politische und wirtschaftliche Bündnis zwischen Österreich und Deutschland. Österreich war sich seiner Verantwortung in dieser Frage voll bewußt und verpflichtete sich, keinerlei Abkommen mit Deutschland zu schließen, keinerlei Handlungen zu unternehmen oder Maßnahmen zu ergreifen, die direkt oder indirekt ein politisches oder wirtschaftliches Bündnis mit Deutschland fördern oder die territoriale Integrität, die politische oder wirtschaftliche Unabhängigkeit beeinträchtigen könnten. Ferner verpflichtete sich Österreich, keinerlei Handlungen auf seinem Gebiet zuzulassen, die direkt oder indirekt auf ein solches Bündnis hinauslaufen könnten, und das Bestehen, das Entstehen und die Tätigkeit jeglicher Organisationen zu verhindern, die sich ein politisches oder wirtschaftliches Bündnis mit Deutschland zum Ziel setzen, und ebenso pangermanische Propaganda zugunsten eines Bündnisses mit Deutschland zu verhüten.

Zusammen mit dem österreichischen Gesetz über die dauernde Neutralität legte der Staatsvertrag eine dauerhafte Basis für die Existenz und Entwicklung des neutralen, unabhängigen Österreich. Diese Dokumente sichern dem Land seine Souveränität und seine nationalen Interessen und haben ihm den gebührenden Platz in der Welt verschafft.

Die Erfahrungen der vergangenen Jahre und unserer Tage bestätigen immer wieder, wie notwendig und weitsichtig die Bestimmungen des Staatsvertrages waren, die die Beziehungen Österreichs zu seinem nördlichen Nachbarn betrafen, wie wichtig die strikte und konsequente

Einhaltung dieser Bestimmungen in ihrem vollen Umfang ist; sowohl für eine garantie normale Entwicklung Österreichs selbst als auch für eine ruhige Situation in Gesamt-europa.

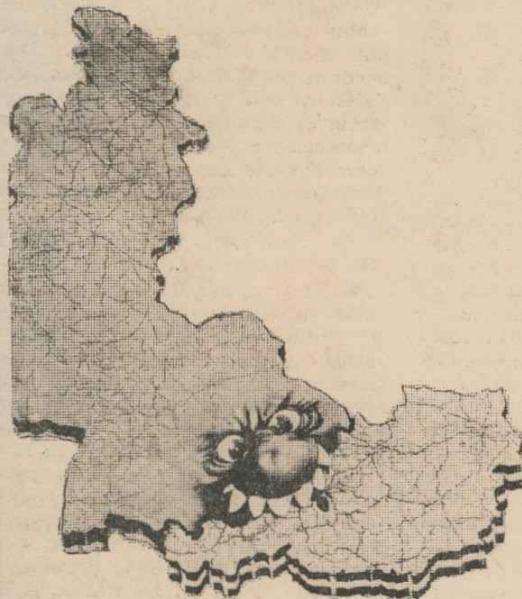
Niemand will natürlich behaupten, daß die jetzige offizielle Politik der Bundesrepublik Deutschland darauf abzielt, den Staatsvertrag zu verletzen. Derartige Behauptungen lassen sich auch in bezug auf die österreichische Regierung nicht vorbringen. So sieht die offizielle Seite der Dinge aus, die keinem Zweifel unterliegt.

Man sollte sich jedoch das Leben mit dieser Feststellung nicht zu leicht machen. Es gibt Dinge, Trends, Tatsachen und Vorgänge, die gewissermaßen aus dem offiziellen politischen Kurs der einen oder der anderen Regierung ausgeklammert sind. Das heißt aber nicht, daß sie nicht vorhanden wären und folgerichtig auch nicht beobachtet werden müssen.

Die Österreicher sind stolz auf ihr Land. Sie sprechen gern davon, wie viel Positives ihnen die Politik der immerwährenden Neutralität, die Existenz als selbständige, unabhängige Nation, der guten Beziehungen zu allen europäischen Staaten gebracht hat. So denken die meisten Österreicher, obwohl es dabei natürlich Dutzende, Hunderte Nuancen gibt. Doch da sind auch Leute, die es mit der Nostalgie halten. Noch mehr davon gibt es in der Bundesrepublik Deutschland, wo die nationalgesinnten Rechtskräfte in allen Nachkriegsjahren nicht wenig Einfluß besaßen. Man sollte nicht glauben, daß sie Österreich vergessen hätten.

Im Programm der neonazistischen NPD heißt es, „Deutschland ... muß Österreich einschließen, das keine Nation darstellt...“ Ist das nur verantwortungsloses Geschwätz eines Häufleins Rechtsgläubiger? Nein, die NPD steht nicht allein da. Da gibt es den „Freundeskreis Franz Josef Strauß“, dessen politisches Programm nicht nur Gebietsansprüche an Polen, die Tschechoslowakei und die Sowjetunion enthält. Die FJS-Freunde drängen auf einen neuen Anschluß Österreichs. Damit hätten wir sozusagen die Spitze des Eisbergs der bundesdeutschen Politik. Das, was unter Wasser liegt, ist noch zehnmal größer und umfaßt viele Organisationen und Verbände, die eng mit den „respektablen“ bundesdeutschen Parteien, vor allem mit CDU und CSU, liiert sind.

Übrigens, eine Abart der NPD existiert auch in Österreich: NDP. Auch sie sagt, „die Österreicher gehören dem deutschen Volke an; deshalb ist Österreich ein deutscher Staat“. Österreich hat auch die im Parlament vertretene Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ). Es lohnt, daran zu erinnern, daß das Zentralorgan dieser Partei **Neue Front** den österreichischen Nationalfeiertag am 26. Oktober einst folgendermaßen kommentierte: „Die österreichische Nation ist ein Kunstprodukt kom-



Aus „Profil“

munistischer Prägung, mit dem versucht wird, die deutsche Volkszugehörigkeit der Österreicher auszulöschen.“ Der FPÖ gefällt auch nicht, daß die österreichische Neutralität immerwährend ist. Eine ziemlich vielsagende Haltung.

Um das Bild abzurunden, sei auch der Österreichische Kameradschaftsbund erwähnt, der in Zusammensetzung und Ausrichtung verflucht an die bekannten Soldaten- und SS-Verbände in der Bundesrepublik Deutschland erinnert. Der Bund hat an die 300 000 Mitglieder, die ihre Zeitung **Kamerad** im vergangenen Jahr mit der Offenbarung beglückte, Österreich sei immer Verteidigungsraum deutschen Landes und deutscher Kultur gewesen.

Pangermanismus und Militarismus also treiben noch ganz schöne Blüten. Immer mal wieder machen sich Kameraden aus der BRD und aus Österreich auf, um in Wien einen

Tag der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ abzuhalten oder im lieblichen Braunau eine Gedenktafel für ehemalige SS-Angehörige zu enthüllen. Das sind keineswegs harmlose Begegnungen von Tattergreisen oder Volksfesten, wie das häufig darzustellen versucht wird. Die in der BRD überschwappende Hitlerwelle, der Fall Kappler, faschistoider Vorgänge in der Bundeswehr sowie die allgemein zunehmenden Aktivitäten von rechts beweisen, daß es hier um etwas sehr Ernstzunehmendes geht. Die österreichischen alten Kameraden der bundesdeutschen Rechten sind vom gleichen Schrot und Korn. Um das zu erkennen, braucht es keine Brille. Die Frage ist nur, worauf sie sich bei ihren Aktionen stützen können. An „aufrüttelnden“ Vorbildern aus der BRD jedenfalls fehlt es nicht.

So ist es kein Zufall, daß angesehene österreichische Presseorgane immer wieder darauf eingehen, wie es um die Beziehungen zwischen dem neutralen Österreich und dem führenden westeuropäischen NATO-Staat Bundesrepublik Deutschland steht.

Profil schreibt, gleich nach Abschluß des Staatsvertrages habe ein bundesdeutscher Kapitalstrom nach Österreich

eingesetzt. 1955 waren es noch lausige 15 Mio Schilling. Heute entfallen nach Angaben der Österreichischen Nationalbank von 27 Md. Schilling Auslandskapital 5,5 Md. auf die BRD. In Wahrheit aber dürften über Holding-Gesellschaften mit Hauptsitz in der Schweiz und Liechtenstein sowie über andere Firmen mindestens 7 wenn nicht gar 10 Md. Schilling deutsches Kapital in Österreichs Wirtschaft stecken. Innerhalb der letzten 20 Jahre wurden in Österreich etwa 2700 bundesdeutsche Firmen gegründet, in denen ungefähr 263 000 österreichische Arbeitnehmer beschäftigt sind. Während bundesdeutsche Unternehmer 1974 an die 800 Mio Schilling Gewinn heimtragen konnten, waren es 1976 bereits 4 Md. Schilling.

Österreich ist für die BRD das Tor zur Freihandelszone. Bundesdeutsche Konzerne besitzen in Österreich noch von früher her gute Ausgangsposi-

tionen. Die Österreicher sprechen Deutsch und sind hervorragende Fachleute. Eine Arbeitsstunde kostet in Österreich 77,52 Schilling, in der BRD dagegen 105,51 Schilling. Schließlich lassen sich Konkurrenten in Österreich leichter ausschalten. Die Firmen sind kleiner, Mittel für Forschungen und Aufstockung des Grundkapitals reichen nicht.

Doch zweifellos spielen auch politische Gründe mit hinein. Immerhin zählen über die Hälfte der BRD-Großkonzerne zu Freunden der CDU und CSU. Sie unterstützen und inspirieren nationalistische Zielsetzungen, die im Grunde aber expansionistisch sind. So kommt eines zum anderen.

Das Resultat: 21,4% der österreichischen Industrie sind in ausländischer Hand, d. h. hauptsächlich in bundesdeutscher, ebenso wie 14% der Handels- und 15,7% der Handwerksbetriebe. Von 100 Großkonzernen Österreichs werden 17 von bundesdeutschen kontrolliert. Von 341 Chemiebetrieben sind 117 bundesdeutsch. Die Zahl der BRD-Firmen erhöht sich mit jedem Jahr um 10%.

Bezeichnend sind auch diese Zahlen: 40% des österreichischen Exports entfallen auf die BRD. Der BRD-Anteil in entgegengesetzter Richtung beträgt 20%. Damit wird die Einseitigkeit des Außenhandels erkennbar. **Profil** spricht sogar von einer „totalen Bindung Österreichs an die Bundesrepublik“. Diese Bindung zeigte sich deutlich, als Österreichs Regierungskreise um jeden Preis ein Abkommen über die Zusammenarbeit mit der EWG wollten, obwohl sich das schlecht mit dem Neutralitätsstatus vertrug und einen verstärkten bundesdeutschen Kapitalfluss mit sich bringen mußte. Das Abkommen wurde geschlossen, und Österreich hat heute ein Handelsdefizit von 54 Md. Schilling, wovon 49 Md. auf die BRD kommen.

Die Bundesdeutschen kaufen nicht nur österreichische Betriebe, sondern auch Boden auf. Mindestens 10 000-12 000 ha Land sind in deutscher Hand, nicht gerechnet Käufe über Strohmänner, nicht gerechnet weitläufige Besitzungen alter deutscher Junkerfamilien wie von Bourbon-Parma, Schaumburg-Lippe usw. Die Bundesdeutschen bezahlten in einem Jahr bis zu 860 Mio Schilling allein für unbebaute Grundstücke, ehe die österreichischen Behörden 1972 endlich aufwachten und den Verkauf von Grundstücken und

Ländereien an Ausländer beschränkten. Dennoch geht der Ausverkauf weiter. In Tirol sind 23 Gemeinden von hauptsächlich bundesdeutscher Überfremdung bedroht. Ein ähnliches Bild bietet sich im Burgenland, in Oberösterreich, in der Steiermark und in Kärnten. Ganze Städte wie Bad Ischl oder St. Gilgen fanden sich plötzlich im Besitz von BRD-Bürgern.

Der riesige Touristenstrom von jährlich etwa 7 Millionen, der kontinuierliche Ausbau der Positionen des bundesdeutschen Kapitals, der massierte Einfluß des bundesdeutschen Fernsehens und Rundfunks, der Druck der BRD auf den Pressemarkt, auf das kulturelle und wissenschaftliche Leben Österreichs können nicht spurlos vorübergehen. Die Bindungen zur BRD und ihre Intensivierung haben ihre eigene Entwicklungslogik und ihre Folgen. Darunter auch politische, wofür es genügend Beispiele gibt.

Viele österreichische Gesetze der letzten Jahre unterscheiden sich häufig in beinahe nichts von BRD-Gesetzen. Das betrifft die Registrierung neuer Parteien, das Waffengesetz sowie das künftige Scheidungsgesetz. Hier läßt sich nicht von einem Zufall sprechen, denn man weiß, daß die Justizminister Österreichs und der BRD häufig über „die enge Zusammenarbeit im Bereich der Gesetzgebung und Gesetzesanwendung“ sprechen. Wozu das alles? Es wird mit praktischen Überlegungen begründet. Jedoch ist die Methode der Annäherung und danach der Gleich-

schaftung der Gesetzgebung nichts Neues in der Trickkiste der deutschen Nationalisten. Aus der gleichgeschalteten Gesetzgebung will man eine „Rechtseinheit“ ableiten, die schon nicht mehr „verletzt“ werden darf. Wie es weitergeht, weiß man.

Mehrmais schon hat die demokratische Presse auf eine Zusammenarbeit zwischen dem österreichischen und dem bundesdeutschen Geheimdienst hingewiesen. Zwar wurden solche Meldungen jedesmal demontiert, wer aber kann schon die Hand für das ins Feuer legen, was sozusagen „ohne Kenntnis“ der Behörden geschieht? Außerdem ist es kein Geheimnis, daß mancheiner in Wien die militärischen Bestimmungen des Staatsvertrages nicht so sehr schön findet. Das sind kurzsichtige Leute, aber es gibt sie und in verantwortlichen Positionen.

Die Springerpresse lobt Österreich, weil es sich in bezug auf Westberlin nicht den Bonner Interessen entgegenstellt. Worin dieses Interesse Bonns besteht, das den Standpunkt vertritt, „laut deutschem Recht“ sei Westberlin ein „Bundesland“, ist nicht schwer zu erraten. Es geschieht auch, daß österreichische Politiker plötzlich ihre Sympathie für Feststellungen bundesdeutscher Politiker zur sogenannten nationalen Frage bekunden, obwohl klar ist, daß damit das Ziel verfolgt wird, die bestehenden territorialen und politischen Realitäten in Europa zu verändern, was wiederum der Festigung von Sicherheit und Zusammenarbeit auf unserem Kontinent zuwiderläuft.

In Wien heißt es manchmal, zwi-

schen Österreich und der BRD gebe es keine offenen Fragen. Das kommt ganz auf den Blickwinkel an. Derartige Erklärungen dürften wohl am ehesten für ein leichtgläubiges Publikum bestimmt sein. Die Wirklichkeit sieht anders aus. „Was der Staatsvertrag politisch, militärisch und wirtschaftlich untersagt, wird — unkontrollierbar — mittels schlechender Veränderungen der Lebensgewohnheiten mühelos unterlaufen: Illustrierte und Fernsehen, Kino und Literatur, Musik und Autos, Fußball und Verhaltensmuster, Gesetze und Gewohnheiten, Witze und Wörter — zum erdrückenden Teil made in Germany“, schreibt **Profil**. Das äußern auch andere österreichische Blätter, weil es sich um eine anomale Situation handelt, weil es die Österreicher wie auch alle jene bedenklich stimmen muß, die wirklich an einem neutralen, unabhängigen Österreich interessiert sind.

Das Österreich von heute, dessen internationale Stellung vom Staatsvertrag und von dem Gesetz über immerwährende Neutralität bestimmt wird, ist ein wichtiges Element der gegenwärtigen Ordnung in Europa. Es spielt eine beachtliche positive internationale Rolle bei der Entwicklung einer guten, konstruktiven Zusammenarbeit in vielen Bereichen. Eine solche Stellung entspricht den grundlegenden Interessen des österreichischen Volkes und aller Europäer, den Interessen von Frieden und Sicherheit. Bemühungen, sie verändern zu wollen, sind aussichtslos und gefährlich. Sie dürfen nicht unwidersprochen bleiben.

DAS SCHICKSAL DER „FRANCE“

Die „France“ — bis vor kurzem noch Flaggschiff der Fahrgästeflotte Frankreichs — gehört zu den modernsten Hochseeschiffen der Welt. Trotzdem brachte das Schiff seiner Reederei ein Defizit, das mit staatlichen Subventionen gedeckt wurde. Der starke Ölpreisanstieg Anfang der 70er Jahre versetzte der „France“ den Todesstoß: Paris verweigerte weitere Gelder, und 1974 wurde der Dampfer im Hafen von Havre auf Reede gelegt.

Die Besatzung der „France“ — 1500 Mann — wurde entlassen, und nicht alle haben bislang wieder Arbeit gefunden. Viele Organisationen vereinigten sich in einem Schutzkomitee, um den Kampf für die Erhaltung des Schiffes zu unterstützen. Besonders energisch traten nach wie vor Kommunisten, So-

zialisten und Gewerkschaften für die Rettung der „France“ ein.

Natürlich konnte sich der Durchschnittsfranzose eine Luxusreise auf diesem Musikdampfer nicht leisten. Doch die „France“ haben einfache Menschen geschaffen: die Schiffsbauer von Saint-Nazaire, Ingenieure der Polytechnischen Hochschule, großartige Künstler u. a.

Jetzt entschied man sich unter 90 Alternativen dafür, das Schiff für 80 Mio Franc an den saudischen Millionär Akram Ojjeh zu verkaufen — die „France“ hatte 1961 460 Mio Franc gekostet. Der neue Reeder will das Schiff unter dem alten Namen auf Kreuzfahrten der Alt- und Neureichen oder als schwimmendes Hotel einsetzen.

Das ganze ist dreifach symbolisch. Erstens weil das kapitalistische System, selbst wenn es wahre Meisterwerke schafft, sie in den Untergang schickt. Zweitens, weil das Schiff, das wegen der Ölpreise „gestrandet“ ist, ausgerechnet in Händen von Ölscheichs gelandet ist. Und drittens wegen seines Namens: „France“.

Welches Frankreich wird es bei einem saudischen Millionär repräsentieren? Jenes der Reichen, das sich eine Kreuzfahrt erlauben konnte und die „France“ den Finanzhaien zum Fraß vorgeworfen hat? Oder jener, das dieses Wunder der Technik geschaffen hat — ach, hol’ der Klabauermann!

Auf jeden Fall ist das Schicksal der „France“ ein soziales Drama im kleinen, das die Entwicklungen in der kapitalistischen Welt widerspiegelt.

A. IGNATOV

„NEUE ZEIT“ 46-7

IM WOLGADELTA

Tána HÁJKOVÁ, Jelena KNORRE

Im Interesse der heutigen und kommenden Generationen werden in der UdSSR die erforderlichen Maßnahmen zum Schutz und zur wissenschaftlich begründeten, rationellen Nutzung des Bodens und der Bodenschätze, der Wasserressourcen, der Pflanzen- und Tierwelt ... getroffen.

Aus der Verfassung (dem Grundgesetz) der UdSSR, Artikel 18

Bei der Schulweisheit „Die Wolga fließt ins Kaspische Meer“, die im Russischen ein Gleichwort für Banalität ist, überkommt uns heute ein schwer definierbares Gefühl.

Stellen Sie sich vor: Wir fahren in einem flachen Boot einen schmalen Wasserarm entlang. Das Wasser ist warm und schimmert rosa. Zu beiden Seiten steht fünf Meter hoch das Schilf. Seine Kolben schaukeln leicht, wenn, vom Motorengeknatter aufgescheucht, träge ein weißer Reiher auffliegt oder ein prächtiger Seeadler uns den halben Himmel verdeckt. Plötzlich lugen die Schnäuzchen junger Marderhunde zwischen den Schilfrohnen hervor, sie müssen doch sehen, wer da kommt. Wir halten auf sie zu und erblicken nun auch die nicht minder neugierige Mama. Frühaufsteher sehen oft ganze Wildschweinfamilien. Wo sich das Gewässer teilt, sind in den Weiden Vogelkolonien. Über die weißgestrichenen, entlaubten Zweige soll man sich nicht wundern, hier leben nämlich Kormorane, von denen es heißt, daß ihre Mägen selbst Nüsse vertragen. Ihr scharfer Magensaft löst alles auf. Die schönen Vögel nähren sich von siechen und kranken Fischen und allerlei Abfällen, und damit sorgen sie für die Gesundheit in den Vogelkolonien und Fischbeständen.

Die größeren und kleineren Wasserarme erweitern sich zu seichten Bucht. Hier ist ein Reich der Pflanzen. Auf den schwer zugänglichen, winzigen Inseln in den Einfahrten nisten scheue Pelikane und auf den offenen Sandbänken Lachmöwen.

Durch das Wassernußdickicht und über den Vallisnerien am Grunde, Leckerbissen der Fische, Vögel und Wildschweine, kommen wir nur langsam vorwärts. Plötzlich dehnt sich vor uns eine weite Wasserfläche. Das Meer? Nein, hier ist noch Süßwasser, höchstens einen

kannte Naturforscher Prof. Shitkow, der damals tagelange Fahrten ins Delta hinein machte, schrieb, er habe keinen einzigen weißen Reiher, keinen einzigen Ibis und erst recht keinen Seeadler zu Gesicht bekommen. Fast ausgerottet waren die Haubentaucher, Wildenten und andere Vögel, die gejagt wurden. Die Ursache war der Raubbau an diesen unerschöpflich scheinenden Beständen. Mit Netzen wurden bis zu 1500 Wildenten auf einmal eingefangen. Im Frühjahr sammelte man Enteneier als Rohstoff für Seifensiedereien. Ausländische Firmen kauften Reiherfedern, Wildentenflügel usw. auf. Mit ihnen wurden Hüte garniert. Die vom Zarenhof aufgebrachte Mode trieb die Preise so hoch, daß 3-5 Reiherbälge genau soviel wie eine Kuh kosteten. „Kein Vogel ist so begehr wie der weiße Reiher“, schrieb bekümmert der bekannte Zoologe W. N. Boßtanshogo, denn die Reiher waren fast ausgerottet.

Zur Laichzeit wurden die Wasserarme dicht mit Netzen abgesperrt. Karpfen holte man aus den Löchern, in denen sie überwinterten, und steckte das Ried in Brand, um Vögel und Wildschweine aufzuscheuchen und zu schießen. Da durch die Anlegung von Naturschutzgebieten der Privatbesitz am Grund und Boden gelitten hätte, wurde sie von der Zarenregierung nicht befürwortet und von den Grundbesitzern wütend hintertrieben.

Mitten im Bürgerkrieg schickten die Kommunisten von Astrachan, obwohl dieses in der Zone der Kampfhandlungen lag, den Agronomen Podjapolski mit dem Projekt

Die im Naturschutzgebiet tätigen Wissenschaftler Pirogov und Russakow fahren von einem Experiment nach Hause



für ein Naturschutzgebiet im Wolgadelta nach Moskau, zu Lenin. Am 16. Januar 1919 war er bei Lenin und berichtete ihm, wie es dort stand. Lenin erkannte sofort, wie wichtig der Naturschutz war, und betonte, das sei er nicht nur für die Region Astrachan, sondern für die ganze Republik, er halte die Sache für dringend. Am 11. April 1919 wurde das jetzt nach Lenin benannte Staatliche Astrachaner Naturschutzgebiet gegründet.

„Denkt an die Mücken!“

Wo sich die breite Wolga teilt, wendet das Motorboot nach links, in die Bystraia, an deren Ufern verlassene Fischerdörfer liegen. Die Wolga ist nicht mehr fischreich, deshalb sind die Kolchosbauern zum Reis- und Gemüseanbau übergegangen, und die Fischer fischen auf dem Meer. Hinter dem Dorf Alexejewka, wo die Bäume anfangen und einem graue oder bei besonderem Glück weiße Reiher entgegengeflogen kommen, wird man angehalten. Hier beginnt das Naturschutzgebiet, ohne Ausweis darf man nicht hinein. Touristen und Unbefugte haben da nichts zu suchen. Die Tier- und Pflanzenwelt duldet keine Ruhestörungen und Eingriffe. Die Häuser mit den Labors, Dienstwohnungen usw. stehen an drei Stellen. Als die wichtigste Siedlung gilt Damtschikski, dort wohnen ständig etwa 20 Forscher, Förster, Hilfsförster, Inspektoren und Wächter. Hier ist man mit einem Ausweis noch zugelassen, wenn man ein wichtiges Anliegen hat. Zu den anderen Siedlungen haben nur Wissenschaftler und Förster Zutritt.

Alle, die wir kennenlernten, angefangen von Direktor Awerkijew, bis zum „Kommandanten“ unseres Motorboots, Viktor Logwinow, mit dem wir uns anfreundeten, sind begeistert bei der Sache.

Das Leben ist nicht ganz leicht. Von allen Wohnorten trennt diese Leute das Wasser. Jetzt bekommen sie schon Strom, aber früher mußten sie sich mit Petroleumlampen begnügen. Bei Hochwasser oder Seewind sind alle Nebenbauten, auch die Sanitätsstellen, nur mit dem Boot erreichbar. An jeder Tür steht: „Denkt an die Mücken!“, was bedeuten soll, daß man schnell eintraten und die Tür zumachen soll. Mücken atmet man ein, kaut man mit dem Brot und trinkt man mit

dem Wasser. Es sind Miriaden. Kein Mittel schützt vor ihren Stichen.

Zur Arbeit fahren die Leute in Booten und bleiben mehrere Tage und Nächte im Ried und in kleinen Buchten. Um Proben zu nehmen, müssen sie selbst 2–3 m tiefe Gruben ausheben. Das Personal ist nicht zahlreich, jeder kann so gut wie alles.

Der 27jährige Nikolai Reuzki, Förster im Revier Damtschikski, ist schon das vierte Jahr da. Er ist für das ganze Forschungsinventar, für die Versorgung und Bewachung zuständig. In Charkow studierte er Biologie, machte hier sein Praktikum und ist geblieben, vielleicht für immer.

„Sehnen Sie sich nicht nach der Großstadt?“ fragten wir ihn, als er müde, verschwitzt und rußig an seinem sogenannten freien Tag zurückkam, nachdem er einen Brand gelöscht hatte.

Die umliegenden Sowchose brennen die Heuschläge ab, und wenn sich der Wind dreht, greift das Feuer auf das trockene Ried über. In solchen Fällen bleiben nur die Alten und die Kinder in der Siedlung. Jeder greift sich etwas und fährt mit einem Motorboot löschen, um die Vierfüßer und die Vogelneuster zu retten.

„Nach der Stadt?“ fragt er zerstreut. „Naja“, und er fügt lebhaft hinzu: „Haben Sie schon einmal wilde Schwäne tanzen sehen? Wir hatten keine, sie waren ausgerottet. Vor einigen Jahren war plötzlich ein Pärchen da. Es bekam bald heraus, daß es hier schön und ruhig ist, und jetzt haben wir schon viele Schwanenfamilien. Vorigen Sonntag sah ich einen Schwarm unbewohnte bei der Insel Makarkino im Vordelta. Morgen lasse ich Sie hinbringen. Sie haben wirklich Glück gehabt.“

Für die Vögel ist der Ornithologe Wladimir Winogradow verantwortlich. Er ist Kandidat der Biologischen Wissenschaften. Da hier Wasser ist, kommen alle Lebewesen, auch die Vögel, irgendwie mit dem Wasser in Berührung. Vom Standpunkt der Vögel erstreckt sich das Naturschutzgebiet über das ganze Kaspiische Meer und noch viel weiter. Die Gegenden, wo sie überwintern, kann man nicht in Reviere einteilen. Deshalb hat die Ornithologische Station „Kaspi“, die dem Landwirtschaftsministerium der UdSSR untersteht, drei Forschungsstützpunkte: Astrachan, Krasnowodsk (Turkmenien) und Kysylagatsch (Aserbaidschan).

Jedes Jahr versehen Winogradows Mitarbeiter 20 000–23 000 Vögel mit Ringen. Später kommen Nachrichten über die Tiere aus dem Ural, dem Transuralgebiet, aus Westsibrien, vom Balkan und aus Afrika.

Außer der Erhaltung der Vögel beschäftigen sich die Forscher mit sehr vielen anderen Problemen.

Die Ringe helfen bekanntlich, Nistplätze und Flugrouten der Vögel festzustellen. Ebenso die Dauer der Flüge und Änderungen der Routen. Das wird für die Luftfahrt immer wichtiger. Die Forscher geben an, in welchen Monaten, ja an welchen Tagen und zu welchen Stunden eine Gegend für Flüge gefährlich sein wird. Die Konstrukteure von Flug- und Schwimmapparaten interessieren sich für die „Navigationsgeräte“ der Tiere. Eine Art kleiner Strandläufer reguliert seine Flughöhe z. B. genau nach der Sonne und legt Tausende Kilometer von Alaska bis zum Kaspiischen Meer zurück, ohne einziges Mal vom Kurs abzukommen.

Die Mediziner interessieren sich insofern für die Vögel, als diese viele Krankheiten übertragen oder ihre Zwischenwirte sind. Für die Medizin macht man Blutanalysen, Listen der Schmarotzer bestimmter Vögel und der Menschen und Tiere, die nach einem Kontakt mit Vögeln erkrankt sind. Jetzt kommen nur im Frühjahr 5–8 Mio Wasservögel allein hier durch. Das Naturschutzgebiet hat sehr viel dazu beigetragen, das Vogelreich zu erhalten und wieder stärker zu bevölkern. Ein Beispiel von vielen. Die großen Wasserkraftwerke an der Wolga lassen oft Wasser aus ihren Stauseen ab, wenn Schwimmvögel, namentlich Graugänse, gerade Eier legen. Das Wasser schwemmt die Nester weg. Nach vielem Probieren fertigen die Ornithologen für die Gänse mit Draht versteifte Schwimmnester aus den gleichen natürlichen Baustoffen an, die die Gänse selbst verwenden. Diese Nester haben sich gut bewährt. Winogradow führt in seiner Schrift „Wie man Gänse bei steigendem Wasser schützt“ Wissenswertes über die Besiedlung der künstlichen Nester an. War 1971 von je 10 Nestern nur eins bewohnt, und kamen auf 10 künstliche 15 natürliche, so sind es 1977 von 50 alle 50, und auf sie kommt kein einziges natürliches.

Jetzt ist im Wolgadelta der äußerst seltene weiße Kranich anzutreffen. Auch Rothalsgänse sind aufgetaucht. Sie lassen sich leicht zähmen. Sie

kommen nur in der UdSSR vor, und es gab eine Zeit, da hätte ein beliebiger Zoo der Welt für ein Gänsepaar ohne weiteres einen Elefanten gegeben. Jetzt sind sie zahlreicher, aber sie stehen noch immer im Rot-Buch der gefährdeten Arten. Die hiesigen Reiher sind schon so zahlreich, daß sie keine Sehenswürdigkeit mehr sind.

den Pflanzen und Weichtieren bis zu den Wirbeltieren, auch die Veränderungen, die an ihnen unter dem Einfluß des Menschen und der Natur selbst vor sich gehen. Wo möglich, neutralisieren wir den Einfluß", sagt Frau Koblizkaja.

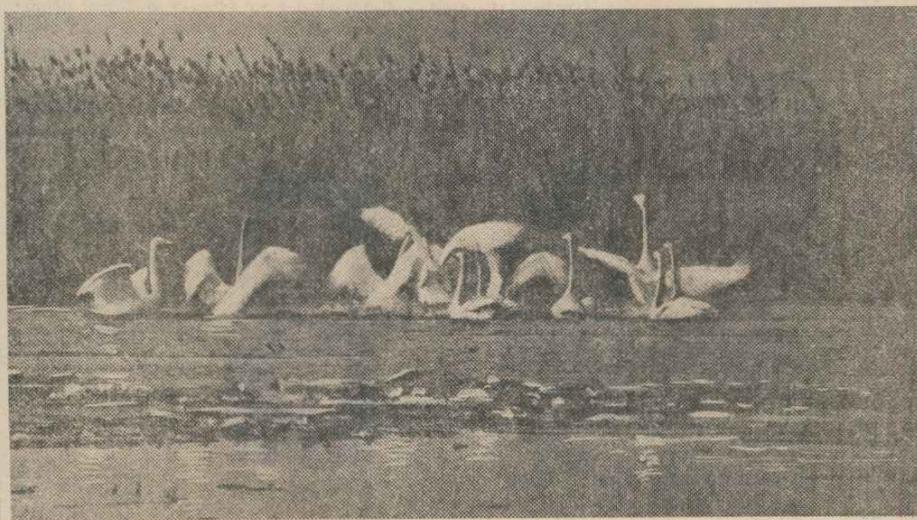
Die Weichtiere beispielsweise leben am Grunde. Früher kannte man im Wolgadelta 45 Arten, jetzt 99,

haben. Man muß wissen, ob der Osten oder der Westen des Deltas mehr anwachsen wird, ferner wie die Vermehrung der Fische mit Stand und Dauer des Hochwassers zusammenhängt. Eine Prognose bis zum Jahre 2000 soll aufgestellt werden und auch das Verhältnis zwischen den biologischen Fischgruppen zeigen.

Frau Koblizkaja spricht von den Fischen wie von vertrauten Wesen, die ihr lieb sind. Sie hat einen einzigartigen Leitfaden verfaßt, wie die Brut der Süßwasserfische bestimmt werden kann. Ohne dieses Werk kann man sie auch unter dem stärksten Mikroskop nicht unterscheiden. Dabei arbeitet man ja an ihr, impft sie z. B. Noch ein Buch von dieser Wissenschaftlerin liefert für Fischzuchtpрактиkern unschätzbare Methoden für die Erforschung der Laichstätten. Sie erzählt:

„Viele glauben, mit den Fischen ist es einfach. Wenn ihre Zeit da ist, laichen sie und basta. Dabei haben sie ihre Nücken. Jeder Fisch hat in der Ökologie seinen Platz. Die einen laichen gern in schnellfließendem Wasser. Ändern sich Bodenrelief, Nahrung und die Pflanzenwelt ringsum, so laichen die wertvollen Fische auf keinen Fall oder wenig, andere wieder viel, dritte anders als sonst. Mit der Plötz gab es Schwierigkeiten. Sie ist anspruchslos, nur Wasser muß sie haben. Jetzt aber nimmt das Wasser schnell ab, die Brut ist schwach und geht zugrunde. Wenn früher auf eine Karausche 1000 Plötzten kamen, so jetzt nur 90—100.

Wir haben auch den Energetikern in Wolgodonsk zeitliche Empfehlungen für das Durchlassen des Wassers und für den unlängst gebauten Wasserverteiler gemacht, um den Wissenschaftlern zu helfen, die Naturschätze des Deltas zu erhalten, ohne mit der Entwicklung der Industrie und Energiewirtschaft in Konflikt zu geraten. Der Wasserverteiler ist ein Erddamm, der die Strömung teilt und je nach Bedarf mehr oder weniger Wasser durchläßt. Unser Staat scheut keine Ausgaben für den Umweltschutz, dieser ist in unserer Verfassung verbrieft.



Tanz der wilden Schwäne
Fotos Jelena Knorre

Schwierigkeiten mit der Plötz

„Bei uns formt das Wasser alle Lebewesen, und nur solche entwickeln sich, die Überschwemmungen vertragen können“, sagt Frau Koblizkaja, Leiterin der wissenschaftlich wichtigsten Abteilung des Naturschutzgebiets, der Abteilung Hydro- und Mikrobiologie sowie Fischkunde. Die stämmige kleine Frau mit dem freundlichen, klugen Gesicht und den abgearbeiteten Händen ist schon 25 Jahre im Delta tätig. Sie hätte sich längst an ein Institut der Akademie versetzen lassen können, wo sie mehr Ruhe und ein höheres Einkommen hätte. Aber sie tut es nicht.

„Hier ist die Arbeit schöpferisch, man sieht die Resultate. Ich bleibe, solange mir die Kraft reicht.“

Im Delta, das zusammen mit den Teichen eine Fläche von rund 24 000 km² einnimmt, vermehren sich wertvollste Fische.

„Wir beobachten das Leben in den Gewässern als Komplex, als ökologische Einheit, angefangen von

davon 13, die der Wissenschaft neu sind. Was kann ihre Untersuchung ergeben? Vor allem wird man die Ressourcen der Kaspi und des Vorgeländes der Wolgamündung bestimmen können, aus denen die Lebewesen im Delta ihre Nahrung beziehen. Auch wird man Empfehlungen machen können, wie die Reproduktion der Fischbestände und der Fang zu planen sind.

Gennadi Russakow, der an der Moskauer Universität Geographie studiert hat, untersucht das Relief am Grunde, er ist Geomorphologe. In der Kaspi sinkt der Wasserstand. Darauf wirkt sich merklich die Regulierung der Wolga aus. Ihr Hochwasser hat an Höhe und Dauer abgenommen, und die Strömung in den Gewässern ist viel langsamer geworden. Von der riesigen Nährstoffmasse, die die Wolga führt — 50 Mio t lösliche und 30 Mio t feste Sedimente — lagert sich weniger im oberen Teil des Deltas ab. Hier ist die biologische Produktivität zurückgegangen, in den seichten Buchten und im Vordelta dagegen hat sie rapide zugenommen. Das Verhältnis, in dem das Zooplankton und die Weichtiere verteilt sind, hat sich verändert, weshalb sich die Laich- und Überwinterungsstätten der Fische zum Vordelta hin verlagert

Wenn unser Zeitplan genau eingehalten wird, dann wird sich die Lage bessern und für Fische und Vögel, wenn auch nicht gerade hervorragend, so doch durchaus annehmbar sein.“

In Damtschikski besteht ein Museum. Das Parterre gibt einen Überblick über die Zone des Deltas und die Landflora und -fauna, der erste Stock über diejenige im Wasser. Man möchte es kaum glauben, daß die Kormorane und Krähen, von denen einer oder eine Ablenkungsmanöver macht, während der oder die andere Eier aus einem Nest stiehlt, ausgestopft sind. Lebendig wirkt auch ein großer weißer Reiher in seiner ganzen Federnpracht, der den Anstoß zur Gründung des Naturschutzgebietes gab und dessen Wahrzeichen ist. Diese Kunstwerke stammen von dem talentierten Ortsanwohner Alexander Nesterow oder Onkel Sascha, wie man ihn allgemein nennt. Er lebt von Geburt an im Delta. Sein Vater war einer der ersten Förster. Vierfüßer und Vögel zu schnitzen und auszustopfen, hat er allein gelernt, und seine Kunstwerke werden auf Ausstellungen des In- und Auslandes bewundert. Er hat auch zahlreiche Eleven.

„Ich möchte unsere Natur Leuten zeigen, die nie hier waren“, sagt Onkel Sascha. „Sollen sie sich auch an ihnen freuen.“

Wir aber werden sie behüten und bewahren. Das Wolgadelta ist von Weltbedeutung. Wir haben mit den USA eine Konvention über die wechselseitige Erhaltung mancher Vogelarten beschlossen, und seit 1972 gilt die Gegend als besonders gehütetes Fisch- und Vogelschutzgebiet. Die UNO, bei der alle einzigartigen Gebiete der Welt eingetragen sind, hat das Wolgadelta an der Kaspi unter die international besondern wichtigen Gebiete eingestuft.“

Die für jede Bewirtschaftung gesperrten Naturschutzgebiete sind heutzutage besonders wichtig. Um das Grundgesetz unseres Staates, in dem der Umweltschutz als notwendig bezeichnet ist, richtig zu befolgen, muß man wissen, in welcher Richtung sich die Natur unter der Einwirkung des Menschen verändert, und Mittel und Wege zu einer möglichst sorgfältigen und rationalen Nutzung ihrer Schätze aufzufinden machen.

Wie es in den diesbezüglichen Dekreten und Erlassen heißt, sind die sowjetischen Naturschutzgebiete vom ersten Augenblick an „aus-

schließlich für die Erfüllung wissenschaftlicher und wissenschaftlich-technischer Aufgaben des Landes“ bestimmt. Dort sind ununterbrochen Forschungen im Gange, sie haben einen Stamm von Wissenschaftlern. Damit unterscheiden sie sich grundsätzlich von den westlichen Nationalparks oder in vielen Ländern bestehenden Schutzgebieten, wo eine bestimmte Art von Vierfüßern oder Vögeln geschützt und gezüchtet wird. Solche Schutzgebiete bestehen auch in der UdSSR, u. zw. über 1000. Die Naturschutzgebiete aber bilden eine besondere Gruppe.

Viele bedeutende Geographen, Botaniker und besonders Zoologen und Ornithologen der UdSSR haben Jahrzehnte in den Naturschutzgebieten gearbeitet und tun es noch jetzt regelmäßig. Auch Kollegen von ihnen kommen aus dem Ausland, um sich Stoff für Forschungen zu verschaffen, ohne den die Wissenschaft nicht vorwärtskommen kann. Im Wolgadelta erfuhren wir zu unserer Freude von der ursprünglichen Zusammenarbeit sowjetischer und tschechoslowakischer Wissenschaftler und sahen Maschinen aus der CSSR beim Jäten im Ried und beim Baggern von Rinnen für Fische, die zum Laichen schwimmen.

War das Astrachaner Staatliche Naturschutzgebiet 1919 das erste und einzige seiner Art, so hat die UdSSR jetzt 120 mit insgesamt 8,3 Mio ha Fläche. Sie befinden sich in verschiedenen klimatischen und geographischen Zonen und beschäftigen fest über 7000 Personen. Die Zahl der Wissenschaftler und Forschungsanstalten, die mit ihnen zusammenarbeiten, ist sehr groß. Über die Bedeutung von Naturschutzgebieten mit ständigem wissenschaftlichem Personal ist man sich neuerdings auch in der übrigen Welt klar. In diesen Gebieten, größtenteils den sowjetischen, wurde 1966 bis 1972 nach dem Internationalen biologischen Programm der UNESCO gearbeitet. Eine Schlüssefolgerung im Programm lautet, daß man sich mit keinem wichtigen ökologischen Gegenwartsproblem befassen kann, ohne die Prozesse zu untersuchen, die in der jungfräulichen Natur der Naturschutzgebiete vor sich gehen.

Nie werden wir vergessen, wie sich der Keil aufliegender Reiher im Wasser spiegelte. Die Schaffung der Naturschutzgebiete hat offenbar den Sinn, solche Wunder der Schönheit für die Nachwelt zu erhalten.

DISKUSSION MIT DEM LESER

In unserer Presse liest man öfter, besonders in letzter Zeit, Rußland habe seit 60 Jahren ja allerhand erreicht, aber die vielen Naturschätze und die Fähigkeiten der Russen hätten das auch ohne die Revolution ergeben... Es dürfte schwerfallen, das zu bestreiten.

James WHITMAN
Liverpool, Großbritannien



Es diskutiert
Dozent
Wladimir
TETJUSCHEW
von der Moskauer
Lomonossow-
Universität

Sehr geehrter Herr Whitman, Sie haben eine typische Einstellung der westlichen Presse und Literatur überhaupt angeführt. Da heißt es vielfach, der frappante Fortschritt unseres Landes seit der Oktoberrevolution wäre auch im Kapitalismus möglich gewesen, und als Argument werden gern die „riesigen Naturschätze und Gebiete“ sowie „das außergewöhnliche Talent und die große Arbeitsfreudigkeit der Völker in dem Teil des europäischen Tieflandes, der Zentralrußland bildet“, angeführt. Manche Leute haben sogar den Sprung der UdSSR in den Weltraum mit den „spezifisch russischen Verhältnissen“ erklärt. Wollen: mit dem rauen Winter und den langen Abenden, an denen die Russen nichts anderes zu tun fanden, als Mathematik und Astronomie zu treiben.

Sie werden doch zugeben, werter Herr Whitman, daß so etwas nicht ernst zu nehmen ist. Es soll nur den sozialen Aspekt der Sache vertuschen, die Tatsache nämlich, daß die sozialistische Produktionsweise der kapitalistischen überlegen ist.

Jetzt kann man auch keinen direkten Vergleich zwischen dem sozialistischen und dem kapitalistischen Rußland ziehen, denn das kapitalistische besteht seit 60 Jahren nicht mehr. Wir können aber andere Angaben heranziehen, Vergleichen wir zunächst einmal das Tempo, in dem sich Rußlands Wirtschaft in den verschiedenen geschichtlichen Perioden entwickelt hat. Vor der Re-

volution erreichte es in den Jahren von 1895 bis 1900 seine höchste Zuwachsrate in der Industrie, u. zw. mit 9,2%. 1899 setzte eine langwierige Wirtschaftskrise ein, und im folgenden Jahrzehnt machte der Zuwachs im Jahresdurchschnitt nur 3,2% aus. Die Stagnation war aber nicht allein von der Krise verursacht. Auf der Jagd nach Höchstprofiten und bemüht, die Preise nochzuhalten, bremsten die Monopole die Entwicklung der Produktivkräfte in den Jahren einer relativ günstigen Wirtschaftskonjunktur künstlich ab. Infolgedessen hatte die Industrie zwischen 1885 und 1913 einen durchschnittlichen Zuwachs von nur 5,8%.

Die Oktoberrevolution räumte die Hindernisse für die wirtschaftliche Entwicklung fort. In den ersten Planjahrzehnten hatte die Industrie eine Zuwachsrate von 17—22%. Im Jahre 1937 rückte die UdSSR mit dem absoluten Volumen ihrer Industrieproduktion auf den ersten Platz in Europa und auf den zweiten in der Welt auf. Der amerikanische Historiker F. L. Shuman schrieb in seinem Buch „Rußland seit 1917“: „In der UdSSR brachte ein einziges Jahrzehnt Entwicklungen mit sich, für die anderwärts ein halbes Jahrhundert oder mehr gebraucht wurde.“

Das beständig hohe Entwicklungstempo ist für die Sowjetwirtschaft zu allen Zeiten charakteristisch. Im Laufe von 32 Jahren (12 Vorkriegs- und 20 Nachkriegsjahren, den Großen Vaterländischen Krieg ausgenommen, d. h. in den Jahren 1929—1940 und 1947—1965) machte die Zuwachsrate durchschnittlich 14,3% und in den Jahren 1951—1976 9,4% aus. Ohne jeden Zweifel hätte Rußland keine so schnellen wirtschaftlichen Fortschritte gemacht, wenn es dem Kapitalismus kein Ende bereitet hätte.

Keineswegs für den Kapitalismus sprechen auch die Kennziffern der wirtschaftlichen Entwicklung Rußlands, im Rahmen der Weltgeschichte gesehen. Als kapitalistisches Land hätte es keine Chance gehabt, die fortgeschrittenen westlichen Länder einzuholen, umge-

kehrt, gegen 1913 zeigte sich deutlich eine Tendenz zu noch größeren Abständen von den USA, Deutschland und Frankreich. Auch Rußlands Anteil an der Weltproduktion überhaupt hatte abgenommen. Kokowzew, der Chef der Zarenregierung, sagte im Mai 1913 ausdrücklich, man solle nicht glauben, daß wir „die hochzivilisierten Staaten“ einholen könnten.

Dieser schweren Aufgabe war aber das sozialistische Rußland gewachsen. Von ihrer glänzenden Lösung zeugen folgende Kennziffern: 1913 machte die Produktion der Industrie im zaristischen Rußland nur 12,5% derjenigen der USA aus; 1976 die der UdSSR über 80%. In vieler Hinsicht hat sie die USA schon überflügelt. 1913 machte die Ölausbeute Rußlands nur 27% der amerikanischen aus, 1976 die der UdSSR 130%. Beim Stahlausstoß sind es 15 bzw. 121 und bei Kunstdünger 3 bzw. 126%.

Und hier ein indirekter Beweis dafür, wie der Sozialismus den wirtschaftlichen Fortschritt Rußlands beschleunigt hat. Polen war bekanntlich ein Teil des Russischen Reiches. Nach der Revolution war es ein selbständiger kapitalistischer Staat. Von 1918 bis 1938 entwickelte sich seine Wirtschaft langsamer als die sowjetische und die west-europäische. Erst nachdem es sozialistisch geworden war, machte es seiner Zurückgebliebenheit schnell ein Ende. Seine Industrie hat im den zwei Jahrzehnten seit 1947 eine durchschnittliche Zuwachsrate von 14% gehabt. Ebenso haben sich die sozialistischen Umgestaltungen auf den wirtschaftlichen Fortschritt auch der anderen sozialistisch gewordenen Länder Europas ausgewirkt.

Und ein Letztes: 1976 produzierte die Industrie der sozialistischen Länder etwa 20 mal so viel, wie die Länder auf demselben Boden 1937 produziert hatten. Die kapitalistischen Länder dagegen hatten in diesem Zeitraum nur einen Zuwachs auf das 5,5fache.

So die Tatsachen. Wie Sie sehen, ist die Behauptung unserer Gegner gar nicht schwer zu widerlegen.

NZ POST

Unser Verband Kanada—UdSSR gratuliert dem Sowjetvolk herzlich zum 60. Jahrestag der Oktoberrevolution und drückt ihm seine Hochachtung aus. Etwas frei mit den Geschichtsdaten umgehend, kann man sagen, das 19. Jahrhundert habe mit dem ersten Weltkrieg sein Ende genommen, das 20. aber mit der Oktoberrevolution begonnen. Selbst Leute, die die Anschauungen Ihrer das Sowjetvolk beim kommunistischen Aufbau führenden Partei nicht teilen, haben erkannt, daß Ihre Revolution das größte Ereignis unseres Jahrhunderts war.

Robert S. KENNY
Vizepräsident des Verbandes

Michael LUCAS
Exekutivdirektor,
Toronto, Kanada

Trotz der Lügenhetze der westlichen Medien gegen die UdSSR sehen die Arbeiter meines Landes im Sowjetvolk ihren aufrichtigen Freund und wissen, wie viel die Sowjetunion zum Kampf für eine bessere Zukunft der Menschheit beigesteuert hat. Besonders gedenken wir der vielen Opfer, mit denen die Sowjetarmee und das Sowjetvolk die Menschheit in den Jahren 1941—1945 aus der Gefahr retteten, die ihr drohte.

Alle freiheitliebenden Völker, die Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder und die Kämpfer für nationale Befreiung wünschen den Völkern der UdSSR zum 60. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution alle nur erdenklichen Erfolge.

John F. MORRISSEY
Katomba, Australien

Mit Interesse habe ich in Heft 33/77 W. Sofjins Beitrag „Der Konflikt am Horn Afrikas“ gelesen, in dem der Konflikt zwischen Äthiopien und Somalia klar und überzeugend geschildert ist. Ich finde, die OAU muß noch energischer auf eine Aussöhnung der beiden Staaten hinwirken, damit der Frieden in Ostafrika gesichert ist.

Ich benutze die Gelegenheit, dem Sowjetvolk herzlichst zum Jubiläum der Oktoberrevolution zu gratulieren. Ein Hoch dem Sowjetvolk und allen friedliebenden Kräften der Welt!

D. MANLEY
Freetown, Sierra Leone

DIE NZ-REDAKTION

PS

Auf Entenjagd



Die französische Zeitschrift **Express** meldete, daß eine US-Fernsehgesellschaft eine Sendung vorbereitet, in der bekannte westliche Politiker interviewt werden sollen. Die Macher der Sendung haben vor, auf die Politiker einen Lügendetektor anzusetzen. Das soll geschehen, erklären die Round-table-Veranstalter, „um den interviewten Politikern zu ermöglichen, den wahren Wert ihrer Versprechungen zu ermitteln“. Doch ob der Lügendetektor helfen wird? Sagen doch viele westliche Politiker zu gern eins, tun aber etwas ganz anderes.

Albion, deine Armen

Viele tausend Engländer können sich die Schulspeisung ihrer Kinder nicht erlauben. Kürzlich ist das Essen wieder teurer geworden — diesmal um ein Drittel. Das Bildungsministerium ordnete offiziell an, das Schulesen kostenlos an die Kinder aus armen Familien abzugeben. Doch in Wirklichkeit bekommen bis zu einer halben Million Kinder armer Leute, für die diese Vergünstigung gelten soll, kein Essen. „So mancher hat bemerkt, daß einige Kinder aus armen Familien zur Mittagszeit einfach nichts zu essen ha-

ben“, erklärte Frank Field, Leiter einer Organisation, die die „Kinderarmut“ bekämpft. Mancherorts stehen in der Pause „die Kinder armer Leute vor der Speisehalle und schauen zu, wie die anderen essen“.

Nie sollst du mich befragen

Der Thailänder Damrong Sumpradit wurde von einem Gericht zu einer langjährigen Haftstrafe wegen Mords verurteilt. Bei der Untersuchung stellte sich heraus, daß sich der Angeklagte mit einem Bekannten darüber gestritten hatte, ob Henne oder Ei zuerst dawaren. Damrong behauptete, die Henne, der andere — das Ei. Da beide Streithähne nicht den Beweis antreten konnten, griffen sie zur Waffe.

Lieber reich und gesund ...



Das Leben in den USA wir immer teurer. Das Gesundheitswesen zieht einem den letzten Cent aus der Tasche. Nach der amtlichen Statistik gab 1976 eine Durchschnittsfamilie 258 Dollar mehr für medizinische Betreuung aus als 1970. So wurde einer jungen Mutter nach einer Frühge-

burt von einem Krankenhaus in Boise, Staat Idaho, eine Rechnung über 34 148 Dollar präsentiert. Selbst die einfachsten Operationen kommen die Amerikaner teuer zu stehen. So kostet jetzt eine Blinddarmoperation durchschnittlich 339 Dollar, ja bis zu 574 Dollar. Natürlich ist man in den USA besser gesund und reich als arm und krank.

Sag mir, wo die Lire sind



Wozu führt die Verantwortungslosigkeit der Behörden, die das Gemeinwohl vernachlässigen? Piemont und Liguria hat sie 15 Menschenleben und Hunderte Milliarden Lire gekostet. Das ist die traurige Bilanz der kürzlichen Überschwemmung in diesen italienischen Regionen. Nach Meinung von Fachleuten hätte die Katastrophe abgewandt werden können, wenn die Regierung den Prognosen und Empfehlungen der Wissenschaftler die nötige Aufmerksamkeit geschenkt hätte, die das Zentrum einer eventuellen Naturkatastrophe vorher prophezeit hatten. Doch ihre Ratschläge schlug man in den Wind. Und obgleich das italienische Parlament einige Hundert Billionen Lire für ein fünfjähriges Antiüberschwemmungsprogramm bereitgestellt hatte, wurden in drei Jahren nur 0,25% dieser Summe ausgegeben. Wo das restliche Geld ist, weiß der Geier.

Denkmalpflege

Die Stadtverwaltung von Penang (Malaysia) mußte zu einer merkwürdigen Denkmalpflege greifen — das Denkmal des Gründers der Stadt, des englischen Seefahrers aus dem 18. Jahrhundert Francis Light, wurde mit einem hohen Zaun umgeben. Das Denkmal war zu einem Anziehungspunkt jener geworden, die auf einen Lotterietreffer aus waren: In der Stadt hatte sich das Gerücht verbreitet, daß Fortuna dem hold sei, der vorher vor dem Denkmal ein Gebet spricht — ohne dabei Kerzen und milde Gaben zu vergessen. Infogedessen begannen die Abfälle um das Monument so erschreckend schnell zu wachsen, daß den Behörden nichts anderes blieb, als so radikale Maßnahmen zu seinem Schutz zu ergreifen.

Hellseher mit Mattscheibe



In besseren Zeiten galt der Engländer Simon Alexander als Hellseher. Jetzt wird man seine Prophezeiungen wahrscheinlich skeptischer aufnehmen: Der Hellseher konnte seiner eigenen Bankrott nicht vorhersehen. „Wenn ich in die Zukunft schaue, sehe ich nur das, was ich sehen will“, sagt er jetzt verlegen. „Niemand will Probleme zur Kenntnis nehmen, mit denen er persönlich konfrontiert wird.“

Zeichnungen

W. Tschakiridi

„NEUE ZEIT“ 46-72

SOZIALISMUS: THEORIE UND PRAXIS



**Dieser Monatsquer-
schnitt der theoretischen
und politischen Presse
der Sowjetunion heraus-
gegeben von der
Presseagentur Nowosti (APN).**

erscheint in deutscher, englischer, französischer, spanischer und portugiesischer Sprache. Die Zeitschrift behandelt wichtigste Probleme des Sozialismus: die marxistisch-leninistische Theorie, Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus in der UdSSR, die sowjetische Lebensweise, die Außenpolitik der sozialistischen Staatengemeinschaft, die Rolle des Sozialismus in der heutigen Welt.

STP ist in allen Firmen und Buchhandlungen zu abonnieren, die sowjetische Literatur führen. Jahresabonnenten erhalten zusätzlich kostenlos sechs Broschüren zum Themenkreis der Zeitschrift.





EIN ZEICHNER SIEHT ANGOLA

Am 11. November beging das Volk Angolas den Tag der Unabhängigkeit (1975). Sein Land hat festen Fußes den Weg einer fortschrittlichen Entwicklung eingeschlagen. Eine Währungsreform ist durchgeführt, die Banken, der Besitz

ausländischer Gesellschaften und die Industrieobjekte sind verstaatlicht, neue Industriezweige werden ins Leben gerufen. Angola pflegt eine vielseitige Zusammenarbeit mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern. Vor kur-

zem war der sowjetische Zeichner Viktor Kobelew dort und hat die junge Republik in Zeichnungen festgehalten.

Blick auf Luanda ◆ Im Hafen Luanda ◆ Landschaftsbild in Angola ◆ Früchte der Ölpalme werden ausgeladen ◆ Der Staudamm des Kraftwerks bei Caxito ◆ Ein Schiff aus der Sowjetunion ist angekommen.

